

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Berichte zu:
Nicaragua,
El Salvador,
Costa Rica,
Guatemala,
Honduras

STELLUNG-
NAHMEN:
FMLN/FDR,
FSLN, URNG



MITTEL- AMERIKA ENDLICH FRIEDEN?

Inhalt

Mittelamerika	
Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln	23/II
Friedensabkommen der Präsidenten	
Mittelamerikas	28/VI
Mittelamerikas Wirtschaft im	
Würgegriff von Krieg und Weltmarkt	30/VIII
 Nicaragua	
Die Sandinisten wollen keinen Frieden	
der Unterwerfung	32/X
Rede von Präsident Ortega: Wir	
werden keinen politischen Dialog mit	
der Contra führen	34/XII
Erklärung der Nationalen Leitung der	
FSLN: Den Krieg beenden durch	
strikte Erfüllung des Abkommens	38/XVI
 El Salvador	
Duarte laviert	43/XXI
Interview mit Nidia Diaz (FMLN):	
Kein Frieden ohne Demokratie und	
Gerechtigkeit	46/XXIV
 Guatemala	
Dialogchance in Guatemala?	48:XXVI
Erklärung der URNG	49/XXVII
„Voz Popular“ – Radiosender der	
URNG	50/XXVIII
 Costa Rica	
Friedensstifter Costa Rica?	51/XXIX
 Honduras	
Hinhalteaktik der Regierung Azcona	53/XXXI
 Solidaritätsbewegung	
Kampagne für das „gesamte Projekt	
Nicaragua“	56/XXXIV
Aktions- und Materialspiegel	57/XXXV

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajcek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Weitere Mitarbeiter/Innen dieser Ausgabe: Aleks Arndt, Ina Heuer, Heidi Kückelhaus, Regine Meyer, Rolf Radke, Reiner Rischmüller, Franz Bushin, Rüdiger Theune

Redaktionsschluß: 11. Dezember 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheit: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Druck: Plämbeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: Infobüro Nicaragua, TÜTE, Pahl-Rugenstein Verlag, Infoprensa, Wissenschaft & Frieden, Peripherie

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: C. Dilg, URNG, Barricada, IHT, USN & WR, SRV, NACLA, Time, CERIGUA, GRAEL

Mittelamerika

Nico Biver

Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln

Die Überraschung war allgemein, als die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala am 7. August 1987 in Esquipulas (Guatemala) ein Abkommen zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte in Mittelamerika unterzeichneten.

Vier Jahre lang hatte die Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela) zusammen mit ihrer Unterstützergruppe (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Peru) erfolglos auf dieses Ziel hingearbeitet. Nun gelang dies den mittelamerikanischen Staaten in eigener Regie, obwohl sie mit Ausnahme Nicaraguas von den USA, die bisher alle Friedensbemühungen zu Fall gebracht hatten, weit abhängiger sind als die Contadora-Gruppe.

Sie brachten den Abkommensentwurf des costarikanischen Präsidenten Oscar Arias, der ursprünglich gegen Nicaragua gerichtet war, nicht nur in die jetzige konsensfähige Form, sondern wiesen auch einen „Friedensplan“ Ronald Reagans und des Sprechers des Repräsentantenhauses Jim Wright zurück, den diese zwei Tage vor dem Gipfeltreffen in Guatemala vorgelegt hatten, um ein Abkommen zu verhindern.

„Die fünf Regierungen mußten viele Zugeständnisse machen“, sagte der guatamaltekische Präsident Vinicio Cerezo in seinem Schlußwort, „aber wir haben das Interesse der mittelamerikanischen Gemeinschaft über alles gestellt... Wir wissen, daß es viel Kritik geben wird, daß diese Vereinbarung Pressionen und Widerspruch hervorrufen wird, aber wir fordern die Respektierung unseres Friedenswillens.“¹ In der Tat ist das Abkommen angelegt, vor allem in Washington Widerspruch zu ernten, zieht doch seine Erfüllung ein Ende des Contra-Krieges gegen Nicaragua nach sich.

Es sieht u.a. einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien, die Demokratisierung der einzelnen Länder, die Einstellung der Hilfe an Aufständische und die Unterbindung der Benutzung des Territoriums der Unterzeichnerstaaten für destabilisierende Aktionen gegen andere Regierungen vor.

Der Plan enthält gleiche Mechanismen für alle Länder. Dies ist zwar eine Garan-

tie gegen die Diskriminierung einzelner Unterzeichner, aber gleichfalls ein Hindernis für die Verwirklichung des Abkommens, da die jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Deutlichster Ausdruck für dieses Problem ist die Gleichsetzung von Contras und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) El Salvador. Außerdem enthält das Abkommen keinen Verweis auf die Hauptursache des Konflikts, den US-Interventionismus, und sieht mithin auch keinen Abzug der US-Truppen aus der Region vor.

Das Zustandekommen der Übereinkunft läßt sich im wesentlichen auf die Krise zurückführen, in die die Außenpolitik



Gipfelteilnehmer (vlnr.): D. Ortega, N. Duarte, V. Cerezo, J. Azcona, O. Arias

der Reagan-Administration geraten ist. Die in der sog. Reagan-Doktrin postulierten Ziele der strategischen Überlegenheit über die Sowjetunion und die Zurückdrängung revolutionärer Bewegungen und Länder mittels verstärktem Interventionismus sind auch nach sieben Jahren Reagan-Präsidentschaft nicht erfüllt.

Die Konfrontationspolitik wurde vielmehr mit einer Schwächung der wirtschaftlichen Basis der USA erkauf. Dies drückt sich in Handelsbilanz- und Budgetdefiziten in der Größenordnung von

200 Mrd. \$ aus und verstärkte den Widerstand von Teilen der herrschenden Klasse der USA gegen die Reagansche Außenpolitik. Die Mehrheit, die die Demokratische Partei 1986 im Kongress erringen konnte, und das Aufdecken der Iran-Contra-Affäre sind sowohl Ausdruck dieser Widersprüche als auch Hemmnisse für die Weiterverfolgung der Reagan-Doktrin.

Eine weitere bedeutende Ursache für die Abstriche in der Konfrontationspolitik ist die offensive Friedens-, Umgestaltungs- und Öffnungspolitik der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow. Sie hat Reagan nicht nur in der Abrüstungspolitik in Zugzwang gebracht. Sie läßt auch mehr und mehr das Schreckgespenst des Kommunismus, das für die Propagierung der Hochrüstungs- und Interventionspolitik herhalten muß, verblasen. Deutlichster Ausdruck für diese Entwicklung ist der Abschluß des Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen.

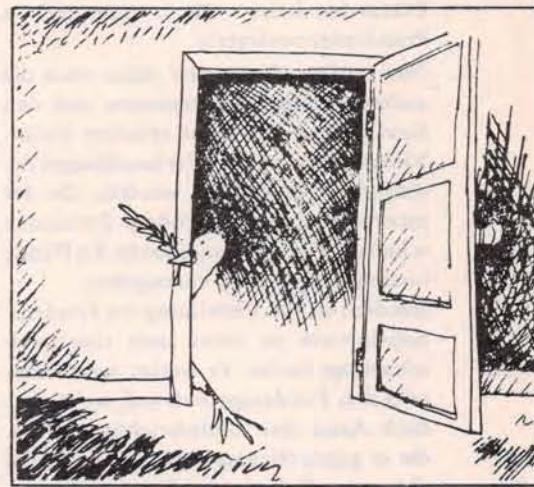
In der Dritten Welt ist zwar bisher kein Abgehen Washingtons von der Interventionspolitik festzustellen, jedoch konnten – sieht man mal von dem Sonderfall Grenada ab – die verfolgten Ziele nicht erreicht werden. Weder wurden die Regierungen in Angola und Afghanistan ge-

auf weniger als die Hälfte heute reduzierten. Zudem mißlang der Aufbau einer glaubwürdigen inneren Opposition und ließ die Verstärkung des sandinistischen Volksheeres eine direkte Invasion immer weniger ratsam erscheinen.

Neben dem anhaltenden Widerstand in den USA, der Flexibilität der Sandinisten und der internationalen Sympathie, die sie weiter genießen, sind die Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten, eine Verhandlungslösung in der Region herbeizuführen, ein weiterer Hemmschuh für eine verstärkte Intervention. Zwar führte der Contadora-Prozeß nicht zum Erfolg, jedoch deckte er die wirklichen Probleme auf und schaffte einen Freiraum für den Dialog. Gründe für das wachsende Unabhängigkeitsstreben Lateinamerikas von den USA sind die zunehmende Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen und damit eine geringere Bindung an die USA, die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in den meisten Ländern und der Gegensatz zu den USA, der sich aus der Verschuldungskrise ergibt. Verstärkt wurde dieser Distanzierungsprozeß von den USA durch den Malvinen-Konflikt, bei dem die USA Großbritannien unterstützten, und die Grenada-Invasion.

Der bisherige Höhepunkt dieses Prozesses war die Konferenz der Acht in Acapulco (Mexiko) vom 27.-29. November 1987 über die Verschuldungskrise, den mittelamerikanischen Friedensprozeß und die lateinamerikanische Einheit. Es war die erste Konferenz der wichtigsten Staaten Lateinamerikas ohne die USA. Daß diese Staaten identisch sind mit der Contadora- und ihrer Unterstützergruppe macht deutlich, daß der mittelamerikanische Konflikt einen Katalysator für diesen Einigungsprozeß darstellt. Der Gipfel der Acht könnte den Anstoß zur Gründung einer lateinamerikanischen Organisation geben, der im Gegensatz zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht die USA, wohl aber Kuba angehören könnten.

Der Niedergang der Reagan-Doktrin und die lateinamerikanischen Bemühungen um eine Verhandlungslösung bereiteten zwar den Boden für das Friedensabkommen. Jedoch war die konkrete Lage in der Region entscheidend für die Unterzeichnung durch die Staatspräsidenten. Der Krieg hat zu einer eindeutigen Verschärfung der Wirtschaftskrise in allen Ländern Mittelamerikas geführt, die auch durch die massive Hilfe aus den USA – vor allem für El Salvador, Honduras und Costa Rica – nicht kompensiert werden konnte. Der wirtschaftliche Niedergang war solange tragbar, wie die Perspektive eines raschen Sturzes der Sandinisten bestand. Mit dem Scheitern des Contra-Krieges und der Zunahme der sozialen Konflikte setzte jedoch vor



allem in Costa Rica und Guatemala nach Regierungswechseln 1986 ein Umdenkungsprozeß ein. Von einer Beilegung des Konflikts erhofft man sich nicht nur ein Ende der Wirtschaftskrise, sondern auch ein internationales Hilfsprogramm. Arias hatte 1985 die Wahlen mit Friedenslösungen gewonnen. Ihm geht es darum, die soziale Stabilität in Costa Rica zu erhalten und es mittelfristig zu einem „Wirtschaftswunderland“ à la Singapur oder Taiwan auszubauen.

Sein Friedenswillen dürfte aber auch entscheidend durch die Zerschlagung der von Costa Rica aus operierenden Contra-Truppen Eden Pastoras und durch das Gerichtsverfahren, das Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen sein Land anstrenkte, beflügelt worden sein. Die Enthüllungen in der Iran-Contra-Affäre über die Unterstützung der Contras von Costa Rica aus dürften ein übriges getan haben.

Arias mußte außerdem bald einsehen, daß ein Abkommen mit unannehbaren Forderungen an Nicaragua (z.B. direkte Verhandlungen mit den Contras und sofortige Neuwahlen) und unter Ausschluß Nicaraguas, wie bei der ersten Beratung über seinen Plan am 15.2.1987 geschehen, nicht zu erreichen war.

Das Scheitern des Contra-Krieges hat den Befürwortern einer politischen Lösung Auftrieb gegeben

Diese Einsicht rief aber wiederum die USA auf den Plan, die durch El Salvador ein erstes Treffen aller mittelamerikanischen Präsidenten am 15.6.1987 verhinderten. Arias konnte dann seinen Plan nur noch retten, indem er sich Unterstützung in Westeuropa und bei den Demokraten in den USA holte. Auch Reagans „Friedensplan“ konnte das Abkommen nicht mehr verhindern, da sich dieser nur an Nicaragua richtete, von den Sandinisten nicht akzeptable Vorleistungen verlangte und zudem aufgrund seines



stürzt noch konnten in Haiti und den Philippinen durch die Absetzung von Duvalier und Marcos stabile Verhältnisse geschaffen werden.

Am deutlichsten aber wird das Scheitern dieser Politik in Mittelamerika. Weder konnte El Salvador stabilisiert werden noch der Sturz der Sandinisten, der zum Lackmustest der Reagan-Doktrin erklärt worden war, bewerkstelligt werden.

Die Contras, das Hauptinstrument zur Realisierung dieses Ziels, mußten seit 1984 schwere Rückschläge hinnehmen, die ihre Stärke von damals 16.500 Mann

Diktatcharakters die versammelten Präsidenten verärgerte.

Nun wollen aber weder Arias noch die anderen Unterzeichnerstaaten, daß den Sandinisten die Macht erhalten bleibt. Vielmehr sollen über Verhandlungen Bedingungen geschaffen werden, die der inneren Opposition größere Freiräume schaffen und den Sandinisten die Hände binden, um gegen sie vorzugehen.

Insofern ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an Arias auch eine zweischneidige Sache. Er wertet zwar einerseits den Friedensprozeß auf, weist aber auch Arias eine Schiedsrichterrolle zu, die er gegen Nicaragua nutzen kann, die aber eigentlich der im Vertrag vorgesehenen Internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission zukommt.

Guatemala hatte schon unter der Militärdiktatur eine unabhängigeren Position gegenüber den USA eingenommen. Das Land grenzt nicht an Nicaragua und erhält erst in letzter Zeit wieder geringe Militärhilfe aus den USA. Zudem gelang es dem Regime, mit eigenen Mitteln (und Unterstützung Israels) durch einen brutalen Terrorfeldzug die Guerilla empfindlich zu schwächen. Bei einer Regionalisierung des Krieges, so befürchtet das Regime, stünde eine erneute Zunahme der Konflikte im Innern und eine Schädigung der Wirtschaft zu erwarten.

Die guatemaltekische Bourgeoisie (die stärkste Mittelamerikas) hat ein Interesse an der Lösung des Konflikts, da sie am meisten von einer Wiederbelebung des mittelamerikanischen Marktes profitieren würde.

Somit nimmt es nicht Wunder, daß Cerezo eine aktive Rolle beim Zustandekommen des Abkommens spielte. Bei der Umsetzung der einzelnen Punkte in seinem Land stößt er jedoch bald an die



Mit rotem Kreuz getarnter Hubschrauber versorgt Contras in Nicaragua

Grenzen, die ihm das Militär setzt, zumal die Guerilla und die Massenbewegung wegen ihrer Schwäche vorerst noch keinen ausreichenden Druck zu entfalten vermögen.

Die größten Probleme bei der Unterzeichnung des Abkommens hatten El Salvador und Honduras, die am stärksten von den USA abhängig sind. Daß Duarte nach seiner anfänglichen Obstruktion dennoch unterschrieben hat, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß er sich damit innenpolitisch einen größeren Manövrierspielraum ausrechnete. Mit der Bildung der Versöhnungskommission, der Verkündung einer Amnestie, Gesprächsangeboten an die FMLN/FDR und einem einseitigen kurzfristigen Waffenstillstand will er formal den Vertragsbedingungen nachkommen, um seine schwindende soziale Basis wieder zu verbreitern.

Jedoch mißlang die geplante Isolierung der FMLN/FDR. Aufgrund des Drucks

breiter Kreise mußte er die Vorbedingungen für Verhandlungen mit der FMLN/FDR fallen und die FDR-Führer ins Land zurückkehren lassen. Dennoch ist eine Lösung des Konflikts kurzfristig nicht absehbar, da Duarte eine weitgehende Demokratisierung, soziale Reformen und eine Beteiligung der Guerilla an der Regierung ablehnt.

Honduras ist am stärksten von den USA abhängig und Aufmarschbasis nicht nur für die Contras, sondern auch für die US-Truppen, die das Land mit Militäreinrichtungen übersät haben. Zwar wurde die Forderung, die Contras aus dem Land zu verweisen, immer lauter. Jedoch dürfte Honduras das Abkommen nur unterschrieben haben, weil es sich sonst isoliert hätte. Dies wurde auch durch die Weigerung der Regierung bestätigt, die Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Beflügelt durch den Friedensprozeß verstärkte sich jedoch der Druck von Volksorganisationen, Kirche, Parteien und Unternehmern derart, daß die Regierung sich gezwungen sah, einzelne Punkte des Abkommens umzusetzen. Ein Hinauswurf der Contras ist jedoch wegen der US-Weigerung bisher nicht abzusehen.

Die geringsten Probleme, den Vertrag zu unterzeichnen hatte Nicaragua. Das Abkommen erschwert die Interventionspolitik der USA und bedeutet, wenn es vollständig umgesetzt wird, das Ende der Contra. Darüber hinaus wurden die sandinistische Regierung und die Verfassung als legitim anerkannt.

Nicaragua hatte seit Beginn des Konflikts auf eine Verhandlungslösung gedrängt und war als einzige Regierung bereit, die Vertragsentwürfe der Contadora-Gruppe zu unterschreiben. Das Streben nach einer Verhandlungslösung ist für Nicaragua jedoch keine taktische, sondern eine strategische Frage. Unter Kriegsbedingungen ist eine Fortführung der Revolution nicht möglich, da die Wirtschaftskrise nicht aufgehalten wer-



den kann. Außerdem ist eine vollständige Vernichtung der Contra nicht zu erreichen, selbst wenn ihre Aktivitäten in Grenzen gehalten werden können. Da die Sandinisten trotz der Wirtschaftskrise noch immer über große Unterstützung in der Bevölkerung verfügen, konnten sie ein Abkommen erreichen, das keine Zugeständnisse in Grundsatzfragen beinhaltet.

Nicaragua hat bisher als einziges Land alle Vertragsbedingungen erfüllt. Einige, wie die Aufhebung des Ausnahmestandes und eine umfassende Amnestie, treten entsprechend dem Gleichzeitigkeitsprinzip erst in Kraft, wenn die anderen Vertragspartner das Abkommen erfüllen, d.h. wenn die Contras nicht mehr von außerhalb unterstützt werden.

Die größte Gefahr bei der Umsetzung des Vertrages besteht in der Wirtschaftskrise, da sie soziale Unzufriedenheit erzeugt, die einen fruchtbaren Boden für die Agitation der rechten Parteien bietet. Diese haben bereits jetzt einen größeren Spielraum und werden mit Millionenbeträgen aus dem Ausland unterstützt. Deshalb kommt es vor allem darauf an, die Krise in den Griff zu bekommen, wofür jedoch erst nach Beendigung des Krieges

mens zu stimmen.

Nicht zuletzt die vorzeitige Umsetzung des Abkommens in Nicaragua und das Angebot indirekter Waffenstillstandsverhandlungen an die Contras haben die USA unter Druck gesetzt. Offiziell wird das Abkommen deshalb begrüßt, als „kühner Schritt in die richtige Richtung“² (US-Außenminister Shultz), aber gleichzeitig auf den mangelnden Demokratisierungswillen der Sandinisten und die Nichtberücksichtigung der US-Sicherheitsbelange im Abkommen verwiesen.

Nicaragua habe dem Abkommen ohnehin nur zugestimmt, weil es die Contras gäbe. Und deshalb, so Reagan am 7.10.1987 vor der OAS, „werde ich ein ... 270 Mio \$-Paket an neuer militärischer und humanitärer Hilfe für die Freiheitskämpfer fordern und erkämpfen. Diese neue Unterstützung wird so lange gewährt werden, wie die mit den Freiheitskämpfern in Verhandlung stehenden Sandinisten ein Abkommen für einen Waffenstillstand schließen und bis in Nicaragua vollständige Demokratie herrscht“.³

Einen Rückzug hat die Reagan-Administration bisher nur in Nebenfragen angetreten. Die Beantragung der 270 Mio \$ mußte sie auf die Zeit nach dem neuen Termin zur Erfüllung des Abkommens am 15.1.1988 verschieben. Und in Zugzwang gebracht durch die Bereitschaft Nicaraguas, indirekt mit den Contras über einen Waffenstillstand zu verhandeln, wurde dies in einer gemeinsamen Erklärung von Shultz und Wright begrüßt, obwohl das Weiße Haus bisher immer direkte Verhandlungen gefordert hatte.

Der in Washington ausgearbeitete Forderungskatalog an die Sandinisten zur Herstellung eines Waffenstillstandes zeigte dann erneut, was Washington will: die Selbstaufgabe der Revolution.

Um die Durchführung des Abkommens zu verhindern, wird zudem der Contra-Krieg verstärkt weitergeführt. Und es wird Druck auf El Salvador und Honduras ausgeübt, Versorgungsflüge an die Contras nicht zu verhindern und sie nicht des Landes zu verweisen – bisher erfolgreich.

Zwar dürfte unter der Reagan-Administration nicht mehr zu erwarten sein, daß es zu einer Übereinkunft mit den Sandinisten kommt. Allerdings könnte der Kongreß dem Präsidenten bei der Weiterverfolgung seiner aggressiven Politik Steine in den Weg legen. Angesichts der Isolation der USA sehen die Demokraten sich bestärkt, den Sturz der sandinistischen Regierung nicht mit militärischen, sondern mit politischen Mitteln zu bewerkstelligen. Sie gehen davon aus, daß der Contra-Krieg nur den Sandinisten nutze, da er von den wirtschaftlichen

Problemen ablenke. Und sie haben bereits im Kongreß der Bewilligung von 250.000 \$ für die innere Opposition zugestimmt.

Im Januar 1988 werden es die Demokraten in der Hand haben, Reagan einen Strich durch die Rechnung zu machen und entscheidend zum Gelingen des Friedensprozesses beizutragen, indem sie die Bewilligung der 270 Mio \$ ablehnen. Bisher haben sie weiteren „humanitären Überbrückungsgeldern“ an die Contras zugestimmt – zuletzt 9 Mio \$ am 11.12.1987 im Senat.

Sollte es Reagan und seinen Verbündeten in der Region gelingen, Nicaragua als Saboteur des Friedensabkommens hinzustellen, könnte die Entscheidung im Kongreß auch zu seinen Gunsten ausgehen. Dann wäre jedoch das Abkommen insgesamt in Frage gestellt und eine neue Runde der Kriegsescalation eingeläutet.

Anmerkungen:

- 1) Envio, Managua, spanische Ausgabe, Nr. 75/September 1987
- 2) USIS, Amerika Dienst, Dokumentation, Bonn, 21.10.1987
- 3) Ebd., 14.10.1987



Soldat des Sandinistischen Volksheeres

Chancen bestehen, und gleichzeitig Kräfte in die Verbesserung der Massenarbeit umzulenken.

Ob der Friedensprozeß gelingen wird, und das heißt vor allem die Beendigung des Krieges gegen Nicaragua, hängt einzig und allein vom Verhalten der USA ab. International haben sie sich vollständig isoliert. Das Friedensabkommen wurde von der OAS, der EG und der Sozialistischen Internationale unterstützt. Die Zustimmung in der UN-Vollversammlung war derart umfassend, daß nicht einmal der US-Vertreter es wagte, gegen eine Unterstützung des Abkom-

IKA
Zeitschrift für Kulturaustausch
Kulturkalender „Dritte Welt“
DM 5.00

Sol del Rio (El Salvador)
imbawaca (Brasilien)
El Hakawati (Palästina)
G.T.C. (Jamaika)
El Clu del Clave (Argentinien)
Theater der Schnecke (Mali)
ICTUS (Chile)
Festival in Havanna (Kuba)
Juan Radrigan (Chile)
I.P.C. (Philippinen)
WOZA (Bundesrepublik)

Alles Theater!

Unser Thema:
Die „Dritte“ Welt in Literatur, Film, Grafik, Musik und Fotografie mit ausführlichem Kulturkalender

IKA 32 (Oktober 1987)
Theaterarbeit in der „Dritten Welt“

4 x im Jahr für DM 20,-
Einzelheft DM 5,- (zuzügl. Porto),
Probeheft DM 3,- (in Briefmarken)
IKA Vertrieb – Kulturbüro „3. Welt“
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50



Friedensabkommen der Präsidenten Mittelamerikas

Präambel

Die Staatspräsidenten von Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica, die am 6. und 7. August 1987 in der Stadt Guatemala zusammengekommen sind,

- ermutigt durch die Weitsicht und den ungebrochenen Willen der Contadora- und der Unterstützungsgruppe, Frieden zu schaffen,
- bestärkt durch die anhaltende Unterstützung seitens aller Regierenden und Völker der Welt, der wichtigsten internationalen Organisationen, insbesondere der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und S.H. Papst Johannes Paul II.,
- gestützt auf die Erklärung von Esquipulas, in der Absicht, in Guatemala den von der Regierung von Costa Rica vorgelegten Friedensplan gemeinsam zu erörtern, sind übereingekommen,
- sich voll und ganz der historischen Herausforderung zu stellen, Mittelamerika eine friedliche Zukunft zu verschaffen;
- sich zu verpflichten, für den Frieden zu kämpfen und dem Krieg ein Ende zu bereiten;
- dem Dialog vor der Gewalt und der Vernunft vor der Rachsucht Vorrang zu geben;
- diese Friedensbemühungen der Jugend Mittelamerikas zu widmen, deren berechtigtes Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Versöhnung viele Generationen lang enttäuscht wurde;
- ein mittelamerikanisches Parlament zu schaffen als Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit, der Versöhnung, die wir in Mittelamerika erstreben.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, unsere Bemühungen zu achten und zu unterstützen. Uns stehen mittelamerikanische Wege für den Frieden und die Entwicklung offen, aber zur Verwirklichung dieser Ziele benötigen wir Hilfe. Wir fordern ein internationales Abkommen, das die Entwicklung gewährleistet, damit der Frieden, den wir wollen, von Dauer ist. Wir bekräftigen mit Entschlossenheit, daß Frieden und Entwicklung nicht voneinander getrennt werden dürfen. Wir danken Präsident Vinicio Cerezo Arévalo und dem Volk von Guatemala für ihre Gastfreundschaft. Die Großzügigkeit des Staatspräsidenten und des guatemaltekischen Volkes haben entscheidend zu dem Klima beigetragen, das die Annahme der Friedensbeschlüsse ermöglichte.

Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika

Die Regierungen der Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua haben eingedenk ihrer Verpflichtung, die in der Charta der Vereinten Nationen, der

Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, dem Zieldokument, der Botschaft von Caraballeda für Frieden, Sicherheit und Demokratie in Mittelamerika, der Erklärung von Guatemala, dem Communiqué von Punta del Este, der Botschaft von Panama, der Erklärung von Esquipulas und dem Entwurf der Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika vom 6. Juni 1986 niedergelegten Ziele zu verwirklichen und Grundsätze zu entwickeln, folgendes Verfahren für die Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika vereinbart:

1. Nationale Versöhnung

a) **Dialog.** In den Ländern, in denen tiefe Spaltungen innerhalb der Gesellschaft entstanden sind, müssen unverzüglich Maßnahmen für die nationale Versöhnung ergriffen werden, die die voll gesicherte Beteiligung des Volkes an echten politischen und demokratischen Prozessen auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie erlauben. Zu diesem Zweck müssen Mechanismen geschaffen werden, die den Dialog mit den oppositionellen Gruppen im Einklang mit den Gesetzen ermöglichen. Die betreffenden Regierungen werden daher in einen Dialog mit allen unbewaffneten Gruppen der politischen Opposition im Lande und mit denen, die die Amnestie in Anspruch nehmen, eintreten.

b) **Amnestie.** In jedem mittelamerikanischen Land, außer in denen, in denen die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission feststellt, daß es nicht notwendig ist, werden Amnestiedekrete erlassen, die alle Bestimmungen festlegen müssen, die die Unverletzlichkeit des Lebens, die Freiheit in jeglicher Form, die materiellen Güter und die Sicherheit der Personen gewährleisten, auf die die Dekrete Anwendung finden. Gleichzeitig mit dem Erlass der Amnestiedekrete müssen die irregulären Streitkräfte des betreffenden Landes alle Personen, die sich in ihrer Gewalt befinden, freilassen.

c) **Nationale Versöhnungskommission.** Zur Überprüfung der von den fünf mittelamerikanischen Regierungen mit der Unterzeichnung dieses Dokuments im Hinblick auf die Amnestie, Feuereinstellung, Demokratisierung und freie Wahlen eingegangenen Verpflichtungen wird eine nationale Versöhnungskommission geschaffen. Sie hat die Funktion festzustellen, ob sich der nationale Versöhnungsprozeß tatsächlich vollzieht und alle in diesem Dokument garantierten bürgerlichen und politischen Rechte der mittelamerikanischen Bürger uneingeschränkt geachtet werden.

Die nationale Versöhnungskommission setzt sich aus einem ordentlichen Regierungsvertreter und dessen Stellvertreter, einem von der Bischofskonferenz vorgeschlagenen und von der Regierung aus einem Dreievorschlag von

Bischöfen ausgewählten Vertreter und dessen Stellvertreter zusammen; dieser Vorschlag muß innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der förmlichen Einladung vorgelegt werden. Die Einladung wird von den Regierungen binnen fünf Arbeitstagen nach Unterzeichnung dieses Dokuments vorgelegt. Das gleiche Verfahren des Dreievorschlags findet bei der Auswahl eines Vertreters der legal eingeschriebenen Oppositionsparteien und dessen Stellvertreter statt. Der Dreievorschlag muß innerhalb derselben Frist eingereicht werden.

Jede mittelamerikanische Regierung bestimmt ferner als Mitglied der Kommission einen angesessenen Bürger, der weder der Regierung noch der Regierungspartei angehört, und dessen Stellvertreter. Die Vereinbarung oder Verordnung, mit der die jeweilige nationale Kommission gebildet wird, wird den übrigen mittelamerikanischen Regierungen unverzüglich bekanntgegeben.

2. Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten

Die Regierungen fordern dringend dazu auf, in den Staaten der Region, die derzeit unter den Aktivitäten irregulärer oder aufständischer Gruppen leiden, die Einstellung der Feindseligkeiten zu vereinbaren. Die Regierungen der genannten Staaten verpflichten sich, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine wirksame Feuereinstellung innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens zu erreichen.

3. Demokratisierung

Die Regierungen verpflichten sich, einen echten demokratischen, pluralistischen und auf Mitbestimmung gerichteten Prozeß voranzutreiben, der die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte, der Souveränität, der territorialen Unverschreitbarkeit der Staaten und des Rechtes aller Nationen einschließt, ihr wirtschaftliches, politisches und soziales System frei und ohne jegliche Einmischung von außen zu bestimmen. Die Regierungen werden ferner nachprüfbare Maßnahmen treffen, die zur Schaffung und gegebenenfalls Vervollkommenung demokratischer, repräsentativer und pluralistischer Systeme führen, die die Bildung politischer Parteien und die wirksame Beteiligung des Volkes an dem Entscheidungsprozeß gewährleisten und die freie Beteiligung der verschiedenen Meinungsströmungen an ehrlichen und regelmäßig stattfindenden Wahlen auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Bürgerrechte sicherstellen. Um den guten Willen bei der Entwicklung dieses Demokratisierungsprozesses zu überprüfen, gilt folgendes als vereinbart:

a) Fernsehen, Rundfunk und Presse genießen volle Freiheit. Diese uneingeschränkte Freiheit umfaßt die Gründung und den Betrieb von Massenmedien durch alle ideologischen Gruppen; diese Medien werden keiner Vorsensur unterworfen.

b) Der parteipolitische Pluralismus muß vollständig zum Auserkum kommen. Die politischen Gruppierungen erhalten diesbezüglich breiten Zugang zu den Massenmedien, kommen in den vollen Genuss der Organisationsfreiheit, des Rechts, öffentliche Kundgebungen durchzuführen, der uneingeschränkten Werbung in mündlicher und schriftlicher Form und über das Fernsehen sowie der Bewegungsfreiheit der Mitglieder der politischen Parteien, die Werbefunktion innehaben.

c) Ebenso müssen die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten, in denen der Ausnahme-, Belagerungszustand oder Notstand

herrscht, diesen aufheben und einen Rechtsstaat, in dem alle in der Verfassung vorgesehenen Garantien voll gültig sind, herstellen.

4. Freie Wahlen

Nachdem die alle Demokratien kennzeichnenden Voraussetzungen geschaffen sind, müssen freie, pluralistische und ehrliche Wahlen abgehalten werden. Als Ausdruck des gemeinsamen Willens der mittelamerikanischen Staaten, für ihre Völker Versöhnung und einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, werden Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament stattfinden, dessen Schaffung in der „Erklärung von Esquipulas“ vom 25. Mai 1986 vorgeschlagen wurde.

Die Staatspräsidenten bekundeten in diesem Zusammenhang ihre Bereitschaft, beim Aufbau dieses Parlaments Fortschritte zu erzielen. Zu diesem Zweck muß die Vorbereitungskommission des Mittelamerikanischen Parlaments ihre Beratung abschließen und den mittelamerikanischen Präsidenten den entsprechenden Vertragsentwurf innerhalb von 150 Tagen vorlegen.

Diese Wahlen werden in der ersten Hälfte des Jahres 1988 in allen Ländern Mittelamerikas gleichzeitig stattfinden, zu einem von den Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten zu vereinbarenden Zeitpunkt. Die Wahlen unterliegen der Aufsicht der entsprechenden Wahlorgane, wobei sich die Regierenden verpflichten, die Organisation Amerikanischer Staaten und die Vereinten Nationen wie auch Regierungen von Drittländern einzuladen, Beobachter zu entsenden, die darüber zu wachen haben, daß die Wahlen nach den striktesten Grundsätzen des gleichen Zugangs aller politischer Parteien zu den Massenmedien abgehalten und diesen umfassende Möglichkeiten gewährt werden, öffentliche Kundgebungen und sonstige Formen der Wahlpropaganda durchzuführen.

Damit die Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament innerhalb der unter diesem Passus genannten Frist durchgeführt werden können, muß der entsprechende Gründungsvertrag von den fünf Ländern verabschiedet und ratifiziert werden.

Nach der Durchführung der Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament müssen in jedem Land im Beisein internationaler Beobachter und auf der Grundlage gleicher Garantien innerhalb der festgelegten Fristen und Zeiträume, die im Einklang mit den gültigen Verfassungsbestimmungen vorgeschlagen werden, gleichermaßen freie und demokratische Wahlen zur Bestimmung der Volksvertreter für die Kommunalparlamente, die Kongresse und gesetzgebenden Versammlungen und die Präsidentschaft der Republik stattfinden.

5. Einstellung der Unterstützung für irreguläre Kräfte oder aufständische Bewegungen

Die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten fordern die Regierungen innerhalb und außerhalb der Region, die irregulären Kräften oder aufständischen Bewegungen offen oder verdeckt militärische, logistische, finanzielle oder propagandistische Unterstützung gewähren, sie mit Truppen, Waffen, Munition und Ausrüstung versorgen, auf diese Unterstützung einzustellen, da dies unerlässliche Voraussetzung für einen stabilen und dauerhaften Frieden in der Region ist.

Davon ausgenommen ist die Hilfe für die Repatriierung oder die Neuansiedlung und notwendige Unterstützung zur Wiedereingliederung jener Personen in das normale Leben,

die diesen Gruppen oder Kräften angehört haben. Ebenso werden die irregulären Kräfte und aufständischen Gruppen, die in Mittelamerika tätig sind, aufgefordert, diese Unterstützung um eines echten lateinamerikanischen Geistes willen nicht anzunehmen.

Diese Forderungen werden erhoben im Einklang mit dem Zielskript, in bezug auf die Beseitigung des Handels mit Waffen innerhalb oder von außerhalb der Region, die für Personen, Organisationen oder Gruppen bestimmt sind, die die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten destabilisieren wollen.

6. Verbot der Benutzung des Hoheitsgebiets zum Zweck eines Angriffs auf andere Staaten

Die fünf Unterzeichnerstaaten dieses Dokuments bekräftigen ihre Verpflichtung, Personen, Organisationen oder Gruppen, die die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten destabilisieren wollen, die Benutzung ihres Hoheitsgebiets zu verweigern und ihnen weder militärische noch logistische Unterstützung zu gewähren oder zu gestatten.

7. Verhandlungen auf den Gebieten Sicherheit, Überprüfung, Rüstungskontrolle und -begrenzung

Die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten werden mit Beteiligung der Contadora-Gruppe als Vermittler die Verhandlungen über ungeklärte Fragen auf den Gebieten Sicherheit, Überprüfung und Rüstungskontrolle in dem Entwurf der Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika fortsetzen. Diese Verhandlungen umfassen auch Maßnahmen für die Entwaffnung der irregulären Kräfte, die bereit sind, die Amnestiedekrete in Anspruch zu nehmen.

8. Flüchtlinge und Vertriebene

Die mittelamerikanischen Regierungen verpflichten sich, sich vordringlich der durch die regionale Krise entstandenen Flüchtlings- und

Vertriebenenströme anzunehmen, indem sie diesen Schutz und Betreuung, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Sicherheit gewähren und ihre Repatriierung, Wiederausiedlung und Umsiedlung erleichtern, sofern diese freiwillig und auf individuellen Wunsch erfolgt.

Sie verpflichten sich ferner, sich bei der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung für die mittelamerikanischen Flüchtlinge und Vertriebenen zu bemühen, und zwar direkt durch bilaterale oder multilaterale Übereinkommen wie auch indirekt über den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und andere Organisationen und Stellen.

9. Zusammenarbeit, Demokratie und Freiheit für Frieden und Entwicklung

Die mittelamerikanischen Staaten werden in einem Klima der Freiheit, das die Demokratie gewährleistet, Beschlüsse zur Beschleunigung der Entwicklung fassen, damit in ihren Gesellschaften mehr Gleichheit herrscht und sie sich vom Elend befreien.

Die Festigung der Demokratie beinhaltet die Schaffung einer auf Wohlstand ausgerichteten Volkswirtschaft und einer wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. Zur Erreichung dieser Ziele werden sich die mittelamerikanischen Regierungen gemeinsam um besondere Wirtschaftshilfe seitens der internationalen Gemeinschaft bemühen.

10. Internationale Überprüfung und Kontrolle

a) Internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission. Es wird eine internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission geschaffen, die sich aus dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bzw. deren Stellvertretern sowie aus den Außenministern Mittelamerikas, der Contadora-Gruppe und der Unterstützungsgruppe zusammensetzt. Diese Kommission hat die Aufgabe, die Erfüllung der in diesem Dokument enthal-



ENPRENSA ist eine unabhängige, zentralamerikanische Nachrichtenagentur mit Schwerpunkt GUATEMALA.

ENPRENSA gibt wöchentliche Nachrichtenbulletins zur socio-politischen Situation heraus. Die Themen sind: Politik, Wirtschaft, Aufstandsbewegung, Volksbewegung, soziale Situation, Menschenrechte und Flüchtlingen.

ENPRENSA erscheint in deutscher, spanischer, französischer und englischer Sprache.

ENPRENSA veröffentlicht zu wichtigen Ereignissen und Themen Hintergrundberichte und Sonderbulletins.

ENPRENSA ist eine wichtige Informationsquelle für eine effektive Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement zum persönlichen Gebrauch: sFr. 150.--
Für Organisationen, Zeitungen und Presseagenturen: sFr. 300.--
(schließt das Recht auf Weiterverbreitung mit oder ohne Quellenangabe ein)

tenen Verpflichtungen zu überprüfen und zu kontrollieren.

b) Unterstützung und Erleichterung für die Mechanismen für Versöhnung, Überprüfung und Kontrolle. Um die Tätigkeit der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission zu stärken, werden die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten Erklärungen abgeben, in denen sie ihre Unterstützung für die Arbeit der Kommission bekunden. Diesen Erklärungen können sich alle Nationen anschließen, denen die Förderung von Freiheit, Demokratie und Frieden in Mittelamerika ein Anliegen ist.

Die fünf Regierungen gewähren alle Erleichterungen, die für die vollständige Erfüllung der Überprüfungs- und Kontrollaufgaben der nationalen Versöhnungskommission jeden Landes und der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission erforderlich sind.

11. Zeitplan für die Erfüllung der Verpflichtungen

Innerhalb von 15 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments werden die fünf mittelamerikanischen Außenminister als Exekutivkommission zusammengetreten, um die Erfüllung der in diesem Dokument enthaltenen Vereinbarungen zu regeln und zu unterstützen und die Arbeitskommissionen einzusetzen, damit ab diesem Zeitpunkt die Prozesse eingeleitet werden, die mittels Konsultationen, Maßnahmen und sonstigen für notwendig erachteten Mechanismen zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen innerhalb der festgelegten Fristen führen.

Innerhalb von 90 Tagen, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Dokuments, werden die Bestimmungen über die Amnestie, die Feuereinstellung, die Demokratisierung, die Einstellung der Unterstützung für irreguläre Kräfte oder aufständische Bewegungen und das Verbot der Benutzung des Hoheitsgebiets für Angriffe auf andere Staaten nach Maßgabe dieses Dokuments gleichzeitig und öffentlich in Kraft treten.

Innerhalb von 120 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments wird die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission die Fortschritte bei der Erfüllung der in diesem Dokument vorgesehenen Vereinbarungen analysieren.

Innerhalb von 150 Tagen werden die fünf mittelamerikanischen Präsidenten zusammengetreten, einen Bericht der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission entgegennehmen und geeignete Entscheidungen treffen.

Schlußbestimmungen

Die einzelnen Bestandteile dieses Dokuments bilden ein geschlossenes und unteilbares Ganzen. Die Unterzeichnung dieses Dokuments beinhaltet die in gutem Glauben eingegangene Verpflichtung, die Vereinbarungen gleichzeitig innerhalb der festgelegten Fristen zu erfüllen.

In dem Wunsch, die Friedenssehnsucht ihrer Völker zu stillen, unterzeichnen die fünf mittelamerikanischen Präsidenten am 7. August 1987 dieses Dokument in Guatemala-Stadt, Oscar Arias Sánchez, Präsident der Republik Costa Rica; Vinicio Cerezo Arévalo, Präsident der Republik Guatemala; José Napoleón Duarte, Präsident der Republik El Salvador; José Azcona Hoyo, Präsident der Republik Honduras; Daniel Ortega Saavedra, Präsident der Republik Nicaragua.

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, Nr. 751/13.8.1987)



Galoppierende Inflation in Nicaragua: 20-Cordoba-Scheine wurden in 20000-Cordoba-Scheine umgewandelt

Peter Imbusch

Im Würgegriff von Krieg und Weltmarkt Mittelamerikas Wirtschaft

Seit Anfang der 80er Jahre befinden sich die mittelamerikanischen Länder in einer schweren Wirtschaftskrise, die sich im Verlauf der letzten zwei Jahre weiter verschärft hat.

Die weltwirtschaftlichen Veränderungen seit Mitte der 70er Jahre, die anhaltende Rezession in den Industrieländern und die politisch-militärischen Konflikte in der Region führten zum Zusammenbruch des exportorientierten Entwicklungsmodells. Verbunden mit einer additiven importsubstituierenden Industrialisierung hatte diese Politik bis Ende der 70er Jahre nicht nur zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen geführt, sondern auch beträchtliche Wachstumsraten aufgewiesen.

Da die mittelamerikanischen Staaten stark vom Weltmarkt abhängig sind, funktionierte dieses Modell solange, wie über das Exportwachstum ausreichend Devisen für die notwendige Reproduktion der Volkswirtschaft erwirtschaftet werden konnten. Doch gegenwärtig bestimmten Zahlungsbilanzungleichgewichte, negativer Reservestand, Inflation, hohe Haushaltsdefizite und eine wachsende Verschuldung das Bild.

In Mittelamerika werden je nach Land 50-65% der Exporterlöse von den fünf wichtigsten Ausfuhrprodukten (Bananen, Kaffee, Zucker, Baumwolle, Fleisch) erbracht, die alle den starken Schwankungen der Terms of Trade (Verhältnis von Export- und Importpreisen) unterliegen. In der Konjunktur 1983/84 verbesserten sie sich zwar. Es flossen mehr finanzielle und materielle Mittel von außen und die in einigen Ländern auslaufenden Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ermöglichten weniger restriktive Anpassungsmaßnahmen.

So konnte in allen Ländern (außer Nica-

ragua) ein realer Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erzielt werden (durchschnittlich 1,9%).¹ Allerdings reichte dies nur in Costa Rica aus, abermals einen Rückgang des BIP pro Kopf zu verhindern. In allen Staaten außer Honduras lag das BIP niedriger als 1979/80. Die leichte konjunkturelle Erholung war aber mit einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits verbunden, das seinerseits wieder auf gestiegene Importe und einen teilweise hohen Schuldendienst rückführbar ist.

Besonders seit 1985 haben sich die stagnativen bzw. rezessiven Tendenzen in den mittelamerikanischen Ökonomien wieder voll durchgesetzt. Das BIP-Wachstum hat sich in allen Ländern

Das Elend wächst: Nahrungsmittelsuche auf einer Müllhalde in Tegucigalpa



deutlich abgeschwächt und war teilweise wieder negativ (El Salvador, Nicaragua, Guatemala).

El Salvador und Guatemala erlebten Inflationsrekordjahre (1986: 40% und 34%). Nicaragua stand schon vorher einsam an der Spitze (1985: 328%, 1986: 660% und 1987: 1.000%). Nur Honduras konnte aufgrund seiner deflationären Politik 1985/86 sehr geringe Raten (2,9%) verzeichnen, die allerdings 1987 ebenfalls hochgeschnellt sind (34%).²

Auch das Handelsbilanzdefizit hat sich seit 1985 aufgrund der gestiegenen Importe außer in Honduras und Nicaragua vergrößert. Stagnation oder weiterer Fall der Weltmarktpreise für die traditionellen Exportgüter, die Folgen des Rückzugs der United Brands Co. 1985 aus Costa Rica und die Produktionsverluste bei den Hauptexportgütern in El Salvador (Bürgerkrieg) und Nicaragua (Krieg der Contra/USA) haben die Exporterlöse teilweise drastisch eingeschränkt. Zudem sind die Quoten im neuen Kaffeeabkommen von 1987 für Mittelamerika gekürzt worden (besonders betroffen sind Nicaragua, El Salvador und Guatemala).³ Schließlich wirken Einfuhrbeschränkungen von Zucker und Fleisch für den bevorzugten US-Markt nicht gerade positiv auf die Handelsbilanzen. Die intraregionalen Exporte innerhalb des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA) sind weiter zurückgegangen und boten ebenfalls keine Alternative.

Da sich gleichzeitig das Leistungsbilanzdefizit (außer in Guatemala) vergrößerte, stieg die Auslandsverschuldung in allen Ländern weiter an. Costa Ricas Auslandsschulden überstiegen 1986 die 4-Mrd-\$-Grenze. Im Sommer 1987 versuchte das Land, über ein IWF-Abkommen (Laufzeit 1987/88) neue Finanzressourcen in Höhe von knapp 50 Mio \$ zu mobilisieren.⁴

Mit dem „Plan de Reordenamiento Económico y Social“ in Guatemala (Auslandsschulden 1987: 2,65 Mrd \$), der Mitte 1987 in Kraft trat, konnten zwar einige fiskalische und monetäre Erfolge erzielt werden, gleichzeitig vergrößerte er jedoch aufgrund seines unsozialen Zuschnitts das Elend weiter Teile der Bevölkerung.⁵

In Honduras (Verschuldung 1987 mehr als 3 Mrd \$, Tilgungen 175 Mio \$ = 27% des BIP) ist das von der US-Entwicklungsagentur AID empfohlene „Jahr des Exports“ vollständig gescheitert (Schließung der Mine El Mochito, Rückzug des US-Konzerns Rosario Resources Corp., Rückgang des Weltmarktpreises für Kaffee und extrem schlechte Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mittelamerikanischen Staaten).⁶

Die Verschuldung El Salvadors beträgt

inzwischen 2,2 Mrd \$. Ohne Wirtschafts- und Militärhilfe der USA, die ungefähr die Höhe der Schäden durch den Bürgerkrieg von 2,5 Mrd \$ erreicht hat, und die Überweisungen der 1 Mio Salvadorianer in den USA, hätte Duarte den Krieg längst verloren.

In Nicaragua stieg die Auslandsverschuldung 1987 auf rund 5,5 Mrd \$. Der Wirtschaftsplan 1987 stellte zwar gegenüber den vorhergehenden einen Fortschritt dar, weil er auch eine mittelfristige (1987-90) Leitlinie zur Bewältigung der Wirtschaftskrise enthält,⁷ aber er konnte die Verschlechterung der Lebenssituation nicht bremsen. Das Land kämpft weiter ums Überleben.

Die teilweise hohen Nettozugänge in den Zahlungsbilanzen der Länder täuschen Spielräume vor, die effektiv nicht vorhanden sind. Denn zum einen werden Teile der Gelder für den Schuldendienst und Gewinntransfer gebraucht. Zum anderen handelt es sich um umgeschuldete Kredite oder Projektkredite von Weltbank/BID sowie die AID-Finanzierung, die weitgehend in der Verwendung festgeschrieben sind.

Hohe Auslandsschulden und rückläufiges Volkseinkommen gelten für die gesamte Region

Für den wirtschaftlichen Niedergang muß auch die Militarisierung der Region von Seiten der USA verantwortlich gemacht werden. An der Spitze der „Wirtschafts-“ und Militärhilfe der USA stehen nach wie vor El Salvador, Honduras und Costa Rica.⁸ Die Militärausgaben der zentralamerikanischen Länder selbst binden immer mehr finanzielle Mittel: rund 2-4% des BIP. Für El Salvador und Nicaragua wurden sie 1986 auf 10% des BIP veranschlagt.

Die Aggression gegen Nicaragua hat 1987 die Verteidigungsausgaben auf rund 50% des Budgets hochgetrieben. Ihre direkten Schäden belaufen sich allein seit 1985 auf 650 Mio \$.⁹ Die Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Tragweite der wirtschaftlichen Verluste für dieses Land.

Angesichts der Perspektivlosigkeit der US-Politik gegenüber Nicaragua und El Salvador dürfte der anhaltende wirtschaftliche Niedergang, der auch durch die US-Hilfe nicht voll wettgemacht werden kann, ein Grund gewesen sein, der die Befürworter einer Übereinkunft mit Nicaragua gestärkt und das Friedensabkommen vom 7. August 1987 möglich gemacht hat. Bereits am 10. September 1987 haben die Wirtschaftsminister Mittelamerikas in El Salvador beschlossen, den MCCA zu reaktivieren.

Entsprechend dem Friedensabkommen

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

- Nr. 25/26 Entwicklungspolitik „gewendet“
Nr. 27 Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung
Kulturelle Beziehungen

das neue Heft:

- Nr. 28 Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt

in Vorbereitung:

- Nr. 29 „Ungleichzeitigkeit“
Nr. 30/31 Organisation von Frauen

in jedem Heft:

- Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112.S.)
Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

wollen sie „sich gemeinsam um eine außerordentliche Wirtschaftsunterstützung von der internationalen Gemeinschaft bemühen“. Die Wirtschaftsminister kamen in einem 6-Punkte-Plan überein, Zollschränken abzubauen, den Personen- und Warentransport zu erleichtern und Exporte auf Drittmarkten zu koordinieren. Im Industriebereich sollen ungenutzte Kapazitäten reaktiviert und in der Landwirtschaft ein Programm zur Stärkung und Integration des regionalen Agrarsektors formuliert werden.¹⁰

Ob diese Pläne jedoch gelingen werden, wird davon abhängen, ob sich die Befürworter des Friedensabkommens gegen die USA und ihre Freunde in der Region durchsetzen können. Zumindest für die Völker Mittelamerikas wird dies zu einer immer zwingenderen Notwendigkeit, da sie den Krieg und die Anpassungsprogramme von IWF und AID mit Lohnrückgang, Arbeitslosigkeit und Verelendung bezahlen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: M. Minkner, Anpassungskrise in Zentralamerika?, in: Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation, Hamburg, Nr. 6/7, August 1986, S. 27
- 2) Angaben nach: Latin American Economic Report, London, Nr. 87-08/31.8.1987
- 3) Vgl. Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 22.10.1987 und epd-entwicklungs-politik, Frankfurt, Nr. 19-20, 1987
- 4) Siehe: Inforpress Centroamericana, 14.5. 1987 und pensamiento propio, Managua, Nr. 43/Juli-August 1987
- 5) Vgl. Inforpress Centroamericana, 15.10. 1987
- 6) Siehe: Hondupress, Tegucigalpa, 25.7. 1987; Informationsdienst El Salvador, Westberlin, Nr. 358/16.10. und 26.6. 1987
- 7) Siehe: Envio, Managua, Nr. 70/April 1987
- 8) Vgl. die Zahlen für 1986 in: Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation, a.a.O., S. 126
- 9) Siehe: Mittelamerika Magazin, Nr. 63/September-Oktober 1987
- 10) Siehe: ANN-Wochenbulletin, Zürich, Nr. 74/22.9.1987

Regine Meyer

Die Sandinisten wollen keinen Frieden der Unterwerfung



Der Traum vom Frieden

Nicht ohne Grund sprach Nicaraguas Präsident, Daniel Ortega, in seiner Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 11.11.1987 vom „wichtigsten Augenblick Lateinamerikas und der Karibik seit der ersten Unabhängigkeit“. Die – für viele überraschende – Einigung der fünf mittelamerikanischen Präsidenten über „Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika“ am 7. August 1987 in Esquipulas (Guatemala) hat eine politische Dynamik freigesetzt, deren Auswirkungen weit über den Rahmen des regionalen Konflikts hinausgehen. Überraschend war indes nicht so sehr die Unterschrift Nicaraguas, sondern die Tatsache, daß die übrigen vier Präsidenten diesmal den Pressionen und Verführungen Washingtons zu widerstehen wußten (siehe Beitrag von N. Biver).

Für Nicaragua ist Esquipulas II Kulminationspunkt einer konsequenten Friedenspolitik, die mit dem Sieg der Revolution begann und nur durch die Aggressions- und Obstruktionspolitik der US-Regierung torpediert wurde. Stationen dieser Politik waren: Bilaterale Verhandlungen mit Honduras seit 1981; bilaterale Verhandlungen mit Costa Rica seit 1982; Unterstützung der

Contadora-Gruppe seit ihrer Gründung 1983 und der Contadora-Unterstützungsgruppe seit 1985 bis hin zum Vorschlag eines konkreten Abrüstungs- und Sicherheitsvertrags im Juni 1986; direkte Verhandlungen mit der US-Regierung in Manzanillo 1984/85, die von den USA einseitig abgebrochen wurden; Unterstützung der Erklärung von Caraballeda der Contadora- und Unterstützergruppe im Januar 1986, die bereits die wesentlichen Punkte von Esquipulas II enthielt; Teilnahme am ersten Treffen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten in Esquipulas im Mai 1986.

Esquipulas I schloß mit der vielversprechenden, aber dennoch zunächst folglosen Erklärung: „Der Frieden in Mittelamerika kann nur Produkt eines authentischen, pluralistischen und partizipativen demokratischen Prozesses sein, der die Förderung sozialer Gerechtigkeit, die Respektierung der Menschenrechte, die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten und das Recht aller Nationen einschließt, frei und ohne jegliche äußere Einmischung ihr ökonomisches, politisches und soziales Modell zu bestimmen, wobei unter letzterem der freie Wille der Völker verstanden wird.“¹

Der Durchbruch zu praktischen Konsequenzen im Sinne lateinamerikanischer

Einheit gegenüber dem Imperium war aber erst in einer Konstellation möglich, in der die folgenden Faktoren zusammentrafen: Einerseits betrifft dies die nicht mehr wegzuleugnende strategische Niederlage der Contra und der ungebrochene Rückhalt der Sandinisten unter den Massen. Andererseits waren dies die Einsicht in die schweren ökonomischen Folgen des Krieges für alle mittelamerikanischen Länder² und andere äußere Druckfaktoren.³

Für die sandinistische Regierung ist die Unterschrift unter den Friedensplan keine taktische Frage, sondern der Schlüssel zum Frieden und damit zur Herstellung der Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Projekts der sandinistischen Volksrevolution, den Aufbau einer neuen, einer menschenwürdigen Gesellschaft. Wenn auch der Krieg auf der militärischen Ebene längst gewonnen ist – Überfälle auf Kooperativen, Kindergärten, Gesundheitsposten usw. sind keine militärischen Siege –, hat die Abnutzungsstrategie doch im ökonomischen und sozialen Bereich immer dramatischere Folgen. Dabei ist klar, daß Nicaragua auch unter Friedensbedingungen aufgrund der importierten Krise des kapitalistischen Weltmarkts und der ererbten Unterentwicklung kein Schlaraffenland wäre.

Der Frieden ist unabdingbare Voraussetzung für die Rückkehr von der „Überlebenswirtschaft“, die der Bevölkerung fast unerträgliche Opfer auferlegt, zum ursprünglichen Entwicklungsmodell der Sandinisten, einem demokratischen, gerechten Aufbau im Gegensatz zum volksfeindlichen, repressiven und in der Praxis bereits als untauglich erwiesenen Modell des Weltwährungsfonds und der Chicago Boys.

Mit Esquipulas II ist auch die Hoffnung auf mehr Wirtschaftshilfe aus den kapitalistischen Ländern verbunden. Ein Gesetz über ausländische Investitionen wird zur Zeit beraten.

Aufgrund dieser vitalen Bedeutung des Friedensprozesses für die Weiterentwicklung der nicaraguanischen Revolution erklärt sich die schnelle, weitgehende und großteils einseitige Erfüllung der Abmachungen:

- Am 1. September wurde die Nationale

Versöhnungskommission unter Vorsitz des Kardinals Obando y Bravo offiziell konstituiert;

- am 5. Oktober begann der Nationale Dialog, der freilich aufgrund der internen Grabenkämpfe und der Winkelzüge der Opposition erst Ende November zur Vereinbarung einer Tagesordnung führte;
- am 22. September kündigte Innenminister Tomas Borge die Aufhebung der Vorzensur an; Ende September ging „Radio Católica“ wieder auf Sendung; seit dem 1. Oktober erscheint „La Prensa“ wieder;
- die bereits bestehende Amnestie für Contras, die die Waffen niederlegen, wurde bekräftigt; in den Kriegsgebieten entstanden mehr als 100 örtliche und regionale Friedenskommissionen;
- mehrere Grenzposten wurden neu eröffnet, die Rückführung von Flüchtlingen aus Honduras und Costa Rica über das Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen der UNO wurde beschleunigt;

Militärische Stärke und großzügige Überzeugungsbereitschaft sind zwei Seiten einer Medaille

- Familienbegegnungen in Grenzorten zu Honduras und Costa Rica wurden ermöglicht, mußten aber nach heftigen Provokationen durch die Contras, die nicaraguanische Opposition und honduranische Militärs wieder eingestellt werden, im Falle Honduras auf Betreiben der dortigen Regierung;
- vom 7. Oktober bis 7. November wurde ein einseitiger Waffenstillstand in drei Kriegszenen von insgesamt 1.450 qkm erklärt, allerdings nicht weiterverlängert, da die Contras ihn im wesentlichen zur verstärkten Versorgung aus der Luft und zur Neugruppierung ihrer Einheiten missbraucht hatte;
- das Gesetz zur Beschlagnahme des Vermögens von Personen, die das Land für mehr als 6 Monate verlassen, wurde aufgehoben;
- am 22. November wurden 985 Gefangene, darunter rund 200 Ex-Somozisten begnadigt.

Bereits am 5. November hatte Daniel Ortega auf einer Massenkundgebung zwei inzwischen vom Parlament verabschiedete Dekrete angekündigt, die die Aufhebung des Ausnahmezustands und eine breitere Amnestie für inhaftierte Contras vorsehen (siehe Kasten). Entgegen den Forderungen der USA, der Contras, der rechten Opposition und der Bischofskonferenz bleiben allerdings die ehemaligen Mitglieder der Nationalgarde Somozas und jene, die wegen Spionage sowie wegen Mord und Folter an der Zivilbevölkerung inhaftiert wurden, da-

von ausgenommen.

Entsprechend der im Friedensabkommen festgelegten Gleichzeitigkeit der Maßnahmen sollen die beiden Gesetze erst in Kraft treten, wenn die Internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission bescheinigt hat, „daß in den Nachbarstaaten keine militärischen Infrastrukturen für Angriffe auf Nicaragua mehr bestehen und die konterrevolutionären Massenmedien in Costa Rica geschlossen sind“.⁴

Gleichzeitig kündigte Daniel Ortega die Bereitschaft zur Aushandlung eines bilateralen Waffenstillstands mit der Contra durch Vermittlung des Kardinals an. Politische Verhandlungen, wie sie noch am 29. Oktober 1987 von der Sandinistischen Versammlung, dem höchsten beratenden Gremium der FSLN, abgelehnt wurden, bleiben auch weiterhin ausgeschlossen. Das Friedensabkommen verlangt dies auch nicht, sondern lediglich das Herbeiführen eines Waffenstillstands.

Laut Präsident Ortega stimmte die Regierung indirekten Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu, um „dem Feind jeden Vorwand zu entziehen und diejenigen zu entblößen, die erzählen, sie wollen den Frieden, ihn aber in Wirklichkeit nicht wünschen“.⁵ Mit den letzten Maßnahmen hat Nicaragua jetzt die Bestimmungen des Friedensabkommens vollständig erfüllt.

Nicaragua hatte aufgrund seiner Vorleistungen mit Sicherheit die geringsten Schwierigkeiten unter den Unterzeichnerstaaten, das Abkommen buchstabengetreu zu erfüllen. In Nicaragua existiert bereits seit November 1981 ein Begnadigungsgesetz⁶, seit Dezember 1983 eine Amnestie für Contras, die den Ethnien der Atlantikküste angehören und seit Januar 1985 eine allgemeine Amnestie für Contras, die die Waffen übergeben.⁷

Milde gegen die Contras: 985 Gefangene wurden amnestiert



Der Rückhalt der Sandinisten bleibt groß: Massenkundgebung zum Jahrestag der Revolution

Dies entspringt dem zutiefst humanistischen, auf Überzeugung und Toleranz basierenden Charakter der sandinistischen Revolution. So wie die sandinistischen Kommandanten die ersten waren, die nach dem Sieg 1979 Ausschreitungen und Racheakte der Bevölkerung gegen ihre früheren Peiniger verhinderten, sind auch die Grundprinzipien des Sandinismus, der politische Pluralismus und die gemischte Wirtschaft, – neben dem Anteilperialismus und der Nichtpaktgebundenheit – keineswegs nur taktisch gemeint oder aus naheliegenden geopolitischen Gründen zu erklären.

Das Geheimnis dieser oft übertrieben genannten „Generosität der Revolution“ ist ihre tiefe Verankerung unter den Massen, die ihre Verteidigung trotz schwierigster Bedingungen und schwerster Opfer möglich gemacht hat. So darf kei-

Rede von Präsident Daniel Ortega

Wir werden keinen politischen Dialog mit der Contra führen

Am 5. November 1987, dem Tag, an dem die Bestimmungen des Friedensabkommens von Esquipulas II in Kraft treten sollten, gab Nicaraguas Präsident Daniel Ortega auf einer Massenkundgebung in Managua Maßnahmen der nicaraguanischen Regierung zur vollständigen Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bekannt. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede.

Am heutigen 5. November leite ich der Nationalversammlung zwei Dekrete zu, und zwar das Amnestie-Dekret, das alle diejenigen umfaßt, die seit Januar 1981 wegen ihrer Beteiligung an konterrevolutionären Aktivitäten in Haft sind. Das bedeutet, daß die Somoza-Gardisten, die beim Sieg der Revolution festgenommen wurden, nicht betroffen sind.

Wir übermitteln der Nationalversammlung ebenfalls ein Dekret, das eine Aufhebung des Ausnahmezustands im ganzen Land vorsieht, aber unter einer Bedingung. (...) Die Bedingung ist, daß die Aggression gegen das nicaraguanische Volk aufhören muß.

Wer wird entscheiden, wann das honduraneische Territorium aufhören wird, eine Basis für die Angriffe gegen Nicaragua zu sein? Wer wird entscheiden, wann die logistische Unterstützung von Honduras aus, von diesem mittelamerikanischen Territorium aus, aufhören wird? Wer wird entscheiden, wann die Contra-Führer aufhören, frei in mittelamerikanischen Ländern wie Honduras, Costa Rica und anderen Ländern zu operieren?

In den Vereinbarungen von Esquipulas haben wir zugestimmt, daß eine internationale Überwachungs- und Folgekommission gebildet wird. Diese Kommission ist bereits gebildet. Wer gehört dazu? Der Generalsekretär der UNO, der Generalsekretär der OAS sowie die Außenminister der Contadora-Gruppe und die unterstützenden Gruppe, d.h. die Außenminister von acht lateinamerikanischen und den mittelamerikanischen Ländern.

Diese internationale Überwachungs- und Folgekommission muß die notwendigen Inspektionen vornehmen. (...) Wenn diese Kommission innerhalb von 30 Tagen sagt, wir haben Inspektionen vorgenommen und festgestellt, daß jegliche Aktivität gegen Nicaragua eingestellt ist, daß eine Gleichzeitigkeit vorliegt, weil sich in Honduras keine Camps mehr befinden, und daß die Contras keine Versorgungsgüter mehr erhalten, mit anderen Worten, wenn die Kommission uns sagt, daß all diese Schritte unternommen wurden, dann werden wir in demselben Augenblick diese Dekrete über die Aufhebung des Ausnahmezustands im ganzen Land und über die Amnestie wirksam werden lassen.

Wir sind verpflichtet, die Vereinbarungen von Esquipulas II einzuhalten. Aus diesem Grund legen wir der Nationalversammlung den Vertrag zur Schaffung eines mittelamerikanischen Parlaments vor. (...)

Die Vereinbarungen von Esquipulas II besagen ganz deutlich, daß eine Feuereinstellung ver einbart werden muß, um militärische Konfrontationen zu vermeiden. Wir haben den ersten Schritt zu einer Feuereinstellung unternommen und in einigen Gebieten unseres Territoriums – auf mehr als 1.450 qkm, in denen die FDN-Banden operieren – einseitig eine Feuereinstellung erklärt. Wir sprechen hier nicht von den 7.000 qkm, wo eine Feuereinstellung besteht, nämlich an der Atlantikküste. (...)

Wenn wir also von ... dem Abkommen über eine Feuereinstellung sprechen, beziehen wir

uns auf Konterrevolution, deren wirkliche Führerin die US-Regierung ist. Wir haben beschlossen, diese Maßnahmen zu treffen, um unseren Feinden alle Vorwände zu nehmen und um diejenigen zu demaskieren, die vorgeben, den Frieden zu wollen, ihn aber nicht wirklich wollen. (...)

Aus diesem Grunde unternehmen wir die entsprechenden Schritte, um mit Hilfe eines Vermittlers eine Feuereinstellung in die Wege zu leiten. (...) Wenn dann alle Voraussetzungen zu dieser Feuereinstellung geregelt sind, wird der Vermittler sicherlich unseren Vorschlag der Führung der Contras unterbreiten, ... so daß es zu einer Feuereinstellung kommen wird. Auf diese Weise halten wir uns 100prozentig an die Esquipulas-Abkommen. D.h. man kann uns

neswegs übersehen werden, daß der Friedensprozeß begleitet wird von einer Verschärfung des Krieges „wie überhaupt noch nie zuvor“, so der Verteidigungsminister, General Humberto Ortega.

Militärische Stärke gegenüber dem Aggressor und großzügige Überzeugungsbereitschaft (wie sie sich auch in dem vorbildlichen, auf Resozialisierung basierenden Strafvollzugssystem manifestiert) sind zwei Seiten derselben Medaille. Es handelt sich um Stärke aus Prinzipientreue, die sich nicht vom Gegner das Gesetz des Handelns aufzwingen läßt und sich auch unter schwerstem militärischem und ökonomischem Druck nicht hat dazu hinreißen lassen, sich der von den Gegnern verbreiteten Karikatur der „sandino-kommunistischen totalitären Diktatur“ anzugeleichen.

So kann Tomas Borge auf die Frage nach der Gefahr des Aufbaus einer inneren Front durch die amnestierten Contras antworten: „Es ist versucht worden, eine innere Front ... aufzubauen, seit der CIA und die Contra ihre Operationen in Nica-



D. Ortega (r.) und der Vermittler bei den Contra-Gesprächen Kardinal Obando y Bravo in Washington

also nichts vorwerfen, was die Einhaltung der Abkommen anbelangt.

Das Übereinkommen hinsichtlich einer Feuereinstellung darf nicht mit einem politischen Dialog mit den Konterrevolutionären verwechselt werden..., einem Dialog, um über die Machtverhältnisse zu verhandeln. (...) Dies ist keine Voraussetzung der Esquipulas-Abkommen, und wir werden so etwas niemals tun. Darüber hinaus werden wir keine Verhandlungen über eine Machtverteilung mit der US-Regierung führen. Wir sehen keinen Grund darin, mit der US-Regierung über die innere Sicherheit Nicaraguas zu verhandeln. Hierüber hat das nicaraguanische Volk zu entscheiden.

Unserer Meinung nach ist es notwendig, mit der US-Regierung einen Dialog zu führen, ... da die Vereinigten Staaten betont haben, sie fühlen sich von Nicaragua bedroht. Und doch sind wir es, die wir uns von den Vereinigten Staaten angegriffen und bedroht fühlen. Aus diesem Grunde sind wir bereit, dieses Problem mit der US-Regierung zu erörtern, damit unsere Beziehungen sich wieder normalisieren. (...)

(Quelle: Radio Managua, 5.11.1987, nach: Monitor-Dienst, Lateinamerika, Köln, 9.11. 1987)

ragua begannen. Aber der Grad der Kontrolle und Infiltration in die Reihen des Feindes und vor allem die Unterstützung der Bevölkerung haben die Formierung dieser inneren Front unmöglich gemacht. Die Versuche waren zahlreich und so groß angelegt, daß wir mehr als 50 t Plastiksprengstoff beschlagnahmen konnten... Dennoch ist hier nicht ein Molotow-Cocktail explodiert... Die Amnestierten haben absolute Bewegungsfreiheit und können jegliche politischen, religiösen, sozialen oder sonstigen Aktivitäten legaler Art entwickeln. Aber ich wage zu behaupten, daß wir in der Lage sind, Kontrolle auszuüben und jeglichen Versuch, eine innere Front in Nicaragua aufzubauen, zu neutralisieren. Die Tatsache selbst, daß diese Leute Contras waren, erleichtert die Möglichkeiten zu verhindern, daß sie sich illegal organisieren.“⁸

Diese Selbstsicherheit, die auf dem Rückhalt in den Massen beruht, hat es auch möglich gemacht, daß unter den

Begnadigten ein wegen Contra-Aktivitäten verurteilter Führer der Christlich-Sozialen Partei freigelassen werden konnte, der noch auf dem Weg aus dem Gefängnis verkündete, daß er fortfahren würde, „den Kommunismus in Nicaragua auszurotten. Wir werden mit der Waffe in der Hand und auf den Straßen demonstrieren, daß wir recht haben.“⁹ Die Reaktion, die natürlich Morgenluft wittert, mußte aber schon in der Frage der Amnestie zur Kenntnis nehmen, daß diese Flexibilität der FSLN nicht mit Schwäche zu verwechseln ist: In einem breiten Diskussionsprozeß mit den Massen, der in der Demonstration von über 100.000 Menschen am 5. November 1987 gipfelte, wußte sich die Regierung der Unterstützung für die Ablehnung einer Generalamnestie unter Einschluß aller Ex-Somozisten zu versichern.

Ebensowenig werden die revolutionären Errungenschaften angetastet werden. Weder werden die Landreform rückgängig gemacht, noch die nationalisierten Betriebe reprivilisiert. „Was verteilt ist, ist uns heilig“, versicherte der Landreform-Minister, Revolutionskommandant Jaime Wheelock.

Die Sandinistische Versammlung stellt in einer Grundsatzzerklärung fest: „Wir verteidigen die Vereinbarungen von Esquipulas, weil sie die historischen Verpflichtungen unserer revolutionären Vorhut respektieren, die in unserer Politischen Verfassung festgeschrieben sind. Wir Sandinisten werden niemals unser Historisches Programm¹⁰ aufgeben, denn das wäre ein Attentat auf die Existenz der Revolution und ein Verrat an unseren Toten, an den Opfern, an dem enormen Preis, den wir in den Jahren des Kampfes gegen die somozistische Diktatur gezahlt haben und weiterhin zahlen, indem wir die Unantastbarkeit unserer nationalen Souveränität, die Würde unserer Nation verteidigen... Die FSLN weicht nicht einen Millimeter bei der kompromißlosen Verteidigung der Errungenschaften des Volkes zurück.“¹¹

Hiermit wird sich die Opposition auseinanderzusetzen haben, die die „Reform“, sprich: Kastrierung der Verfassung, in ihren Kernpunkten als Punkt 1 unter „Demokratisierung“ auf die Tagesordnung des Nationalen Dialogs gesetzt hat. Die sandinistische Regierung hat mit großer Langmut die – unmittelbar von CIA und US-Botschaft inspirierte – Obstruktionspolitik der Opposition in der Nationalen Versöhnungskommission hingenommen und ihre Position zu den 17(!) Verfassungsänderungsforderungen für den 1. Dezember 1987 angekündigt. Sie wird es wohl kaum zulassen, daß die Opposition das, was sie weder in den Wahlen noch in fast zwei Jahren Verfassungsberatung (unter breitestem Einbeziehung der Massen und ihrer Organisa-



Schlangestehen für Fleisch in Managua

tionen) erreichen konnte, nun in einer auf keinerlei demokratische Gesetzgebungslegitimation gestützten Kommission durchsetzt.

Bisher haben sich die Befürchtungen, die Sandinisten würden aufgrund des erweiterten politischen Handlungsspielraums der Opposition durch Esquipulas II an Massenloyalität verlieren, als nicht begründet erwiesen. Die Opposition hat im November 1987 mit einem Aufruf fast aller ihrer politischen und sozialen Organisationen zu einer Demonstration auf nationaler Ebene keine 4.000 Leute auf die Beine gebracht. Auch die systematische Hetze von „La Prensa“ hat bislang kein Echo gefunden, was sie dazu veranlaßt hat, den Begriff der „unsichtbaren Massen“ zu kreieren, die hinter der Opposition stünden.¹²

Wenngleich die FSLN vor allem in den Hauptkriegsjahren 1983-85 die ideologische Auseinandersetzung vernachlässigt hatte – so selbstkritisch Tomas Borge¹³ –, zeigt sich doch heute, daß die Sandinisten quantitativ und qualitativ in der ideologischen Auseinandersetzung in der Vorhand sind.

Dazu der Revolutionskommandant Bayardo Arce, Vize-Koordinator der Exekutivkommission der FSLN: „Wir verfügen über ausreichende organisatorische und politisch-ideologische Grundlagen..., und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir glauben, daß hier niemand dem Volk etwas Besseres bieten kann als wir inmitten der Probleme. Ein linkeres Programm als das unsere könnte nur ein vollkommen verstaatlichter Sozialismus sein, der nach unserer Meinung weder nötig noch möglich ist. Denn nicht einmal das gegenwärtige Programm akzeptieren die Gringos... Und Zurückweichen ist genauso illusorisch...“

„Wer könnte hier regieren, nachdem man den mehr als 100.000 Bauernfamilien die mehr als 3 Mio Manzanas¹⁴ Land genommen hätte, die ihnen die Landreform gegeben hat? Oder wer könnte

die Arbeiter zum Arbeiten bringen, wenn wir die Betriebe den alten Besitzern zurückgeben oder privatisieren? Mit welcher Begeisterung würde das Volk die Gesundheits- und Bildungsprobleme anpacken, wenn diese wieder ein Privatgeschäft wären? Das erklärt auch, warum sich heute selbst die Ultra-rechten um die Arbeiter und Bauern bemühen. Sie sagen, daß die Revolution gut ist, aber daß wir schlecht regieren. Die einzige Fahne, die heute selbst die eingefleischtesten Ausbeuter der Vergangenheit schwenken können, ist, daß sie es besser machen könnten, und das läßt sich natürlich diskutieren...“¹⁵

Obgleich zweifellos der stark emotionalisierte Enthusiasmus der ersten Revolutionsjahre verflogen ist, kann sich die FSLN heute auf eine solide Basis stützen und kann Arce zurecht feststellen: „Ich ziehe – um in Zahlen zu sprechen – die heutigen 100.000 Mitglieder des Sandinistischen Gewerkschaftsbunds (CST) den 400.000 der ersten Monate nach der Revolution vor. Warum? ... Es gab viele Leute, die glaubten, die Revolution bedeute nicht mehr arbeiten und sei eine Zauberformel, um alle Probleme zu lösen. Wenn diese Leute merken, daß die Revolution kein Zauberstück ist und daß man sogar mehr arbeiten muß als in der Vergangenheit, kühlst sich ihre Begeisterung ab.“

„Die dabeibleiben, haben ein Bewußtseinsniveau und eine revolutionäre Qualität entwickelt, die die Zukunft garantieren... Als die FSLN seinerzeit die Mitglieder auszeichnen wollte, die schon wenigstens 9 Monate vor dem 19. Juli mit der Frente verbunden waren, konnten wir gerade 1.432 Mitgliedsbücher ausgeben. Heute sind wir in der FSLN 30.000 Mitglieder. Aber die sandinistische Vorhut, das ist nicht nur diese Parteistruktur, sondern das ist auch die große Zahl von Nicaraguanern, die an der Spitze der Gewerkschaften, der Koooperativen, der Frauenbewegung, der Kir-

chen stehen. Wir sind heute 50- oder 100 mal mehr als zum Zeitpunkt des Sieges über die Diktatur.“¹⁶

Diese ideologische und personelle Konsolidierung der Revolution, verbunden mit der Tatsache, daß die Opposition absolut keine Alternative zu bieten hat, erklärt auch, warum die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage bisher nicht in eine Abwendung der Massen von der Revolution umgeschlagen ist. Damit ist jedoch der neuralgische Punkt bezeichnet, und die sandinistische Führung ist sich vollkommen im klaren darüber, daß hier der Hauptansatzpunkt der ideologischen Auseinandersetzung liegen muß; von daher auch das vitale Interesse an Esquipulas II, um endlich in Frieden die Wirtschaft wieder aufzubauen zu können.

Dazu Tomas Borge in einer illusionslosen Einschätzung zu Beginn des Friedensprozesses: „Es gibt breite soziale Schichten, die aus ganz konkreten, aktuellen Anlässen unzufrieden sind, aber nicht mit der Revolution insgesamt; mit anderen Worten: Menschen, die revolutionär sind, die glühende Verfechter der Revolution sind, bereit, das Leben zu geben. Aber sie sind zutiefst irritiert, wenn sie auf ihre Forderungen nach Gesundheit, Wohnraum, Bildung, Arbeit, Lebensstandard keine Antwort bekommen...“

„Und diese Unzufriedenheit legt die Grundlagen für eine gewisse Anfälligkeit für die ideologischen Offensiven, die die militärischen ersetzen werden. Von daher müssen wir eine gewaltige Schlacht um das Bewußtsein der Menschen schlagen. Und wer diese Schlacht gewinnt, wird der Sieger sein. Wir haben große moralische, politische und ideologische Ressourcen, um diese Schlacht zu gewinnen, aber es wird nicht leicht sein. Es ist eine komplexe Auseinandersetzung, schwieriger als der militärische Kampf.“¹⁷

Freilich zeigt die Erfahrung vier Monate nach der Unterschrift unter das Abkommen, daß die FSLN – trotz einer weiteren Verschärfung der Versorgungskrise – gestärkt aus der ideologischen Ausein-

andersetzung hervorgegangen ist. Innenpolitisch ist es der Opposition weder gelungen, den Nationalen Dialog zu boykottieren noch die Massen zu mobilisieren.

Daniel Ortega konnte in einer Fernsehrunde mit Journalisten der Vertreterin von „La Prensa“ auf die Frage nach der Bereitschaft, Wahlen vor 1989 abzuhalten, selbstbewußt erwidern: „Ich wäre bereit, morgen Wahlen abzuhalten, aber was würde passieren? Anstelle der 67% der Stimmen, die die FSLN 1984 hatte, würden wir heute 90% bekommen. Lassen wir lieber der Opposition ein bißchen Zeit, damit sie sich organisiert und ein paar Stimmen gewinnt...“¹⁸

Kardinal Obando y Bravo als der ideologisch einflußreichste Exponent der Opposition ist als Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission und designierter Vermittler eines Waffenstillstands eingebunden.

Außenpolitisch haben die Sandinisten – nach einigen anfänglichen Schwankungen in der Haltung des costaricanischen Präsidenten Arias – geradezu erdrutschartig Terrain gewonnen, was an den Reaktionen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der UNO, der EG (siehe Beitrag von N. Biver) und auch der USA ablesbar ist. So ist der Sprecher der demokratischen Mehrheit im US-Repräsentantenhaus, Wright, mit dem Heranrücken der Wahlkampagne um die Präsidentschaft auf die Unterstützung des Friedensprozesses eingeschwungen. Noch im August 1987 hatte er gemeinsam mit Reagan einen „Alternativ“-Plan zur Verhinderung von Esquipulas vorgelegt. Unter diesen Umständen sah sich sogar US-Außenminister George Shultz genötigt, in einer gemeinsamen Erklärung mit Wright den Kardinal zur Vermittlung einer Feuerpause zu drängen.

Reagan und die Contra sind mithin vollkommen isoliert und jeglicher Vorwände entkleidet, und darüber hinaus läuft ihnen die Zeit weg. Wenn es auch „ein Mangel an Ernsthaftigkeit“ (T. Borge) wäre, eine direkte Intervention vollkom-



Contra beim Minenlegen

men auszuschließen, so wird sie doch mit jedem Tag, den die Präsidentschaftswahlen näherrücken, unwahrscheinlicher – Hunderte oder Tausende von Zinksärgen, die dann unweigerlich in den USA ankämen, wären kaum zur Wahlpropaganda geeignet.

Ist Esquipulas II zum Erfolg verurteilt? Fast scheint es so – wenn man sich nicht auf ganz bestimmte Fristen versteift. In weiser Voraussicht haben die Autoren das Abkommen so flexibel gestaltet, daß durchaus ein Verhandlungsprozeß vorstellbar ist, der über die jetzige Administration in Washington hinausgeht. Wenn es auch unbestreitbar ist, daß Nicaragua den Frieden seit vorgestern braucht, haben die Sandinisten bislang ausreichende politische Klugheit und Flexibilität bewiesen, um den Prozeß nicht am Zeitfaktor scheitern zu lassen.

Das schwierigste Stück Weg liegt allerdings noch vor ihnen, nämlich die Aushandlung des Waffenstillstands und die Aufnahme direkter Verhandlungen mit der US-Regierung. Hier ist die Sandinistische Versammlung kategorisch: „Das nicaraguanische Volk und die Sandinistische Nationale Befreiungsfront erklären, daß es unter keinen Umständen, nirgendwo und mit keinem Vermittler weder direkt noch indirekt einen politischen Dialog mit der Führung der Contra geben wird.“¹⁹

Und Revolutionskommandant Luis Carrón stellte einen Tag vor der Übergabe des sandinistischen Vorschlags zur Aushandlung des Waffenstillstands an Obando y Bravo klar: „Der Waffenstillstand ist kein Weg, um politisch zu ver-

Die nicaraguanische Rechte jubelt, als Jeane Kirkpatrick (Ex-UN-Botschafterin der USA) in der US-Botschaft zum Sturz der Sandinisten aufruft



handeln. Letzteres betrachten wir als inakzeptabel und außerhalb des Rahmens von Esquipulas.“²⁰

Der Vorschlag sah für den 5. Dezember 1987 das Inkrafttreten eines Waffenstillstands vor, der bis zum 5. Januar 1988 andauern sollte. Zu diesem Zweck sollten sich die Contras in drei Gebiete im Norden, im Zentrum und im Süden des Landes begeben, die etwa 8% der Fläche Nicaraguas ausmachen. Während dieses Zeitraums sollten die Contras keine militärische Hilfe mehr erhalten, die Amnestie in Anspruch nehmen können und wenn es die Amnestierten wünschten, dann am Nationalen Dialog teilnehmen. Aufgrund der Verzögerungstaktik der Contras konnten die Verhandlungen über den Vermittler Obando y Bravo erst am 3. Dezember 1987 in der Dominikanischen Republik aufgenommen werden. Die Contras hatten am 1. Dezember ihren eigenen Vorschlag veröffentlicht, der von Präsident Ortega als „kaum ernst gemeint“ bezeichnet wurde. Die Contras verlangen als Vorbedingung für einen Waffenstillstand nicht nur die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Amnestierung aller Gefängnisinsassen, die Abschaffung der Wehrpflicht und der Sandinistischen Verteidigungskomitees, sondern auch noch die Kontrolle über mehr als die Hälfte des Territoriums Nicaraguas.

Als Bedingung für eine Waffenniederlegung fordern sie nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung des Sandinistischen Volksheeres. Diese Forderungen und die Entsendung einer drittklassigen Delegation aus gestandenen Somozisten nach Santo Domingo zeigen, daß die Contras, oder besser Washington, auf ein Scheitern der Verhandlungen hinarbeiten.

Daß sich die Reagan-Administration selbst auf Verhandlungen einläßt, ist indes nach allem Vorangegangenem höchst unwahrscheinlich, auch wenn sie sich gerade in der Frage des Waffenstillstands total demaskiert hat: Die Contra-Führung war angesprochen, und die Antwort kam – aus dem US-Außenministerium, wo, wie allgemein bekannt ist, auch das Gegenpapier der Contra ausgearbeitet wurde. Dies beweist vor aller Welt, wie recht die Sandinisten haben, wenn sie „mit dem Zirkusdirektor und nicht mit den Clowns“ verhandeln wollen. Möglicherweise bedarf es dazu aber erst der Wahl eines neuen US-Präsidenten.

Was könnte ein Friedensabkommen beinhalten? Von seiten Nicaraguas ist die Wiederaufnahme des letzten Contadora-Vorschlags vom Juni 1986 denkbar: Bekräftigung der Nichtpaktgebundenheit Nicaraguas; Verpflichtung, keine Militärbasen des Warschauer Pakts zuzulassen (was im übrigen nie geplant

war); Verzicht auf alle Militärberater aus sozialistischen Ländern; Begrenzung und Kontrolle des Militärpotentials; Verpflichtung, keine ausländischen Guerilla-Bewegungen militärisch zu unterstützen – damit wäre die Frage der vielzitierten „nationalen Sicherheit“ der USA erledigt.

Genau das hätte Reagan aber schon 1984 in Manzanillo haben können. Darum geht es ihm aber gar nicht, und deshalb wurden die damaligen Verhandlungen auch einseitig abgebrochen. Der Reagan-Administration geht es darum, nach der CIA-Theorie des „faulen Apfels“ die sandinistische Revolution zu beseitigen, damit das Beispiel nicht Schule macht, der „faule Apfel“ nicht die „gesunden“ ansteckt. Deshalb ist die Invasionsgefahr auch immer noch nicht gebannt – ein in die Enge getriebenes Raubtier ist bekanntlich besonders unberechenbar. Innenpolitisch ist mit einer Absicherung des Handlungsspielraums der Opposition durch Veränderungen der Wahl- und Parteiengesetze, möglicherweise auch mit Verfassungsänderungen, aber nur in Form- und Verfahrensfragen, nicht in der Substanz, zu rechnen.

Klar ist, daß am Ende ein Verhandlungskompromiß stehen wird. Daniel Ortega erklärte in der schon zitierten Journalistenrunde ganz nüchtern, daß der Vermittlungsvorschlag der Sandinisten für den Waffenstillstand eben ein Vorschlag ist und kein Ultimatum. Und die Contra, mit dem US-Außenministerium im Rücken, pokert natürlich hoch. Auf der anderen Seite steht die Aussage der Sandinistischen Versammlung: „Die FSLN will Frieden, aber keinen Frieden von Feiglingen und Schwankenden, keinen Frieden, der Unterwerfung und Absage an unsere nationale Würde beinhaltet.“²¹

Verhandlungen über einen Waffenstillstand, aber kein politischer Dialog mit der Contra

Wenn es gelingt, unter Bewahrung der nationalen Souveränität den Krieg zu beenden und die Hände freizuhaben für den friedlichen Aufbau, wird sich eine politisch-soziale Dynamik entfalten, bei der die Gegner keine Chance gegen die Revolution haben. Vorrangig ist, den Frieden zu erreichen.

Entscheidend ist, die lateinamerikanische Einheit weiter zu festigen und damit die Gewichte im Nord-Süd-Verhältnis insgesamt zugunsten des Südens zu verschieben. Auch wird es sich der Westen im eigenen längerfristigen Interesse kaum leisten können, einen Friedensnobelpreisträger und einen hohen

Würdenträger der katholischen Kirche – beide alles andere als revolutionär – scheitern zu lassen.

Die vorsichtige Hoffnung ist berechtigt, daß sich zumindest mittelfristig auch in den kapitalistischen Ländern die besonderen Kräfte gegenüber Reagan und seinen „Paladinen“ durchsetzen, jene die beginnen zu begreifen, daß der mittelamerikanische Konflikt Teil des Nord-Süd-Konflikts ist und daß hier – wie bei der Gefahr eines Atomkriegs – eine globale Gesamtverantwortung existiert. Die „Alternative“ wäre eine Eskalation des Kriegs und der ökonomischen Katastrophen, die sich nicht mehr auf die Region begrenzen ließe.

Anmerkungen:

- 1) Barricada (Bar.), Managua, 8.6. 1986
- 2) So erklärte z.B. der costaricanische Landwirtschaftsminister und Bankenpräsident Fernando Naranjo vor der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds: „Die mittelamerikanischen Staaten befinden sich in einer tiefen Wirtschaftskrise... Der Krieg muß aufhören und der Frieden wiedererstehen. Anstelle der Waffen und der Repression brauchen wir mehr Freiheit, mehr Respektierung der politischen Rechte und mehr Brot. Es kann keinen dauerhaften Frieden geben ohne ökonomische und soziale Entwicklung.“ Ebd., 28.11. 1987
- 3) Vgl. Envío, Managua, spanische Ausgabe, Nr. 75/September 1987 und Beitrag von N. Biver in diesem Heft; d. Red.
- 4) ANN-Wochenbulletin, Zürich, Nr. 81/10.11. 1987
- 5) Ebd.
- 6) Seit dem Sieg der Revolution sind 1.105 Gefangene begnadigt worden, darunter auch viele Ex-Somozisten. Siehe: El Nuevo Diario (END), Managua, 14.11. 1987
- 7) Bis Juli 1987 haben insgesamt 9.614 Personen von der Amnestie Gebrauch gemacht. Davon waren 6.120 Repatriierte und 3.494 Contras, die die Waffen niedergelegt hatten. Vom 5.8.-3.11. 1987 übergeben weitere 595 Contras die Waffen. Siehe: Barricada Internacional (BI), Managua, 19.11. 1987
- 8) Exklusiv-Interview mit „Prensa Latina“ (Kuba), „Excelsior“ (Argentinien) und „Proceso“ (Mexiko) mit dem bezeichneten Titel „Nicaragua: Ramirez und Borge erläutern den ‚exzessiven‘ sandinistischen Friedenswillen“. Nach: Bar., 4.10. 1987
- 9) END, 23.11.1987
- 10) Erstes umfassendes politisch-soziales Programm der FSLN, das u.a. vorsah: die Verstaatlichung der Multi-Filialen und des Vermögens der Somoza-Dynastie, staatliche Kontrolle der Naturschätze und des Außenhandels, Landreform und eine tiefgreifende soziale und politische Umgestaltung der Gesellschaft.
- 11) Zit. nach: BI, 5.11.1987
- 12) La Prensa, Managua, 18.11.1987
- 13) Siehe: Interview mit T. Borge in: AIB, 12/1985, S. 18ff.
- 14) Flächenmaß = 0,705 ha
- 15) Bar., 20.10.1987
- 16) Ebd.
- 17) Ebd., 4.10.1987
- 18) Ebd., 19.11.1987
- 19) BI, 5.11.1987
- 20) BI, 19.11.1987
- 21) BI, 5.11.1987

Erklärung der Nationalen Leitung der FSLN

Den Krieg beenden durch strikte Erfüllung des Abkommens

Eine Woche vor dem geplanten Inkrafttreten der Bestimmungen des Friedensabkommens von Esquipulas trat am 29. Oktober 1987 die Sandinistische Versammlung, das höchste beratende Gremium der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über weitere Schritte zur Durchsetzung des Abkommens zu beraten. Wir dokumentieren Auszüge aus der Erklärung der Nationalen Leitung der FSLN, die sie vor der Versammlung abgab.

Seit dem Beginn ihres Kampfes schrieb die FSLN in ihr revolutionäres Programm, die Macht zu erringen, um in Nicaragua eine demokratische, freie, gerechte und friedliche Gesellschaft aufzubauen.

Seit die Siegesfahnen durch die Hände des Volkes auf dem Platz der Revolution am 19. Juli 1979 hochgehalten wurden..., begannen die reaktionärsten Kreise der USA eine permanente und gezielte Verdrehungs- und Verleumdungskampagne gegen Nicaragua.

Mit der Erarbeitung des Dokuments von Santa Fe wurden die Richtlinien der US-Außenpolitik gegenüber Nicaragua festgeschrieben... Seit der Wahl Reagans zum Präsidenten (1980, Amtsantritt 1981; d. Red.) begann die wortgetreue Umsetzung des Dokuments von Santa Fé. Es wurden die ersten Schritte unternommen, um die zerschlagene Nationalgarde Somoza wieder aufzubauen. (...)

In Erfüllung ihres Programms begann die revolutionäre Regierung eine Alphabetisierungskampagne, mit der die Demokratisierung des Erziehungswesens eingeleitet wurde. Die Agrarreform wurde in Angriff genommen und damit ein Traum des nicaraguanischen Volkes und insbesondere der Landarbeiter realisiert. (...)

Die Nationale Leitung der FSLN betonte, daß die gemischte Wirtschaft, der politische Pluralismus und die Nichtpaktgebundenheit wesentliche Elemente der nicaraguanischen Revolution sind.

Auf die historische Entscheidung, eine neue, durch und durch humane Lebensform zu schaffen, die sich an den besonderen Bedingungen Nicaraguas orientiert, antworteten der Imperialismus und seine Verbündeten in Nicaragua mit dem Krieg, der Dekapitalisierung, dem Handelsembargo, der Wahlenthaltung der Parteien, die sich dem Imperialismus besonders stark unterordnet haben, und mit dem expliziten Druck auf eine Vielzahl von Regierungen mit dem Ziel, Nicaragua zu isolieren.

Aus dem Zusammenspiel dieser äußeren Faktoren entstand der mittelamerikanische Konflikt. Aber der Instinkt Lateinamerikas für das

eigene Überleben fand seinen Ausdruck in der Bildung der Contadora- und der Unterstützerguppe mit dem Ziel, die angekündigte direkte Intervention der USA gegen Nicaragua zu erschweren bzw. zu verhindern.

1984, als die Contadora-Gruppe die Unterzeichnung eines Friedensabkommens für Mittelamerika vorschlug, war die nicaraguanische Regierung die einzige der Region, die beschloß, es insgesamt zu unterzeichnen.

Als der costa-ricanische Präsident Oscar Arias sein Programm für die Befriedung Mittelamerikas vorschlug, wurde es von der Regierung Nicaraguas als Verhandlungsgrundlage akzeptiert. Als die mittelamerikanischen Präsidenten sich in Guatemala trafen, war unserer bereit, ein allgemeines Friedensabkommen zu unterzeichnen. Am 17. August 1987 hat die FSLN in einer Erklärung die Bedeutung des Abkommens herausgestellt und sich verpflichtet, es genau einzuhalten. (...)

Ausgehend von den Abkommen von Esquipulas hat die Regierung von Nicaragua redlich und mit der Unterstützung des Volkes bedeutende und konkrete Schritte unternommen, um zum regionalen Frieden beizutragen und um mit Taten die Erfüllung dieser Abkommen zu ratifizieren. (...)

Nicaragua war offensichtlich an der Spitze bei der Erfüllung dieser Abkommen. Im Vergleich zu den anderen mittelamerikanischen Ländern hat Nicaragua die Verpflichtungen eindeutig vorbildhaft erfüllt, während die nordamerikanische Administration sie vollständig sabotiert hat. (...)

Wir betonen noch einmal: Die Abkommen von Esquipulas verlangen die gleichzeitige Erfüllung sämtlicher eingegangener Verpflichtungen. Solange die Söldnertruppen weiterhin unsere Brüder töten, kann keine Amnestie gewährt werden. Der Ausnahmezustand kann nicht aufgehoben werden, solange unsere Bauern, Alten, Frauen und Kinder feige ermordet werden und solange die Angriffe, die von den USA organisiert werden – und die der eigentliche Grund für den Ausnahmezustand sind – andauern. (...)

Rückkehr eines Reserve-Bataillons nach 3-4 Monaten in den Bergen



Im Widerspruch zu den Abkommen von Esquipulas bestehen die USA darauf, daß wir in einen politischen Dialog mit der Führung der Konterrevolution treten, was im wesentlichen bedeuten würde, die nationalen politischen Parteien durch die Söldnervertretung der US-Regierung zu ersetzen. (...) Es ist allgemein bekannt, daß die Konterrevolution von der US-Administration organisiert, finanziert, gelehrt und bewaffnet wird. (...)

Das nicaraguanische Volk und die FSLN erklären hiermit, daß es unter keinen Umständen und an keinem Ort zu einem politischen Dialog, sei es direkt oder indirekt, mit den konterrevolutionären Führern kommen wird, auch nicht durch irgendeinen Vermittler.

Es gibt jedoch einen Weg, um den Krieg zu beenden: Die strikte Erfüllung der Abkommen von Esquipulas. Die Beachtung dieser Abkommen – und dies ist ganz deutlich hervorzuheben – setzt die Einstellung sämtlicher Unterstützung der Konterrevolution von Seiten der USA und der mittelamerikanischen Regierungen voraus, ohne jegliche Tricks oder Verzögerungstaktiken. Solange die Ausgangspunkte für die Aggression gegen Nicaragua in den Nachbarländern liegen, solange die Konterrevolution nicht die Anweisung erhält, den Krieg gegen die legitime Regierung Nicaraguas einzustellen, sind die Abkommen von Esquipulas nicht erfüllt.

Mit dem gleichen Glauben und Vertrauen in die Friedensperspektiven bekräftigt die Sandinistische Front ihre Unterstützung der Abkommen von Esquipulas und ihren Willen, diese als einzige Möglichkeit einer friedlichen Lösung in Mittelamerika zu verteidigen. Die FSLN betrachtet die Verpflichtungen als „ein unteilbares und harmonisches Ganzes“. Ihre Unterzeichnung umfaßt die guten Willens akzeptierte Verpflichtung, simultan das Abgemachte zu den festgelegten Zeitpunkten zu erfüllen.“

Mit der gleichen Entschlossenheit und der gleichen Unnachgiebigkeit wie sie die Erfüllung der Abkommen von Esquipulas verteidigt und verteidigen wird, wird die Sandinistische Front ihr Recht verteidigen, keine einzige Forderung zu akzeptieren, die nicht dem Wortlaut und dem Geist von Guatemala entspricht. (...)

Wir Sandinisten werden unser historisches Programm niemals verleugnen, da dies ein Angriff auf die Revolution selbst wäre und ein Verrat an dem Märtyrerthum, dem Opfer, dem hohen Preis, den wir in den Jahren des Kampfes gegen die Somoza-Tyrannie gezahlt haben, und den wir weiterhin zahlen, um die Integrität unserer Souveränität und die Würde der Nation zu verteidigen. (...)

(Quelle: Barricada, Managua, 30.10.1987)

Wir verschenken

Bücher . . .

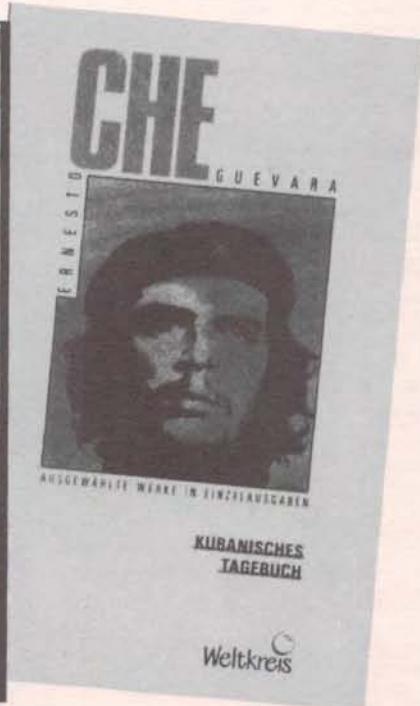
... an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Adrian Geiges
China im Aufbruch
Stationen einer Reise
Weltkreis
272 Seiten, 14,80 DM

Peter Schütt
... wenn fern hinter der Türkei
die Völker aufeinander schlagen
Bericht einer Reise in den Iran
Weltkreis
240 Seiten, 14,80 DM



Ernesto Che Guevara
Kubanisches Tagebuch
Weltkreis
302 Seiten, 16,80 DM

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Arbeitsschwerpunkte 1988 und Publikationen

Das Informationsbüro Nicaragua koordiniert seit 1978 die über 300 Nicaragua- bzw. Mittelamerika-Solidaritätskomitees in der BRD und West-Berlin. Seit 10 Jahren informieren wir die Öffentlichkeit in diesem unser Lande über die politische, kulturelle und soziale Realität in den Ländern Mittelamerikas, mit dem Schwerpunkt auf Nicaragua.

In diesen 10 Jahren haben sich in Mittelamerika enorme Umbrüche vollzogen: in Nicaragua hat eine Revolution des Volkes gesiegt, die sich seitdem unter großen Entbehrungen und Opfern gegen die Konterrevolution behauptet, und in El Salvador bringt die politisch und militärisch organisierte Bevölkerung das Regime trotz enormer US-Hilfe immer wieder in substantielle Schwierigkeiten. Unser Interesse geht über die Information hinaus: Unsere Solidaritätsarbeit in diesen zehn Jahren verstand sich immer als eine gemeinsame, langfristige Anstrengung der Völker Mittelamerikas und der Menschen hier für eine neue, menschenwürdige Gesellschaft. Das In-

Der Friedensprozeß in Mittelamerika

Am 7. August 1987 unterzeichneten die mittelamerikanischen Staaten einen Friedensplan für Mittelamerika, daß sogenannte Abkommen von Esquipulas (II). Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Honduras und Guatemala formulieren in diesem Abkommen zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte ein gemeinsames Interesse gegenüber der Hegemonialmacht USA: nämlich ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und die militärische Lösung zu verhindern. Die USA werden jedoch alles unternehmen, um diese Gemeinsamkeit wieder aufzulösen, und sie besitzt für diesen Versuch mächtige Hebel.

Der Kampf um die Zuwendung des "schwarzen Peters" in der Frage, an wem das Abkommen scheitern wird, hat schon begonnen, und wird auch hier in der Bundesrepublik geführt. Angesichts der Vorleistungen Nicaraguas (z.B. in der Wiederzulassung von *La Prensa*, obwohl sie im weiten Sinne Contra-Propaganda betreibt), sind die Karten nicht ungünstig verteilt, und in diesem Zusammenhang kann es Nicaragua auch gelingen, die Bevolligung der Contra-Gelder durch die Regierung Reagan aufzuschieben oder gar zu verhindern. Wichtig für uns wird es sein, die qualitativen Unterschiede in den Prozessen, die sich in den einzelnen Ländern vollziehen, nachzuzeichnen, um der konservativen Propaganda, wo diese von den "Demokratien" El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica im Gegensatz zu dem "totalitären Regime" in Nicaragua spricht, den Spiegel der Fakten entgegenzuhalten.

Jochen Hippner (Red.)

Das Modell El Salvador

Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 Seiten, DM 16,60. Best.-Nr. 170

Wulf Diessler u.a.

Garrison Honduras - Ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 216 Seiten, DM 32,80. Best.-Nr. 171

Contra-Terror, Menschenrechte

Obwohl das Friedensabkommen von Esquipulas (II) dies nicht vorsieht, werden die Sandinisten von Seiten der US-Regierung und der Konservativen in Europa unter Druck gesetzt, mit der Contra zu verhandeln. Demgegenüber werden wir auch 1988 versuchen müssen publik zu machen, wer die Contra ist, und welche Greuelaten sie an der Zivilbevölkerung begeht, Greuelaten, an die man sich bei uns im Lande schon allzusehr gewöhnt hat. Zudem erlebt die Öffentlichkeit in der BRD eine Menschenrechtskampagne von Seiten der CDU, die die Contra-Opfer in der Zivilbevölkerung schlichtweg "vergibt", um

die politischen und juristischen Verteidigungsformen der Sandinisten gegen die legal arbeitenden Contra-Freunde im Inneren Nicaragua zu geißeln und für ihre hiesigen Profilierungszwecke zu nutzen. Dem muß von unserer Seite ein *positiver* Begriff von Menschenrechten und, wenn nötig, auch eine Kritik nicaraguanischer Praxis gegenüberstehen.

Teófilo Cabestrero
Unschuldiges Blut - Zeugenaussagen aus dem Contra-Krieg gegen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 148 Seiten, DM 14,80. Best.-Nr. 183

Jenseits der Propaganda - Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 Seiten, DM 8,-. Best.-Nr. 194

Contra in der BRD

Es gibt einen fließenden Übergang von der konservativen, aber um "Seriösität" bemühten Menschenrechtsarbeit hin zur kaum oder gar nicht verhüllten Propaganda für die Contra. In der Bundesrepublik wurde letzteres von Ex-Sozialdemokraten (!) Kriele, insbesondere aber von Organisationen wie der "Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie" und der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" betrieben, deren Entwicklungsgeschichte zum Teil bis in den antikommunistischen Kampf der Vor- und Nachkriegszeit zurückreicht. Diese Propagandisten der weltweiten Konterrevolution haben es gelernt, ihre Arbeit gut zu vermitteln. Umso wichtiger ist unsere Auf-

formationsbüro Nicaragua e.V. arbeitet deshalb mit anderen Basisbewegungen eng zusammen, wie etwa der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, mit Basisgruppen aus den Bereichen der Kirche, den Gewerkschaften und der Parteien, sowie den verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen.

Unsere Arbeit besteht konkret aus: der Unterstützung und Koordination von Solidaritätsaktivitäten und Kampagnen, dem Versand von Informationsmaterialien an die Solidaritätsgruppen, der Vermittlung und Finanzierung von Projekten in Nicaragua, der Vermittlung von Referenten für Veranstaltungen und Seminare, sowie der Archivierung von Originaldokumenten und Sekundärliteratur.

In folgenden Text beschreiben wir unsere Arbeitsschwerpunkte für Jahr 1988, und die Materialien, die dafür in unserem Verlag, der Edition Nahua, zur Verfügung stehen.

gabe, in diesem Bereich gute Recherchen vorzulegen und bekanntzumachen, damit sich gegen dieses Tendenzen nennenswerte Widerstand entwickelt, und an die Kontinuität jener Strömungen in unserer Geschichte zu erinnern.

Arbeitskreis Nicaragua

Propagandisten des Krieges - Hintermänner der Contra: "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte"
Selbstverlag, Frankfurt 1987 (3. erweiterte Auflage), DIN-A4, 84 Seiten, DM 7,-. Best.-Nr. 847

Heinrich Albertz/Erich Fried
Wo liegt Nicaragua - Gedichte und ein Gespräch
Hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V.
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 86 Seiten, DM 12,80. Best.-Nr. 194

Kampagnen: "Nicaragua muß überleben" und IWF/Weltbank-Tagung in Berlin/West 1988

Die Nicaraguaner haben unter den heutigen Bedingungen des Krieges und der sich verschlechternden Weltmarktbedingungen keine Entwicklungschance, ja, sie müssen um das nackte wirtschaftliche Überleben kämpfen. Deshalb hat die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung auf ihrem letzten Bundeentreffen auch beschlossen, sowohl zur bilanziellen Lage in Nicaragua zu arbeiten und Spenden innerhalb der Kampagne "Nicaragua muß überleben" zu sammeln, als auch zur Kampagne anlässlich der IWF/Weltbank-

Tagung im Herbst 1988 in Berlin beizutragen. Hier geht es darum, am Beispiel der mittelamerikanischen Region deutlich zu machen, wie mit den Mechanismen des Weltmarktes und der internationalen Finanzorganisationen die Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen in der 3. Welt erzeugt und aufrecht erhalten werden. Da es aber darum gehen muß, über grundlegende Strukturen des Weltmarktes und die darin verkörperten Machtverhältnisse nicht nur zu informieren, sondern auch sie zu verändern, unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen, die der Dritten Welt und hier die Macht von Multinationalen Konzernen und Finanzinstitutionen in Frage stellen.

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Nicaragua muß überleben
Wuppertal 1987, 32 Seiten, DM 2,50.

Weltwirtschaft und Schuldnerkartell Mittelamerika im Würgegriff internationaler Finanzinstitutionen
Hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V.

Edition Nahua, Wuppertal 1985, Format DIN-A4, 88 Seiten, DM 9,-. Best.-Nr. 168

Projekte und Brigaden

Die sandinistische Revolution hat trotz des Krieges und der Anfeindungen, mit denen sie von außen überzogen wird, erhebliche Erfolge aufzuweisen. Besonders deutlich wird dies auf dem Land, von dessen Bebauung noch immer die große Mehrheit der Nicaraguaner lebt. Das Informationsbüro Nicaragua e.V. hat lange Zeit Projekte im Rahmen einer integrierten (ökonomischen, sozialen und kulturellen) Entwicklung im Tal von Pantasma, gelegen im Nordosten Nicaraguas, durchgeführt. Unter dem Motto: "Wir bauen wieder auf, was die Contra zerstört", haben wir für diese Projekte auch Arbeitsbrigaden vermittelt, um direkte Erfahrungen zu ermöglichen, die nach der Rückkehr der Brigadien wieder in die Solidaritätsarbeit eingehen können. Auch 1988 wird es Arbeitsbrigaden geben: Einerseits wiederum im Nordosten des Landes, im intergriften Projekt *La Paz del Tuma* (Aufbau einer Kaffeeverarbeitungsanlage und entsprechender sozialer Infrastruktur), und andererseits an der nicaraguanischen Atlantikküste. Für die Durchführung dieser Projekte suchen wir noch jede Menge finanzieller Unterstützer.

Joseph Collins
Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 Seiten, DM 24,80. Best.-Nr. 172

Günther Weber
Die trotzigen Mähen um die Freiheit: Nicaragua Bauern kämpfen um ihr Land
Hrsg. Informationsbüro Nicaragua e.V.
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 120 Seiten, DM 10,-. Best.-Nr. 175

BESTELLCOUPON

ANZAHL	BEST.NR.	TITEL	DM/STÜCK
	171	GARNISON HONDURAS	32,80
	170	MODELL EL SALVADOR	16,80
	195	JENSEITS DER PROPAGANDA	8,00
	183	UNSCHULDIGES BLUT	14,80
	847	PROPAGANDISTEN DES KRIEGES	7,00
	194	FRIED: GEDICHTE/GEspräch	12,80
	172	COLLINS: AGRARREFORM	24,80
	175	DIE TROTZIGEN MÄHEN	10,00
	168	WELTWIRTSCHAFT	9,00
	017	NICARAGUA MUß ÜBERLEBEN	2,50
		VERSANDKOSTENPAUSCHALE	3,00

Ich möchte regelmäßig Informationen kostenlos zugeschickt bekommen

NAME/ADRESSE _____

DATUM _____ UNTERSCHRIFT _____

Informationsbüro Nicaragua e.V. · Hofaue 51 · 5600 Wuppertal 1
Konto 976738 · Stadtsparkasse Wuppertal · BLZ 330 500 00

Für die Vermittlung eines Neu-Abonnements bzw. für ein Geschenk-Abonnement gibt es bei uns eine der folgenden Prämien:

- ★ Rainer Falk: **Nelson Mandela**. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen.
288 Seiten, 12,80 DM
- ★ Ernesto Che Guevara: **Der neue Mensch**.
192 Seiten, 12,80 DM
- ★ Ernesto Che Guevara: **Guerillakampf und Befreiungsbewegung**.
216 Seiten, 14,80 DM
- ★ Bahrmann, Jacobs, Links: **Killerkommando**. Schwarzbuch: CIA und Contra.
216 Seiten, 16,80 DM
- ★ Dieter Boris (Hrsg.): **Schuldenkrise und Dritte Welt**. Stimmen aus der Peripherie.
240 Seiten, DM 14,80
- ★ Adrian Geiges: **China im Aufbruch**. Stationen einer Reise.
272 Seiten, 14,80 DM
- ★ Edith Laudowicz (Hrsg.): **Befreites Land – Befreites Leben?** Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen.
304 Seiten, 16,80 DM
- ★ Edgar Gärtner: **Grünbuch Ökologie V**. Ein Jahrbuch. Chronik laufender Umweltkandale.
ca. 260 Seiten, 14,80 DM
- ★ **Wir Frauen**, Frauenkalender '88, herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative

NICARAGUA

KAROLA-BLOCH-BRIGADEN FÜR NICARAGUA

Eine Sonderausgabe des Tübinger Stadtmagazins TÜTE

Mit Beiträgen von Karola Bloch, Gerhard Zwerenz, Norbert Greinacher, Ernesto Cardenal, Rose Gauger, Roberto Fernandez Retamar (Kuba), Xavier Chamorro ('El Nuevo Diario' Managua).

Vor allem aber mit Berichten und Erfahrungen aus der Arbeit der KAROLA-BLOCH-BRIGADEN in Nicaragua und des Zentralamerika-Komitees Tübingen.

Die Sonderausgabe ist zum Preis von 9 DM erhältlich an unseren Verkaufsstellen oder direkt bei: Stadtmagazin TÜTE, z.Hd.v. Welf Schröter, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen gegen Überweisung von 9,00 DM zzgl. 1,50 DM Porto auf das Konto Volksbank Tübingen 55941001 BLZ 341 901 10.

Ich bestelle:

- ein AIB-Normal-Abo
- ein AIB-Förder-Abo
- ein AIB-Probe-Abo
- ab Nr. _____ / ab sofort.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d. h. es muß nicht gekündigt werden.

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes Tel.

Unterschrift Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift Datum



AIB - Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
- unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

- Rechnung

Datum Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum Unterschrift

Ich möchte folgende Prämie aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das Geschenkabo bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68
5000 Köln 51

Der/Die umseitig aufgeführte neue AIB-AbonnentIn
wurde von mir

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgende Prämie aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68
5000 Köln 51

Ich bitte um Zusendung von Probe-
exemplaren an:

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

Aus einer
„enteigneten
Geschichte“
wird die Geschichte
Nicaraguas.

Unsere Bücher zum Thema:

Frank Niess

Das Erbe der Conquista

Geschichte Nicaraguas

KB 406, 498 Seiten, zahlreiche Abb., DM 19,80

Anita Wörlein

Weil wir Christen sind

Kirche in Nicaragua

KB 444, 212 Seiten, DM 14,80

Cordelia Dilg
NICARAGUA
Bilder der Revolution



Pahl-Rugenstein

Cordelia Dilg
NICARAGUA

Bilder der Revolution

Fotoband, 150 s/w-Fotos, Format 23 x 26 cm,
128 Seiten, DM 29,80

**Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.**
PAHL-RUGENSTEIN

Ich bestelle:

- ein AIB-Normal-Abo
 - ein AIB-Förder-Abo
 - ein AIB-Probe-Abo
 - ab Nr. _____ / ab sofort.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eingegangen sein.

Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d. h. es muß nicht gekündigt werden.

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

□ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Streets Roads

Strabe

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

Tel.

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

423

Bitte mit
Postikartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68

5000 Köln 51

Der/Die umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnentin
wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem AIB-Angebot:

Heidi Czapek

Duarte laviert

Als Ruben Zamora, Vizepräsident der Revolutionären Demokratischen Front (FDR), am 22. November 1987 nach über sieben Jahren Exil wieder nach El Salvador zurückkehrte, küßte er am Flughafen der Hauptstadt die salvadorianische Flagge und erklärte: „Dies ist die einzige Amnestie, an die ich mich halte.“

Eine symbolträchtige Geste, hatte doch der salvadorianische Präsident Napoleon Duarte einen Monat zuvor bei einem Besuch in den USA demonstrativ das Sternenbanner abgeküßt. Von Zamora und dem FDR-Präsidenten Guillermo Ungo, der zwei Tage später in sein Land zurückkehrte, hatte er verlangt, sich einer Amnestie zu unterwerfen, welche für Angehörige der Befreiungsbewegung gilt, die ihre Waffen niederlegen.

Doch Duarte mußte in dieser Frage zurückstecken, wollte er nicht den Schein der Demokratie und der Dialogbereitschaft seines Regimes ad absurdum führen. Während er ihre Rückkehr als Beweis für die Demokratie im Lande propagandistisch zu nutzen suchte, läßt er dennoch weiterhin das Damokles-Schwert der Repression über den FDR-Führern schweben.

Am Tag der Rückkehr von Zamora gab er sie praktisch zum Abschuß durch die Todesschwadronen frei, indem er erklärte, daß niemand die Sicherheit der beiden garantieren könnte. In Zeitungsanzeigen sprachen Todesschwadronen bereits Morddrohungen aus, und von ihnen Ermordete wurden als Warnung mit der Abkürzung FDR bemalt. Die extreme Rechte forderte die sofortige Verhaftung der FDR-Führer. Duarte verlangte von ihnen, ihre Allianz mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zu brechen, sonst würden sie, „wenn die FMLN neue Verbrechen verübt“, vor Gericht gestellt.

Ob diese Drohung jedoch ausreicht, den Wunschtraum Duartes einer Spaltung zwischen FDR und FMLN in Erfüllung gehen zu lassen, kann bezweifelt werden. „Die Spekulationen, die manche Leute bezüglich der Trennung zwischen den beiden Fronten äußern“, so Zamora, „sind nichts weiter als der Traum des nordamerikanischen Außenministeriums, die demokratischen und progressiven Kräfte El Salvadors getrennt zu sehen... Ich betone, daß die FDR ihre Allianzen nicht brechen wird.“¹

Zwar könnte mit der Rückkehr von Ungo und Zamora das Gewicht der FDR in der Allianz wachsen, jedoch sind Gründe für eine Trennung von FMLN und FDR bisher nicht auszumachen. Schließlich wurde die Rückkehr der FDR-Führer erst durch die größeren Spielräume möglich, welche von der FMLN, die zu ihrer Begrüßung einen Waffenstillstand bis zum 30. November 1987 verkündete, erkämpft wurden. Zudem verfolgen die FDR-Führer mit ihrer Rückkehr Ziele, wie sie auch von der FMLN vertreten werden.

„Gerade weil jeder Demokratisierungsversuch in einem Land wie El Salvador auf den heftigen Widerstand der Regierung stößt, sind wir gekommen, um mit allen politischen Kräften inklusive der Rechtsparteien wie ARENA einen nationalen Dialog zu initiieren, der zur Bildung einer Koalitionsregierung führen soll.“ Dies unterstrich Ungo bei seiner Rückkehr.² Dabei soll es sich nach Aussagen Zamoras um eine Übergangsregierung handeln, „die allen Salvadorianern Garantien gibt und man auf diese Art und Weise zu einem wirklichen Wahlprozeß kommt, bei dem das Volk entscheidet, welches Regimes es in El Salvador haben will.“³

Um dieses Ziel zu erreichen, soll auch der Dialog zwischen Regierung und FMLN/FDR (siehe AIB 11/1987, S. 43f.), der nach dem Mord an dem Men-

schenrechtskämpfer Herbert Anaya von der FMLN abgebrochen worden war, fortgesetzt werden. Ungo unterbreitete ein entsprechendes Angebot bei seiner Rückkehr.

Um den Druck für eine politische Lösung zu verstärken, haben sich die Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNR) Ungos, die Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) Zamoras und die 1985 gegründete Sozialdemokratische Partei (PSD) Reni Roldans, welche nicht der FDR angehört, Ende November 1987 zur Bewegung der Demokratischen Konvergenz zusammengeschlossen.

Diese Entwicklung kommt Duarte ungelungen, da dadurch eine weitere Stärkung der Volksbewegung und eine Ausweitung der demokratischen Spielräume möglich erscheint. Dies schließlich könnte auf Kosten der Christdemokratie zu einem breiteren Zusammengehen aller Kräfte führen, die ein Interesse an einer Verhandlungslösung und einer Erfüllung des Friedensabkommens der mittelamerikanischen Präsidenten haben.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, daß Duarte gerade am 23. November den Führer der ultrarechten ARENA, Roberto d'Aubuisson, anklagte, für die Ermordung von Erzbischof Oscar Romero im Jahr 1980 verantwortlich zu sein, eine Tatsache, die bereits seit Jahren bekannt war. Damit ging es Duarte nicht nur darum, sein Image als Kämpfer für die Menschenrechte aufzupolieren, sondern auch von der Rückkehr der FDR-Führer und den mangelnden Fortschritten bei der Erfüllung des Friedensabkommens abzulenken.

Verteidigungsminister V. Casanova (r.) mit seinem Präsidenten Duarte





Kolonne der FMLN in den kontrollierten Gebieten

In Übereinstimmung mit der Regierung Reagan hatte der salvadorianische Präsident nämlich bisher alles versucht, die Unterzeichnung des Friedensplanes zu verhindern (siehe AIB 11/1987, S. 43f.) und durch ein Nichtzustandekommen des Dialogs in El Salvador zum Scheitern zu bringen.

Er verlangte als Vorbedingung für einen Dialog mit der Guerilla gleichzeitige Verhandlungen der Sandinisten mit den Contras. Als Beweis für die Anerkennung des Friedensplanes sollte die FMLN die Waffen niederlegen und sich zusammen mit der FDR in den „demokratischen Prozeß“ eingliedern, da der Guatemala-Vertrag, so Duartes bestechende Logik, nur Verhandlungen mit der unbewaffneten Opposition verlange.

Schon im Vorhinein war klar, daß weder die nicaraguanische Regierung noch die Guerilla El Salvadors nach Duartes (sprich: Reagans) Pfeife tanzen würden. Die Sandinisten bestanden auf Verhandlungen mit den USA, und auch die FMLN/FDR ließ sich nicht auf diesen leicht durchschaubaren Trick ein. Denn die Annahme der Vorbedingungen wäre einer vollständigen Kapitulation gleichgekommen. Doch die Sündenböcke waren erst einmal ausgemacht: Weder die Sandinisten noch die salvadorianische Guerilla seien willens zum Frieden in der Region.

Dabei hatte Duarte selbst in einer Fernsehansprache am 11. August 1987 die wahren Hintergründe seiner Taktik klar gelegt. Er rechnete schon damals fest damit, daß die Guerilla die Bedingungen nicht akzeptieren werde, wodurch sie sich national und international isolieren würde. Die USA müßten bei einer Weiterführung des Krieges der salvadorianischen Regierung und Armee zur Zerschlagung der angeblichen Brandstifter noch mehr Unterstützung zukommen lassen und die Position Duartes würde

gestärkt.

Daß der Dialog im Oktober 1987, nachdem das erste in Panama geplante Treffen am 15. September aufgrund der unannehbaren Vorbedingungen geplatzt war, doch noch zustande kam, war nur dem massiven Druck aus dem In- und Ausland zu verdanken.

Die Sandinisten dachten gar nicht daran, die ihnen zugesetzte Rolle des Saboteurs zu übernehmen und begannen als erste in der Region, große Teile des Guatemala-Abkommens umzusetzen, womit sie ihren feindlichen Nachbarn einen gewaltigen Strich durch die Rechnung machten. Die übrigen mittelamerikanischen Staatschefs gerieten durch das Vorbild Nicaraguas in Zugzwang. Und auch Duarte mochte nicht vor der Weltöffentlichkeit und dem eigenen Volk als Vertragsbrecher dastehen.

Von verschiedenen Seiten hagelte es Proteste gegen die Gleichsetzung der US-Söldner mit der salvadorianischen Guerilla. Zahlreiche lateinamerikanische und europäische Staatschefs, ja sogar Papst Johannes Paul II. drängten den Christdemokraten zur Aufnahme des Dialogs. Erzbischof Rivera y Damas bot seine Dienste als Vermittler an. In einer Umfrage befürworteten rund 90% der Bevölkerung einen Waffenstillstand.

Um das Maß voll zu machen, sprachen sich acht Oppositionsparteien, einschließlich der extremen Rechten, für einen Dialog ohne Vorbedingungen mit der unbewaffneten Opposition aus. Daß ausgerechnet die faschistische ARENA – ganz entgegen ihrer bisherigen Forderungen nach schnellstmöglicher militärischer Ausrottung der Rebellen – diesen Aufruf mitunterzeichnet hatte, stellt keine Kehrtwendung ihrer Politik dar. Schon eher war dieser bislang einzige „Ausrutscher“ ein Versuchsballon, um Duarte bei den im nächsten Jahr anstehenden Parla-

mentswahlen, Wähler zu entziehen.⁴ Auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Christdemokratie El Salvadors gaben den Anstoß für Duarte, seine Nein-Sagerhaltung zumindest scheinbar aufzugeben. Rey Prendes, Minister für Kommunikation und Kultur und ein potentieller Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten, rückte schon Anfang September von der Position des Präsidenten ab, nicht mit der bewaffneten Opposition verhandeln zu wollen. Um nun den Rückhalt dieses Flügels der Partei nicht zu verlieren, mußte Duarte seine Ablehnung revidieren.

In den Reihen der Streitkräfte setzte ebenfalls ein vorsichtiger Umdenkungsprozeß ein. Der moralische Verfall aufgrund der Zwangsrekrutierungen, des nicht absehbaren Endes des nun seit fast acht Jahren andauernden Bürgerkrieges und der gestiegenen Kampfkraft der Guerilla führten dazu, daß einige Angehörige der Armee den von der FMLN/FDR im Mai 1987 vorgelegten 18-Punkte-Vorschlag zur Humanisierung des Krieges positiv aufnahmen. Duarte und die Mehrzahl der Offiziere lehnten ihn jedoch ab.

Solch starkem Druck von verschiedensten Seiten ausgesetzt, war Duarte dann doch noch bereit, einem neu angesetzten Treffen am 4. Oktober 1987 in der Apostolischen Nuntiatur von San Salvador zuzustimmen. Die FMLN/FDR und die Regierung einigten sich über die Bildung von zwei gemischten Kommissionen mit je vier Vertretern der FMLN/FDR und der Regierung. Ein Gremium sollte die Bedingungen für den Waffenstillstand aushandeln, das andere die Umsetzung der weiteren Aspekte von Esquipulas II. Duarte versprach auch, eine Amnestie zu verkünden und, wenn es bis zum 7. November 1987 (dem vorläufigen Termin zur Herstellung der Waffenruhe in Mit-

Schußbereit gegen die wachsende Volksbewegung



telamerika) zu keiner Einigung über eine zweiseitige Feuerpause gekommen sein sollte, einen einseitigen Waffenstillstand der Armee zu veranlassen.

In San Salvador war der Anfang für die Umsetzung des Friedensplanes gemacht. Doch die weiteren Entwicklungen verliefen nicht so positiv, wie erhofft. Das Treffen der „Waffenstillstandskommission“ am 23. Oktober in Caracas (Venezuela) endete ergebnislos. Die Vertreter der FMLN/FDR bestanden darauf, nicht nur den Waffenstillstand, sondern allgemeine Friedensbedingungen und zu allererst die Beteiligung aller politischen und sozialen Kräfte an der Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Da die Regierungsseite dies kategorisch ablehnte und lediglich über die Einzelthemen Waffenstillstand und Amnestie reden wollte, wurden weitere Verhandlungen, die dann in Mexiko stattfinden sollten, auf den 30. Oktober verschoben.

Die Ermordung Anayas machte aber die Hoffnungen auf eine Fortführung der Gespräche zunichte. Die Guerilla setzte den Dialog aus und verstärkte ihre militärischen Aktionen. Erstmals gelang es der FMLN Anfang November, einen dreitägigen vollständigen Verkehrsboykott durchzusetzen. Außerdem wurden die schwersten Angriffe seit Jahren gegen die Elektrizitätswirtschaft durchgeführt. Bereits Ende Oktober überstiegen die Verluste der Armee die des gesamten Jahres 1986 (über 6.000 Tote und Verwundete).

Die bisherigen Ergebnisse des Dialogs und die Maßnahmen, die die Regierung im Rahmen des Friedensabkommens getroffen hat, machen deutlich, daß Duarte gerade soviel tut, wie noch vertretbar ist, um nicht als Totengräber des Friedensprozesses zu erscheinen.

Zwar hat Duarte 4.600 nach Honduras geflohenen Salvadorianern die Rückkehr

erlaubt, doch befinden sich weiterhin insgesamt 1,5 Mio Einwohner im In- und Ausland auf der Flucht. Entsprechend dem Abkommen wurde eine nationale Versöhnungskommission gebildet, aber ihre Mitglieder stehen auf Positionen der Regierung oder rechts von ihr. Zwar wurden 424 politische Gefangene freigelassen, jedoch wurden außer den Mörtern von Romero und Anaya alle Angehörigen der Todesschwadronen ebenfalls amnestiert. Ein „einseitiger Waffenstillstand“, den die Regierung für den 5.



G. Ungo nach seiner Rückkehr (begleitet u. a. von H. J. Wischnewski (r.)

November 1987 erklärt hatte, wurde von den Streitkräften selbst am 10. November bereits wieder gebrochen.⁵

Ob Duarte, der 1984 die Wahlen gewonnen hatte, weil sich viele von ihm ein Ende des Krieges erhofften, durch die genannten Maßnahmen diese Hoffnungen auch für die Wahlen 1988 wieder wecken und in Stimmen für die Christdemokratie ummünzen kann, ist unwahrscheinlich.

Der Präsident verliert schon seit 1985 zunehmend die eigene soziale Basis (vor allem den Mittelstand und die christdemokratischen Gewerkschaften), die sich verstärkt der Oppositionsbewegung anschließt. Der Grund ist nicht nur, daß er den Krieg nicht beenden will (oder aufgrund der Abhängigkeit von den USA nicht kann), sondern auch die weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise und des sozialen Elends.

Nach einem leichten Aufschwung 1983/84 – dank umfangreicher US-Hilfe in Form von direkter und kreditierter Wirtschaftshilfe und Nahrungsmittellieferungen⁶ – setzte sich ab 1985 der Niedergang der Wirtschaft fort. Und dies, obwohl die US-Wirtschafts- und Militärhilfe 1987 den Rekordumfang von 770 Mio \$ erreichte und die vor Krieg und Krise in die USA geflohenen Salvadorianer jährlich etwa 600-700 Mio \$ an ihre Familien überweisen.⁷ Der Gesamtumfang der US-Hilfe überstieg in diesem Jahr sogar die Einnahmen der Regierung El Salvadors.

Diese ist aufgrund der zerstörten Industrie, des hohen „Verteidigungs“haushaltes (etwa 40-50% der Gesamtaus-

gaben werden dafür verwendet) und geringerer Exporterlöse für die Hauptexportprodukte Kaffee und Baumwolle vom „Koloß im Norden“ total abhängig. Sie kann deshalb auch politisch nicht souverän entscheiden.

Trotz all dieser Finanzspritzen ist das Bruttonsozialprodukt pro Einwohner zwischen 1979 und 1985 um 32% auf das Niveau von 1965 gesunken. 1986 ging es um weitere 1,3% zurück. In den letzten sechs Jahren haben sich die Preise verdreifacht. Nach offiziellen Angaben ging der Mindestlohn der Arbeiter in Industrie und Dienstleistungen von 1980-86 um 45% zurück und stieg die Arbeitslosenrate auf 33%.⁸

Die wachsende Verelendung war mit ein Grund für das Wiedererstehen einer Massenbewegung, die von Duarte nicht nur soziale Verbesserungen verlangt, sondern auch auf eine Verhandlungslösung des Krieges drängt. In dieser Situation ist Duarte gezwungen, zwischen den unterschiedlichen Kräften zu lavieren.

Auf der einen Seite sind dies die FMLN/FDR und ihre bewaffneten Kräfte und die legale Massenbewegung, auf der anderen Seite die extreme Rechte und die mit ihnen verbündeten Todesschwadronen und rechte Armeekreise. Diese könnten bei einem zu weiten Eingehen auf die Forderungen der FMLN/FDR und des Friedensabkommens von Esquipulas II einen Putsch gegen Duarte unternehmen oder zumindest den Terror der Todesschwadronen weiter steigern.

Washington schließlich ist auf Duarte angewiesen, um überhaupt die Aufstandsbekämpfung fortführen zu können. Auch wenn der Reagan-Administration der Druck von rechts und das Morden der Todesschwadronen durchaus willkommen ist, sofern im Kongreß die Schmerzgrenze nicht überschritten wird, kann ihr doch an einem Rechtsputsch solange nicht gelegen sein, wie die Christdemokratie nicht zwischen den Fronten zerrieben wird. Und selbst dann wäre die Überlebensfähigkeit eines solchen Regimes sehr gering, da es sich international isolieren würde und Unterstützung durch Washington schwer möglich wäre. Bereits jetzt ist der US-Kongreß nicht gewillt, einer weiteren Erhöhung der Wirtschafts- und Militärhilfe zuzustimmen. Diese Entwicklungen versucht Duarte zu verhindern, indem er die extreme Rechte mit der Amnestie besänftigte, scheinbar auf die Friedensvereinbarungen einging und geringe Zugeständnisse an die FMLN/FDR machte. Deshalb beeilt sich Duarte auch jetzt schon, die Verantwortlichen für ein Scheitern des Friedensprozesses auszumachen. Einerseits schiebt er sie der FMLN/FDR zu, die sich nicht kampflos ergeben will. Andererseits beschuldigt er nach alter Manier Nicaragua,



Kuba, Libyen, die Sowjetunion und Vietnam, Waffen an die FMLN zu liefern und damit gegen das Friedensabkommen zu verstößen.⁹

Die militärische Antwort hält er auch schon parat. Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte, M. Vargas, verkündete bereits im Oktober 1987 den baldigen Beginn der Operation „Concordia“, die mit 40.000 Soldaten (d.h. 80% der Gesamtstärke der Armee) im ganzen Land durchgeführt werden soll. Mit diesem bisher größten militärischen Aufgebot seit Beginn des Krieges will die salvadorianische Armee, so Vargas, die „strategische Initiative wiedergewinnen und die Strukturen und die Kampfkraft der FMLN endgültig zerstören“.¹⁰

Diese großspurigen Erklärungen wurden bisher stets Lügen gestraft, und die wach-



Hand in Hand mit den Todesschwadronen: salvadorianische Armee

sende Kampfkraft der FMLN deutet auch heute wieder darauf hin. Wahrscheinlicher dürfte sein, daß Duarte mittelfristig die Veränderung des Kräfteverhältnisses zur Kenntnis nehmen und eine Übereinkunft mit der FMLN/FDR suchen muß.

Anmerkungen:

- 1) El País (EP), Madrid, 23.11. 1987
- 2) Die Tageszeitung, West-Berlin, 25.11. 1987
- 3) EP, 29.11.1987
- 4) Vgl. Informationsbüro Nicaragua/Informationsstelle El Salvador, Rundbrief, Nr. 9/26.10. 1987
- 5) Vgl. Erklärung der FMLN/FDR zum Waffenstillstand vom 25.11.1987
- 6) Vgl. E. Arnesen, El Salvador. Reminders of war, in: Monthly Review, London, Nr. 5/Okttober 1987
- 7) Vgl. Interview mit FMLN-Kommandant Jorge Shafick Handal in: Sendung von Radio Venceremos vom 15./16.10. 1987
- 8) Angaben nach: Infopress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 8.10. 1987; Latin America Economic Report, London, 31.12. 1987 und Mittelamerika Magazin, Kiel, Nr. 63/September-Oktober 1987
- 9) Siehe: International Herald Tribune, Paris, 7./8.11. 1987
- 10) Informationsdienst El Salvador, West-Berlin, 9.10.1987

Interview mit Nidia Diaz (FMLN/FDR)

Kein Frieden ohne Demokratie und Gerechtigkeit

Nidia Diaz (35) ist Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN/FDR und Vorsitzende der Union Salvadorianischer Frauen für die Befreiung „Melida Anaya Montes“. Sie hat an der Dialogrunde mit dem Duarte-Regime am 15.10.1984 teilgenommen und wurde im April 1985 bei Kampfhandlungen von einem US-Militärberater festgenommen. Im Austausch gegen die von der FMLN entführte Tochter von Duarte kam sie am 24.10.1985 frei.

Im folgenden Interview, das Franz Bushin für das AIB mit ihr führte, erläutert sie die Positionen der FMLN/FDR zum Friedensabkommen von Esquipulas und zur Politik des Duarte-Regimes.

FRAGE: Warum hat Duarte im August 1987 das Friedensabkommen unterschrieben, wo er es doch noch im Juni zu verhindern trachtete? War die Unterschrift Duartes ein taktischer Schritt mit Blick auf Nicaragua oder war sie ein Ergebnis äußerer und inneren Drucks?

N. DIAZ: Duarte war einer der ersten, die die Friedensinitiative der Contadora- und der Unterstützergruppe behinderten und damit die Interessen der Reagan-Administration zum Ausdruck brachten. Im Februar 1987, als Präsident Arias seinen Friedensplan vorstellte, war Duarte im Grundsatz damit einverstanden, weil der Contra ein politischer Spielraum eingeräumt wurde. Außerdem wurde Nicaragua ins Abseits gestellt und wir wurden nicht berücksichtigt.

Als sich die vier Präsidenten trafen (am 15.2.1987 ohne Nicaragua; d. Red.), sagte Guatemalas Präsident Cerezo, daß man Nicaragua berücksichtigen müsse. Da man der Konterrevolution in dem Dokument jetzt nicht mehr so viel Platz einräumte, wollte Duarte nicht mehr unterschreiben. Er begann, den Plan immer offener in Frage zu stellen. Und er war einer der ersten, die dem für Juni geplanten Gipfel Hindernisse in den Weg legten. Außerdem stellte sich auch die Reagan-Administration gegen den Plan.

Arias ging nach Europa und erhielt Unterstützung für seine Vorschläge. Dies war ein Faktor dafür, daß auch andere Kräfte begannen, das Dokument zu befürworten. Die Contadora- und die Unterstützergruppe nahmen es auf, um es in ihren Friedensvorschlägen zu berücksichtigen. Es war auch die Haltung unserer Fronten, daß der Arias-Plan eine Initiative sei, um den Frieden zu erreichen und daß er in die Vorschläge der Contadora- und der Unterstützergruppe eingearbeitet werden sollte.

Außerdem übte der Dachverband der Lateinamerikanischen Christdemokratie (ODCA), der am 19.7.1987 in El Salvador tagte, Druck auf Duarte aus, dem Gipfel am 6./7. August zuzustimmen.

Duarte hat das Dokument unterschrieben, weil der internationale Druck groß war. Und Duarte sah sich isoliert, da seine einzige Unterstützung die der Reagan-Administration war. Von der Unterschrift unter das Dokument erhoffte sich Duarte, uns zu isolieren. Wir sind auf diplomatischer Ebene vorangekommen, was die Anerkennung unserer entstehenden revolutionären Macht angeht. Wir haben es erreicht, daß wir einen Platz in der internationalen Arena behaupten und Hilfe bekommen.

Duarte sagt, daß die im Dokument enthaltene Bestimmung „Keine Unterstützung aufständischer Bewegungen und irregulärer Kräfte“ sich nicht nur auf die Regierungen Mittelamerikas beziehe, sondern auf die ganze Welt. Wir wurden aufgefordert, diese Hilfe nicht mehr anzunehmen.

Auf der anderen Seite versucht Duarte, das Ansehen seiner Regierung und der Christdemokratie zu verbessern im Hinblick auf die Wahlen 1988/89 und auf die Hilfe, die er später von den Regierungen Europas fordern will. Weiterhin will er eine Übereinstimmung zwischen Demokraten und Republikanern in den USA für weitere Hilfe erreichen und auf militärischem Gebiet Vorteile erzielen.

Es gab also einige objektive Vorteile, die er glaubte nutzen zu können. Und dazu gehörte auch der Faktor des Drucks auf Nicaragua: Verhandlungen mit der Konterrevolution würden den Spielraum der Contra erweitern. Duarte hat sich in dem Abkommen verpflichtet, in einem Dialog mit allen Kräften zu sprechen und die nationale Versöhnung in El Salvador voranzubringen. Das Abkommen von Esquipulas ist für uns deshalb unbestreitbar ein Akt der Unabhängigkeit von den USA. Es ist eine Anstrengung der mittelamerikanischen Präsidenten, ein Verfahren zur Erreichung des Friedens zu schaffen.

Wir schätzen ein, daß der Rahmen der durch das Abkommen geschaffenen wurde, den Wiedereinstieg der Gespräche mit der Regierung begünstigen und daß die darin enthaltenen Forderungen einen wirklich dauerhaften Frieden ermöglichen würden, wie es auch in unserem Angebot einer politischen Lösung vorgesehen ist.

Der Unterschied liegt in den vorgeschlagenen Mechanismen: Amnestie, Waffenstillstand und Einstellung der Unterstützung. In El Salvador kommt es jedoch nicht nur auf Mechanismen an, sondern man muß die Ursachen des Krieges beseitigen. Wir sagten deshalb, daß die Mechanismen für jedes Land verschieden sind und die konkreten Bedingungen eines jeden Landes berücksichtigt werden müssen.

Massenkundgebung zur Begrüßung der FMLN/FDR-Führer in San Salvador am 4.10. 1987





Z.B. wird in El Salvador vom Dialog mit allen nationalen Kräften gesprochen, von sozialer Gerechtigkeit, vom Demokratisierungsprozeß, von der Beachtung der Menschenrechte. Dies sind Punkte, die auch wir in unseren Vorschlägen zu einer politischen Lösung angeboten haben.

In den Vereinbarungen mit der Regierung, die beim Treffen vom 4./5. Oktober 1987 erzielt wurden, wird in einem Artikel gesagt, daß man sich den Forderungen von Esquipulas II anschließt. Aber wir sind der Meinung, daß die Mechanismen zu ihrer Erreichung in jedem Land verschieden sind. Deshalb haben wir auch die Vorbedingung Duartes für eine erste Gesprächsrunde am 15. September abgelehnt, auf Gewalt zu verzichten und den vollständigen Text von Esquipulas II zu akzeptieren.

Der Text verneint unsere Selbstverteidigung. Es verlangt von uns, um die Einstellung der Hilfe von außen zu bitten. Und er verneint, daß ein Volk das Recht auf Aufstand hat. Wir können uns nicht selbst alle Spielräume abgrenzen, die wir im Laufe der Zeit errungen haben. Deshalb unterstützen wir nicht den Text in seiner Gesamtheit, sondern nur seine allgemeinen Ziele.

FRAGE: Warum hat sich Duarte zu einem Dialog mit der FMLN/FDR bereit erklärt, den er vor Unterzeichnung des Abkommens noch abgelehnt hatte?

N. DIAZ: Da sie sich mit ihrer Unterschrift verpflichtet haben, beginnen sie einen Prozeß der Aussöhnung. Duarte hat uns zum Dialog aufgerufen, wobei er Bedingungen gestellt hat.

Der innere Druck der gesellschaftlichen und politischen Kräfte hat ihn dazu genötigt, einen Dialog ohne Bedingungen zu führen. Er hat ihn gezwungen, sich zu wandeln. Im Friedensabkommen ist Duarte nicht verpflichtet, mit uns in einen politischen Dialog einzutreten, weil dort gefordert wird, einen Dialog mit nicht bewaffneten Kräften zu führen.

FRAGE: Wie beurteilen Sie andere Maßnahmen der Regierung wie die Amnestie und den Waffenstillstand?

N. DIAZ: Einige Maßnahmen, die Duarte im Rahmen von Esquipulas II getroffen hat, ergeben sich aus der Dynamik, die der Friedensprozeß ausgelöst hat. Zugleich erhofft sich Duarte dadurch einen politischen Vorteil. Mit dem Amnestiedekret soll nicht nur Druck auf Nicaragua ausgeübt werden, alle Kriminellen der Somoza-Zeit freizulassen. Zugleich werden alle Verantwortlichen für die Massaker und Morde in El Salvador freigesprochen. Schließlich sollen durch das Dekret diejenigen freikommen, die für Akte der politischen Gewalt verantwortlich sind. Jedoch hatte die Mehrheit derjenigen, die freikamen und die angeklagt waren, mit uns zu sympathisieren, nichts mit dem Krieg zu tun. Nur fünf von 100 Gefangenen sind Mitglieder der FMLN.

Der einseitige Waffenstillstand war dazu bestimmt, den Eindruck zu erwecken, daß es in El Salvador keine zwei Armeen gibt. Und er wurde bereits nach fünf Tagen beendet, weil dieser Krieg zwischen zwei Armeen existiert. Duarte versucht, Scheinmaßnahmen zu treffen, damit die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission sagt: Duarte hält sich an das Abkommen.

Die politischen Parteien sind jetzt aus der Nationalen Versöhnungskommission ausgetreten, weil sich die Lage 90 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens nicht entspannt, sondern sich weiter verschärft und polarisiert hat und es keinen Friedensprozeß gibt. Aus dem gleichen Grund nahmen wir nicht an den Gesprächen vom 30. Oktober teil. Wir wollten im Volk keine Erwartungen wecken, daß Duarte einen wirklichen Friedenswillen hat.

Die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte des Volkes werden weiterhin verletzt, ebenso wie die Menschenrechte. Dies wurde besonders deutlich durch die Ermordung des Präsidenten der Menschenrechtskommission, Anaya, am 26. Oktober 1987 (siehe AIB 11/1987, S. 43-44; d. Red.).

Zusätzlich hat sich nach dem Treffen mit der Regierung der Krieg intensiviert. El Salvador erhielt 9,5 Mio \$ für die Polizei, um das Anwachsen der Volksbewegung in den Städten zu bremsen. Außerdem lieferten die USA eine Hubschrauberflotte im Rahmen des neuen Aufstandsbekämpfungsplans. Nachdem wir in aller Breite darüber diskutiert hatten, daß die USA und ihre Militärhilfe den Frieden und die Unabhängigkeit behindern, fuhr Duarte in die USA und kündigte mit einer liebedienerischen Geste das Sternenbanner.

Es gibt aber auch andere reale politische Tatsachen, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. So lehnte es die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ab, uns auf Wunsch Duartes zu verurteilen, weil wir ein neues Treffen am 30.10.1987 abgelehnt hatten.

Am 30. November nahm die UN-Vollversammlung eine Resolution der Contadora- und Unterstützergruppe an, die sich auf die Lage in El Salvador bezieht. Darin wird anerkannt, daß man den begonnenen Dialog zwischen der Regierung und der FMLN/FDR fortsetzen muß, um eine politische Verhandlungslösung zu erreichen, d.h. einen politischen Ausweg wie er von uns vorgeschlagen wird, und nicht das

Angebot des Feindes, auf Gewalt zu verzichten, alles zu vergeben und zu vergessen, die Verfassung anzuerkennen, aus den Bergen herunterzukommen, sich einer Amnestie zu unterwerfen und verschiedene Maßnahmen wie einen Waffenstillstand zu vereinbaren.

Wir brauchen keinen Waffenstillstand von drei Tagen wie ihn die Regierung vorgeschlagen hat, um den Eindruck zu erwecken, daß sie den Willen zum Frieden hat, solange die Ursachen des Krieges nicht beseitigt sind und wir damit ermöglichen, daß der Krieg wieder fortgesetzt wird.

Wir haben der Regierung deshalb einen Vorschlag zur Wiederaufnahme der Gespräche am 5.12.1987 unterbreitet. Aber die Regierung hat öffentlich „nein“ gesagt. Darum werden wir unsere Anstrengungen fortsetzen. Wir vertrauen darauf, daß es den patriotischen Kräften mit uns zusammen gelingen wird,



Rückkehr nach sieben Jahren in Flüchtlingslagern ins ausgebombe Las Vueltas

eine nationale pluralistische Regierung mit breiter Beteiligung zu errichten, die die Souveränität wiedererlangt.

FRAGE: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Rückkehr der FDR-Führer Ruben Zamora und Guillermo Ungo nach El Salvador?

N. DIAZ: Die Rückkehr von Ungo und Zamora wurde durch die Unterstützung internationaler Kräfte erleichtert, die für eine politische Lösung und Entspannung sind. Sie werden den Spielraum, den Esquipulas II geschaffen hat, nutzen. Strategisch gesehen, bleiben FDR und FMLN im Bündnis.

Als sie zurückkehrten, nutzten Ungo und Zamora die Gelegenheit zur Bildung der Demokratischen Konvergenz zwischen der Christlich-Sozialen Volksbewegung (MPSC), der Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNR) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD). Diese gründet sich hauptsächlich auf die Suche nach einer politischen Verhandlungslösung, ein Wirtschaftsprogramm, die Einleitung des demokratischen Prozesses und die Wiedererlangung der Souveränität.

Ungo und Zamora nahmen Kontakte zu Parteien auf, die starke wirtschaftliche Interessen vertreten, sowie mit der Gewerkschaft UNTS, mit den Universitäten, mit der Presse usw.



Franz Bushin

Dialogchance in Guatemala?

Guatemalas Regierung unter dem christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezo zeichnet mitverantwortlich für das Zustandekommen des Friedensabkommens von Esquipulas. Dies wurde u.a. durch die bereits vom vorherigen Regime eingeleitete aktive Neutralitätspolitik ermöglicht. Dessen ungeachtet kam die Vertragserfüllung in Guatemala im Gegensatz zu Nicaragua nur sehr zögernd in Gang. Anfang Oktober 1987 wurden dann jedoch in Madrid überraschend Gespräche zwischen der Regierung und der bewaffneten Opposition, der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG), aufgenommen, fast zur gleichen Zeit wie zwischen den beiden Konfliktparteien in El Salvador.

Ende Mai 1986 hatte Präsident Cerezo seine vier mittelamerikanischen Amtskollegen nach Esquipulas geladen, um erste Schritte zur Schaffung eines mittelamerikanischen Parlamentes einzuleiten, ohne damit aber die Contadora-Gruppe ersetzen zu wollen.

Die moderate Außenpolitik Cerezos, die die Anerkennung der Souveränität Nicaraguas beinhaltete, hat drei Erklärungsgründe: die relative Unabhängigkeit der guatemaltekischen Armee von direkter US-Militärhilfe; die Absicht, eine Regionalisierung des Konflikts zu vermeiden und den Handel mit der Region zu beleben, der für Guatemalas Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Diese Außenpolitik sowie die politische Öffnung für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung und für die Sozialistische Demokratische Partei (PSD), ein Mitglied der Sozialistischen Internationale, verschafften Cerezo Sympathien und Finanzzuflüsse aus Westeuropa.

Einen Dialog mit den Aufständischen hatte Cerezo auf seiner Europareise im Oktober 1986 in Aussicht gestellt, worauf die URNG am 25.10.1986 mit konkreten Verhandlungsvorschlägen reagierte. Die URNG-Vorschläge wurden von der verbotenen Kommunistischen Partei (PGT) unterstützt, die wiederholte Legalisierungsbemühungen der Regierung wegen fortgesetzter Menschen-

rechtsverletzungen und fehlender demokratischer Bedingungen ablehnte.¹

Nach der Unterzeichnung von Esquipulas 2 interessierte, wie und wann die dort von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen nach innen hin verwirklicht würden. In Guatemala wurde diese Frage als minder wichtig eingestuft. Innenpolitisch begann im August und September 1987 ein anderes Thema die Schlagzeilen zu beherrschen: die Steueranpassung.

Sie wurde Mitte September parlamentarisch mit der Stimmenmehrheit der Christdemokraten (DC) beschlossen, war jedoch offensichtlich nicht mit den Interessen des großen Unternehmerverbandes CACIF abgestimmt. Das neue Steuergesetz sieht im wesentlichen eine Effektivierung der Steuereintreibung, so insbesondere bei der Einkommensteuer, die Einführung der Kfz-Steuer sowie Veränderungen bei der Zoll- und Vermögenssteuer vor.

Zunächst als Steuerreform ausgegeben, wurde der Begriff Reform jedoch sehr schnell ad acta gelegt. Der CACIF, der unter den beiden vorherigen Militärregierungen geplante Steuerpakte zu Fall gebracht hatte, bestand beharrlich darauf, daß die Steueranpassung nachverhandelt werden müsse, und zwar an der Legislative vorbei direkt zwischen Regierung und CACIF. Mit einem dreitägigen Un-

ternehmer-Ausstand vom 7.-9. Oktober 1987 setzte er die Nachverhandlung gegenüber der Regierung durch.²

Währenddessen kam die Regierung den Esquipulas-II-Verpflichtungen nur zögernd nach. Erst im Oktober 1987 wurde die nationale Versöhnungskommission gebildet. Ihr gehören der Vizepräsident Roberto Carpio (DC), Bischof Rodolfo Quezada Toruno, als unabhängige Persönlichkeit die Miteigentümerin der konservativen Zeitung „Prensa Libre“, Teresa de Zarco, sowie der ehemalige Vorsitzende des Staatsrates unter General Ríos Montt, Jorge Serrano Elías, von der rechtsgerichteten MAS-Partei an.

Am 2. Oktober 1987 platzte dann die Bombe: Die Regierung und die URNG beschlossen, ein Treffen zwischen dem 7. und 10. Oktober in Madrid abzuhalten. Erstmals nach 27jährigem internem Konflikt setzten sich Regierung und Guerilla unter den Auspizien der spanischen Regierung an einen Tisch. Hohe Spannung umgab das Treffen, denn die Regierung hatte die Abmachung eines Waffenstillstands während des Treffens gebrochen.

Während die URNG mit ihrer obersten Garnitur antrat, d.h. mit einem ihrer Chefkommandanten, Gaspar Ilom, dem Sohn des Literaturnobelpreisträgers M.A. Asturias, war die Regierungsdelegation auf niedrigem Niveau angesiedelt. Sie wurde von Roberto Valle Valdizán, dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten angeführt. Kein Mitglied des Regierungskabinetts nahm an ihr teil, was bedeutete, daß die Delegation über keine Entscheidungskompetenz verfügte. Die Regierungsdelegation wurde von militärischen Beobachtern begleitet.³

Auffällig an dem Treffen war, daß es die

Cerezo (l.) ist an der Regierung, das Militär behält die Macht



als öffentlichkeitsscheu geltende URNG verstand, freiübig mit den Medien umzugehen. Hierin – wie an den Vorschlägen der URNG – kann man die Probe aufs Exempel für die Flexibilisierung ihrer Haltung sowie für den von ihr angestrebten öffentlichen Dialog mit der Regierung sehen, dem sich ihren Vorstellungen gemäß ein nationaler Dialog anschließen soll, an dem alle gesellschaftlich relevanten Kräfte teilnehmen.

Das Madrider Treffen gestaltete sich zu einem Meinungsaustausch, der nach drei Tagen ohne jegliche konkrete Übereinkunft, d.h. auch ohne einen neuen Gesprächstermin bzw. eine Möglichkeit, beendet wurde. Die URNG legte zum Abschluß der Gespräche einen Vorschlag vor, in dem sie ihre Bereitschaft zu einer Waffenstillstandsvereinbarung, ausdrückt, in der entmilitarisierte Pufferzonen zwischen den Guerillagebieten und dem restlichen Land festgelegt werden (siehe Kasten).

Als Demokratisierungsmaßnahmen schlug die URNG den Abbau der militärisierten ländlichen Strukturen, die volle Achtung der Menschenrechte, einen nationalen Dialog und die Humanisierung des Krieges vor. Sie lehnte es ab, die Waffen niederzulegen, solange die den Konflikt verursachenden Gründe fortbestehen. Die Regierungsvertreter sagten zu, diesen Vorschlag zu studieren.⁴

Bereits auf einem Anfang Dezember 1986 durchgeführten Forum zum Thema des Dialogs mit der URNG hatte es außer bei den Vertretern rechtsextremer Positionen und der Armee überwiegend vorsichtig positive Meinungsausschreibungen zum Dialog gegeben. Nach dem Madrider Treffen blieben indes aufgrund der mageren Ergebnisse die positiven Stimmen im Hintergrund. Darüber hinaus fiel das Treffen in eine ungünstige Zeit, nämlich die der Kraftprobe zwischen Regierung und Unternehmerverband.

Die Auseinandersetzungen um das Steuergesetz und das Madrider Treffen zeigten Konsequenzen innerhalb der Armee. Seitens einer Gruppe sich selbst so bezeichnender „Offiziere der Berge“ kam es zu Putschbestrebungen gegen die DC-Regierung. Diese Gruppe ist mit den rechtsextremen Parteien liiert, die die Armee öffentlich als eigentlichen Verlierer des Madrider Treffens bezeichneten.

Verteidigungsminister General Gramajo erwiderte in einer Presseerklärung als oberster militärischer Vertreter darauf, daß derjenige, der solches behauptet, damit die Armee zu destabilisieren versuche. Von Erklärungen abgesehen, reagierte die Armeeführung in zweifacher Weise auf die Differenzen in den eigenen Reihen. Zum einen wurden 84 Offiziere befördert.

Die kontroverseste Beförderung war die von Pablo Nuila Hub, einem ehemaligen Vertrauten von Ex-Staatschef Mejia Víctores, zum Brigadegeneral. Sie wurde als ein Zugeständnis an eine von ihm angeführte Gruppe von Militärs gewertet, die gegen die aktuelle Militärspitze, die die DC-Regierung stützt, opponiert.⁵ Ende November ist Nuila Hub jedoch auf den Posten des Militärattachés in Ecuador abgeschoben worden.

Zum anderen leiteten die Militärs in dieser Vertrauenskrise eine der größten militärischen Offensiven der letzten Jahre ein, zu der Truppen aus drei Militärzonen und aus der Hauptstadt in El Quiché zusammengezogen wurden. Ferner führte die Armee Bombardements in

der genannten Region durch. Etwa gleichzeitig fanden militärische Aktionen gegen den seit Mai 1987 im Betrieb befindlichen URNG-Sender „Voz Popular“ statt, die jedoch erfolglos blieben. Mit den genannten Offensivaktionen sollte den Kritikern die Kampffähigkeit und Einheit der Armee bewiesen und gezeigt werden, daß die Armee die Situation beherrscht. Die URNG antwortete auf die Armeeoffensive mit einer gleichfalls spürbaren Zunahme ihrer militärischen Aktivitäten.⁶

Im offiziellen Sprachgebrauch hieß es nach dem Madrider Treffen sowohl seitens der Zivilregierung wie seitens der Militärs, daß die Guerilleros die Waffen niederlegen müßten, sich amnestieren lassen und in das politische Leben zu-

Erklärung der URNG

Vorschlag an die Regierung Guatemalas nach der Beendigung der Gespräche zwischen beiden Parteien in Madrid am 9.10.1987

Die Guatamaltekeische Nationale Revolutionäre Einheit (URNG) beurteilt den Rahmen, der durch die Abmachungen von Esquipulas II geschaffen wurde, als positiv.

Dennoch schätzt sie ein, daß die konkrete Anwendung dieser Abmachungen entsprechend den besonderen Bedingungen eines jeden Landes und seines spezifischen Konflikts erfolgen muß.

Deshalb hält sie im Falle Guatemalas die folgenden Maßnahmen, die die Grundlage für eine wirkliche Lösung der wichtigsten Themen bilden, die erforderlich sind für die Erreichung des Friedens, für wesentlich und unverzichtbar.

1. Bedingungen und Erfordernisse für die Demokratisierung des Landes.

1.1. Abbau der Strukturen zur Kontrolle der Bevölkerung, insbesondere: zivile Selbstverteidigungspatrullen, Modelldörfer, Entwicklungspole, volle Garantie der Bewegungsfreiheit auf dem Land.

1.2. Volle Beachtung der Menschenrechte sowie wirksame und nachprüfbare Umstrukturierung der Repressionsapparate. Dies schließt die Beendigung des Verschwindenlassens von Menschen, die Beseitigung von geheimen Gefängnissen, das Ende außergerichtlicher Exekutionen, die Achtung des Lebens, der menschlichen Integrität und die Abschaffung der Folter ein. Beachtung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Individuums, insbesondere: Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Wohnung.

1.3. Aufklärung und Feststellung der Verantwortlichkeiten für die 38.000 verschwundenen Verhafteten.

1.4. Volle Gültigkeit der Organisationsfreiheit des Volkes ohne Einschränkungen irgendeiner Art.

1.5. Wir betrachten die oben genannten Elemente als unabdingbar für die Existenz eines wirklichen Rechtsstaats.

2. Ein erster Schritt zu einem Waffenstillstand soll durch ein Abkommen zwischen der URNG und der Regierung über eine Humanisierung des internen Konflikts gemacht werden, um auf der Grundlage des Genfer Abkommens und überwacht durch die Nationale Versöhnungskommission Kosten für die Zivilbevölke-

rung zu vermeiden.

3. Durchführung eines nationalen Dialogs, dessen Ziel die Erstellung der Grundlagen für eine nationale Übereinkunft sein soll mit allen politischen und sozialen Kräften, um die Schaffung des Friedens und der Demokratie zu garantieren und die unabhängige Entwicklung des Landes zu fördern.

4. Um die Bedingungen für diese nationale Übereinkunft zu schaffen und als Beweis für den guten Glauben und politischen Willen der URNG, unterbreiten wir bezüglich des Waffenstillstands, wie er im Rahmen von Esquipulas II ins Auge gefaßt wird, folgenden Vorschlag, wobei wir zugrundelegen, daß das Wesen und der Charakter des bewaffneten internen Konfliktes in Guatemala komplexer und grundlegender Lösungen bedarf.

Vorschlag

A) Um die Errichtung der Demokratie und die Erringung des Friedens auf dem gesamten Territorium Guatemalas möglich zu machen, sind wir mit einer Waffenstillstandszeit einverstanden. Dieser Waffenstillstand muß innerhalb von genau und präzise bestimmten Zeiträumen stattfinden. Er bedeutet weder, daß wir uns ergeben oder unsere Waffen abgeben, noch, daß die Gebiete und Regionen, in denen die von der URNG geführte revolutionäre Bewegung momentan ihre Operationen durchführt und Einfluß hat, aufgegeben werden.

B) Bestimmung von entmilitarisierten Zonen zwischen Konfliktgebieten und kontrollierten Territorien.

Es ist notwendig geographische Gebiete abzgrenzen, wo weder militärische Einheiten der URNG noch des Regierungsheeres operieren, um den Waffenstillstand wirklich zu garantieren.

C) Festlegung von genauen Fristen für die Erfüllung der bezüglich der Demokratisierung vorgeschlagenen Maßnahmen, die die einzigen wirklichen Grundlagen der Befriedung des Landes darstellen und so den Beginn eines Weges für den Pfad der demokratischen Entwicklung garantieren.

Diese Fristen und Termine werden von der Nationalen Versöhnungskommission überprüft.

URNG, Madrid, den 9. Oktober 1987

rückkehren sollten; neue Treffen würde es nicht geben. Auch Cerezo und General Gramajo benutzen diese Formulierung. Cerezo hat den Meinungsaustausch in Madrid jedoch auch als positiv eingeschätzt⁷, und Gramajo, der vor den Madrider Gesprächen zukünftige Treffen andeutete, wies darauf hin, daß zu akzeptieren sei, daß „die Aufständischen am demokratischen guatemaltekischen System teilnehmen, wenn sie die Waffen niederlegen“.⁸ Diese Äußerungen deuten eventuell die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Gesprächen mit der URNG an.

Die URNG verschickte ihrerseits Ende Oktober 1987 an verschiedene Persönlichkeiten des Landes und an die Presse einen öffentlichen „Politischen Brief zur Nationalen Rettung“. Dort wiederholte sie ihren Vorschlag, „dem internen bewaffneten Konflikt eine politische Lösung zu verschaffen“, den Dialog zwi-

schen Regierung und URNG erneut aufzunehmen, um diesen später in einen nationalen Dialog mit verschiedenen politischen Kräften einmünden zu lassen. Auf diese Weise sollen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des Volkes in das institutionelle Gefüge gebracht werden.⁹ Von dem genannten nationalen Dialog spricht sich die URNG offenbar eine Breitenwirkung. Abschließend kann gesagt werden, daß Guatemalas Regierung mit einem am 5.11.1987 in Kraft getretenen Amnestiegesetz¹⁰, mit der Schaffung einer Verständigungskommission sowie mit dem Madrider Treffen einige der Esquipulas-II-Bedingungen formal erfüllt hat. Inhaltlich hinkt sie mit der Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen in wichtigen Aspekten jedoch stark hinterher. Insbesondere würden Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit der

URNG einen nächsten Schritt auf dem Weg zu einer politischen Lösung in Guatemala darstellen. Die Möglichkeiten für einen solchen Schritt scheinen nicht ausgeschlossen zu sein.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 16.7. und 1.10.1987
- 2) Vgl. Die Tageszeitung, Westberlin, 10.10.1987
- 3) Vgl. El País (EP), Madrid, 8.10.1987
- 4) Siehe: EP, 10.10.1987 und Enfoprensa, Zürich, 8.-14.10.1987
- 5) Vgl. IC, 15.10.1987
- 6) Vgl. IC, 29.10.1987
- 7) Siehe: Cerigua, Managua, 12.10.1987
- 8) IC, 15.10.1987
- 9) IC, 12.11.1987
- 10) Die Amnestie soll für Kämpfer der URNG gelten, die die Waffen niederlegen. Politische Gefangene, die unter die Amnestie fallen könnten, gibt es anscheinend nicht. Politische Gegner verschwinden in der Regel spurlos oder werden später tot aufgefunden (allein 463 im Jahr 1986).

„Voz Popular“ Radiosender der URNG



„Voz Popular“ in Betrieb

Am Freitag, dem 22. Mai 1987, war zum ersten Mal eine Sendung von „Voz Popular“, dem offiziellen Radiosender der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG), zu hören. Seit diesem Tag strahlt „Voz Popular“ regelmäßig jeden Freitag um 18.15 Uhr Ortszeit, auf der Frequenz zwischen 6,95 und 7 MHz im 41m Band, eine ca. einstündige Sendung aus.

Diese Sendungen können im ganzen Land sowie im angrenzenden Ausland empfangen werden. Neben aktuellen Meldungen über Politik, Menschenrechtsverletzungen, Zwangsrekrutierungen, Kriegsberichterstattung aus den Konfliktzonen informiert das Radio auch über die Situation der Frauen, die Streiks und Kämpfe

der Volksorganisationen, die Rolle des Soldaten in der Armee usw.

Francisco, einer der drei Europa-Vertreter der URNG, berichtet, warum „Voz Popular“ gerade jetzt in Betrieb ging und welche Bedeutung dieses Radio für den Kampf in Guatemala hat:

„Voz Popular“ als Radio des guatemaltekischen Aufstandes ist ein altes Projekt, das in Etappen umgesetzt wurde. Es bedeutete, die technischen Mittel und die Sicherheitsmaßnahmen zu organisieren, um es in Betrieb nehmen zu können.“

„Zusätzlich war es eine politische Entscheidung, den Moment festzulegen, an dem es an die Öffentlichkeit treten sollte. Vor allen Din-

gen trat ‚Voz Popular‘ genau zu dem Zeitpunkt zum ersten Mal in Erscheinung, als es wichtig wurde, daß das Volk Guatemalas ein besseres Verständnis für die Vorgänge im Land bekommt. Ein besseres Verständnis deshalb, weil propagandistische Prozesse ablaufen, die im Rahmen der psychologischen Kriegsführung zum Ziele haben, Meinungen über ideologische und kulturelle Aspekte zu schaffen, die Verwirrung und Spaltungen innerhalb der Bevölkerung hervorrufen sollen. So soll das guatemaltekische Volk von seinem unmittelbaren Ziel abgebracht werden, für seine eigenen Bedürfnisse, seine unmittelbaren Forderungen zu kämpfen, diese Forderungen in einen größeren Zusammenhang zu stellen und sich damit in den revolutionären Prozeß einzureihen.“

„Voz Popular“ trat gerade zu dem Zeitpunkt auf, als von der Regierung eine Propagandakampagne gestartet wurde, um sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu zeigen, daß die revolutionäre Bewegung zerstört worden sei und nur noch aus einzelnen kleinen Gruppen bestehen.“

Seit jenem Freitag im Mai, als sich „Voz Popular“ zum ersten Mal von seinem geheimen Sendeort aus, irgendwo in den Bergen der Sierra Madre, gemeldet hatte, erklingt diese „Stimme des guatemaltekischen Volkes“ zum Ärger der Armee und Regierung pünktlich, immer wieder, jeden Freitag abend um 18.15 Uhr Ortszeit.

Im Juni und Juli 1987 hoffte die Armee mit einer massiven Aufstandsbekämpfungsoffensive „Voz Popular“ zum Schweigen zu bringen. Da ihr dies nicht gelang, versucht sie nun mit teurem technischen Gerät die Sendungen des Radios der URNG zu stören.

Am Treffen der bundesdeutschen und schweizerischen Guatemala-Komitees in Stuttgart, im September 1987, wurde beschlossen 1988 eine Kampagne zu starten, die zum Ziel hat, „Voz Popular“ in der BRD und der Schweiz bekanntzumachen und gleichzeitig Geld zu sammeln, um dieses wichtige politische Instrument der URNG auch materiell zu unterstützen.

Spenden auf das Konto der Informationsstelle Guatemala, Postscheckamt Köln, Nr. 311580-508, BLZ 370 100 50, Stichwort „Voz Popular“



Friedensnobelpreisträger Arias (r.) mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega

Rolf Radke

Friedensstifter Costa Rica?

Am 13. Oktober 1987 entschied das gewiß nicht linkslastige Stockholmer Nobelpreiskomitee, Costa Ricas Präsidenten Oscar Arias den Friedensnobelpreis 1987 zu verleihen, und zwar für seine Bemühungen um die Befriedung Mittelamerikas. Zum Leidwesen der Reagan-Administration und aller geschworenen Antsandinisten wurde damit der Friedensprozeß in der Region gefördert, ein weiterer Nagel in den Sarg der Contra geschlagen und das Überleben des freien Nicaragua wahrscheinlicher gemacht.

So klang denn auch Reagans Gratulation sehr formal und gequält. Und sie war verbunden mit der Forderung in Richtung Kongreß, der Contra müßten neue Gelder zur Verfügung gestellt werden. Gerade dagegen hatte Arias sich seit dem 14.2.1987, als er seinen 10-Punkte-Plan vorlegte, der dann dem Friedensabkommen der Präsidenten Mittelamerikas (Esquipulas 2) zugrundegelegt wurde, immer wieder gewandt.

Wie kam nun gerade Arias in die Rolle eines weltweit – und wenn auch mit starken Abstrichen von Nicaragua – geschätzten Friedensstifters? Hatte doch der bestenfalls rechtssozialdemokratische Technokrat Arias, der schon eine steile Karriere in Wirtschaft und Politik hinter sich hatte, im costarikanischen Präsidentschaftswahlkampf an der Jahreswende 1985/86 scharf antisandinistische Töne angeschlagen.

Er hatte damals wie Reagan eine „Demokratisierung“ gefordert und, dem festgefügten antikommunistischen und antisandinistischen nationalen Konsens entsprechend, Nicaragua der Angriffslust gegenüber Costa Rica bezichtigt. Seine

Partei der Nationalen Befreiung (PLN) hatte innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI) stets die FSLN attackiert und das rechte Sperrfeuer gegen die Mittelamerikapolitik der SI effektvoll unterstützt.

Arias' Vorgänger, Parteifreund und politischer Mentor, Luis Alberto Monge, hatte in seiner Amtszeit (1982-86) stets mehrere tausend Contras an der Grenze zu Nicaragua geduldet. Ähnlich der honduranischen Regierung hatte er einfach ihre Existenz geleugnet bzw. behauptet, daß die Contras, wie z.B. Eden Pastora und seine Truppe, von costarikanischem Boden aus nicht militärisch operierten. Im Gegenteil sei es Nicaragua, das ständig die costarikanische Souveränität verletze. Auch Arias hielt an dieser, die Tatsachen auf den Kopf stellenden, Demagogie fest – bis zum Ausbruch der Iran-Contra-Affäre in den USA im Herbst 1986. Dabei wurde auch die Verwicklung Costa Ricas in den Contra-Krieg aktenkundig.

In den Jahren 1982-86 waren es Monge, bzw. seine dem extrem konservativen Flügel der PLN angehörenden Außenminister, die zusammen mit den Regierenden El Salvadors und Honduras' mit unschöner Regelmäßigkeit die Bemühungen der Contadora-Gruppe, eine politische Lösung in Mittelamerika zu erreichen, auf Geheiß Washingtons im letzten Augenblick durchkreuzten.

Sie warfen dabei das internationale Gewicht Costa Ricas, als angeblich absolut friedlicher Staat, der seit 1948 ohne Armee ist, und als mustergültig angesehene Demokratie gegen Nicaragua in die Waagschale.

Daß man Washingtons Befehle befolgt,

liegt auch an der wirtschaftlichen Situation. Costa Rica hängt am Tropf der transnationalen Banken und westlichen Regierungen, darunter vor allem der USA. Von 1978-87 stieg die Auslandsverschuldung von 1,175 Mrd. \$ auf ca. 4,5 Mrd. \$. Theoretisch müßte das Land fast 50% seiner Exporteinkünfte für den Schuldendienst aufwenden. Mit seinen 3 Mio Einwohnern zählt es zu den Entwicklungsländern mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung.

Zwar ist Costa Rica aufgrund der unter der Führung der PLN eingeschlagenen keynesianischen Wirtschaftspolitik in einer günstigeren Lage als seine Nachbarn, doch haben die rückläufige Nachfrage und der Preisverfall bei den Hauptexportgütern Fleisch, Kaffee, Bananen und Zucker zusammen mit verteuerten Importen und der Hochzinspolitik der USA in den 80er Jahren zu einem wirtschaftlichen und sozialen Desaster geführt.

Zwar weist das „Modell Costa Rica“ mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 70 Jahren und einer Analphabetenrate von 10% relativ vorbildliche soziale Indikatoren auf, doch sind seit den Kriseneinbrüchen von 1978 und 1981/82 ca. 70% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gerutscht.

Das „Modell Costa Rica“, das auch häufig als die „Schweiz Mittelamerikas“ bezeichnet wurde, stützt sich auf drei Pfeiler:

Wirtschaftspolitisch ist dies eine starke Staatsintervention, die dem Kapital neue Anlagesphären bot durch Vorleistungen bei der Infrastruktur, günstige Kredite und Exportförderung. Gleichzeitig schuf der Staat direkt Arbeitsplätze in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Bildung und Gesundheitswesen und indirekt im Privatsektor, versorgte die Bevölkerung mit staatlichen Dienstleistungen und gewährte eine gewisse soziale Sicherheit.

In der Vergangenheit unterstützte Costa Rica vorbehaltlos den Krieg der Contras

Innenpolitisch war das Modell mit einer relativ großen Liberalität verbunden. Es beinhaltete aber auch immer ein gewisses Maß an Repression gegen die Linke. Diese richtete sich vor allem gegen die größte Linkspartei, die kommunistische Partei der Volksavantgarde (PVP) und die ihr nahestehende bedeutendste Gewerkschaft Einheitszentrale der Werktagen (CUT), deren Kern die vormals mächtige Bananenarbeiter-Gewerkschaft bildet.

Außenpolitisch war das Modell durch eine nichtpaktgebundene, gegen die lateinamerikanischen Diktaturen gerich-



Die Militarisierung schreitet voran: US-Militärberater bilden Angehörige der „Zivilgarde“ aus (1985)

tete Linie gekennzeichnet. Dabei kam es immer wieder zu Konflikten mit den USA.

Die wirtschaftliche Dauerkrise seit den 70er Jahren hat das Modell zunehmend unterhöhlt. Die ökonomische Steuerungsfähigkeit des Staates wurde drastisch verringert. Die soziale Integrationskraft hat abgenommen. Der Repressionsapparat wurde ausgebaut und gegen Streiks und Demonstrationen verstärkt eingesetzt. Durch die Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der US-Entwicklungsbehörde AID wurde Costa Rica in das Fahrwasser der Politik Reagans gebracht.

Es bildete sich eine politische Strömung heraus, die für die volle Durchführung der IWF-Programme, eine autoritäre Innenpolitik und die Beseitigung der sandinistischen Revolution mit allen Mitteln eintritt. Hauptträger dieser Orientierung sind die Finanzoligarchie und die weitgehend aus den Familien derselben stammenden Manager der Niederlassungen transnationaler Konzerne.

Von dieser Gruppe wird auch die Industrie- und Handelskammer, ohne deren Zustimmung kein Wirtschaftsminister ernannt und kein Haushalt verabschiedet wird, dominiert. Mit der Partei der Christlich-Sozialen Union (PUSC) verfügen diese Kräfte über eine starke Interessenvertretung. Sie ging 1984 aus einem Konzentrations- und Radikalisierungsprozeß der Parteien rechts von der PLN hervor. Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Februar 1986 erreichte sie 41,4 bzw. 45,6% gegenüber 47,1 bzw. 52,4% für die PLN. Dies bedeutet eine Steigerung von jeweils 12% gegenüber 1982.

Auch innerhalb der PLN verfügen die extrem konservativen, neoliberalen und reaganistischen Kräfte über starken Einfluß. Bei der Bewegung der Präsidentschaftskandidaten innerhalb der PLN erhielt ihr Kandidat 97.000 Stimmen der Mitglieder, gegenüber 147.000 für den

zentristischen Kandidaten Arias, für den die Parteilinke zähneknirschend votiert hatte. Dem Kräfteverhältnis entsprechend erhielt die Rechte 40% der Kabinettsposten und nahm – wie unter Monge – die Schlüsselpositionen des Vizepräsidenten, des Wirtschafts- und des Außenministers ein.

Durch Massenaktionen konnten bisher unsoziale Maßnahmen wie Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Streichung von Lebensmittel- und Agrarpreissubventionen und Verweigerung von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen abgemildert werden. Auf die Streiks im öffentlichen Dienst und die erste Massenaktion der Klein- und Mittelbauern gegen ihre drohende Existenzvernichtung im September 1986 reagierte die Regierung immer nach demselben Muster: zuerst brutale Tränengas- und Knüppelleinsätze, dann Teilzugeständnisse wegen einsetzender Solidarisierung mit den Opfern.

Obwohl die Bauernorganisationen durch gemeinsame Aktionen im September d.J. die Regierung zum Eingehen auf ihre Forderungen zwangen und Gewerkschaften, Organisationen der Studenten und der Elendsviertelbewohner sich in der Nationalen Koordination zusammengeschlossen haben, leidet die Massenbewegung unter der Schwäche der Linken.

Diese beruht auf der tiefverwurzelten sozialpartnerschaftlichen Orientierung der Bevölkerung, den demoralisierenden Effekten von Arbeitslosigkeit, Vereinigung und Repression und vor allem auf der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Zersplitterung der Linken. Diese wurde noch verschärft, als sich die PVP 1984 und anschließend auch die CUT und das Linksbündnis Vereintes Volk spalteten. Letzteres hatte noch 1982 bei den Parlamentswahlen 6,4% der Stimmen erhalten.

Nun waren und sind Monge und Arias zwar prinzipielle Gegner jeglicher Links-

entwicklung, noch dazu direkt vor der eigenen Haustür. Doch sie setzten andere Prioritäten als die extreme Rechte und verfolgen eine andere Strategie gegenüber Nicaragua. Oberste Ziele ihrer Politik sind die Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg, Profite für die costarikanische Bourgeoisie als Ganze, und nicht nur für die mit dem transnationalen Kapital verbundene und auf dem Weltmarkt überlebensfähige Finanzoligarchie, und die Wahrung eines „sozialen Friedens“, um eine herrschaftsgefährdende Polarisierung zu vermeiden.

Schon Monge versuchte, gestützt auf die Empörung eines Teils der Weltöffentlichkeit über die US-Invasion in Grenada, Costa Rica aus der Verstrickung in den schmutzigen Krieg der USA mit der ihm innewohnenden Eskalationsgefahr zu lösen. Er proklamierte am 17.11.1983 feierlich die „ewige unbewaffnete Neutralität“ seines Landes und legte der Contra Beschränkungen auf. Acht Monate später kapitulierte er vor den USA, die den Geldhahn zugeschraubt hatten, und vor der Handelskammer, die ultimativ eine neoliberalen, autoritären und antinikaraguanischen Politik forderte und die Möglichkeit eines Putsches durchschimmern ließ.

Fortan wurde die Polizei (Zivil- und Landgarde) mit steigender Militärhilfe Washingtons und US-Militärberatern aufgestockt und mit Waffen ausgerüstet, wie sie sonst von Armeen benutzt werden. Pioniereinheiten der US-Streitkräfte bauten Flugplätze und Straßen, um den Zugang der Contras nach Nicaragua zu erleichtern und sie besser versorgen zu können.

Die Rechte überzog, als der Kandidat der PUSC während des Wahlkampfes im Herbst 1985 eine Truppe der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unter Beteiligung Costa Ricas zur „Befrei-



ung" Nicaraguas forderte. Arias gewann als Kandidat des Friedens, der trotz scharfer Angriffe gegen die Sandinisten immerhin gegen die Eskalation der Aggression gegen Nicaragua, gegen die Duldung der Contra in seinem Land, eintrat. Mehrere Entwicklungen haben Arias zum Umdenken veranlaßt. Dazu gehört die Perspektivlosigkeit des Contra-Krieges, die vor allem durch ihre strategische Niederlage und die Zerschlagung der Truppen Eden Pastoras deutlich wurde. Damit einher ging die Schwäche der US-Politik, die durch die Iran-Contra-Affäre noch weiter zunahm. Ein weiterer Faktor ist die destabilisierende Wirkung, die der Krieg auf die Wirtschaft der Region ausübt und die auch durch die US-Wirtschaftshilfe nicht vollständig wettgemacht werden konnte. Die Konsequenz daraus zog Arias, indem er im Februar 1987 seinen Friedensplan vorlegte.

Arias setzt darauf, eine Konsolidierung der Revolution in Nicaragua durch die Stärkung der dortigen zivilen Rechtskräfte und durch die Einbindung des Nachbarn in einen wiederzubelebenden Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt (MCCA) zu verhindern. Das Handelsvolumen zwischen den Mitgliedern der MCCA war in den 80er Jahren von 1,2 Mrd \$ auf 400 Mio \$ gesunken. Dabei behilflich sein sollen die SI und die EG, mit der bereits zwei Konferenzen über eine Kooperation mit dem MCCA in San José abgehalten wurden.

Dieses Abweichen von der US-Strategie wurde von Washington prompt mit wirtschaftlichen Repressalien quittiert. Seit der Vorlage des Friedensplans von Arias hat Costa Rica, das in den vergangenen Jahren von den USA mit jeweils über 200 Mio \$ Wirtschaftshilfe für seine Judasdienste bedacht wurde, keinen Cent mehr erhalten. Handelspräferenzen wurden gestrichen und der Import bestimmter Waren aus Costa Rica untersagt oder eingeschränkt.

Die sonst übliche Unterstützung der USA bei Umschuldungsverhandlungen mit den internationalen Banken blieb aus. Der Minister des Präsidialamtes, John Biehl, der maßgeblich an der Ausarbeitung und Propagierung des Arias-Plans beteiligt war, wurde durch eine vom CIA lancierte Medien-Kampagne gestürzt.

Ob Costa Rica diesem wirtschaftlichen Druck, der von keiner der beiden Seiten zugegeben wird, standhalten kann, wird entscheidende Bedeutung für das Gelingen des Friedensabkommens haben. Denn sollte der mit dem Friedensnobelpreis gesalbte Arias sich beugen und Nicaragua die Schuld für ein eventuelles Scheitern der Friedensbemühungen in die Schuhe schieben, könnte sich das Kräfteverhältnis erneut zugunsten der Interventionspolitik Washingtons verschieben.

Honduras

Heidi Kückelhaus

Hinhaltetaktik der Regierung Azcona

„Honduras ist das Land, das am wenigsten Probleme haben wird, das Abkommen von Guatemala zu erfüllen!“ Dies verkündete Präsident José Azcona nach seiner Rückkehr von der Unterzeichnung des mittelamerikanischen Friedensabkommens, das auch von der hondurani- schen Bevölkerung begeistert begrüßt wurde.¹

In der Praxis zeigte sich jedoch sehr bald, daß Honduras – derzeit der treueste Verbündete der USA in der Region – mit der Einhaltung des gegen den Willen der Reagan-Administration zustandegekommenen Vertrages keineswegs problemlos klarkam. Von Anbeginn handelte die Regierung Azcona nach der Devise, die Bedeutung des Vertrages herunterzuspielen, seine Erfüllung zu verschleppen und ansonsten auf weitere Instruktionen aus Washington zu warten.

So hielt z.B. Außenminister Carlos López Contreras in einer Rede vor dem Nationalkongress die Ratifizierung des Abkommens durch die Volksvertretung für nicht erforderlich, da es sich nicht um ein internationales Abkommen, sondern nur um ein vorläufiges Dokument handle.² Er maß auch der Verpflichtung, 1988 Wahlen zu einem mittelamerikanischen Parlament abzuhalten, keine besondere Bedeutung bei.

Als sich seine Amtskollegen am 19./20. August 1987 versammelten, um Einzelheiten der Vertragsdurchführung zu diskutieren, erschien er erst kurz vor Schluß der Besprechungen.³ Im Oktober fuhr er gemeinsam mit Azcona und Militärrchef Regalado Hernandez nach Washington, um bei Ronald Reagan und Caspar Weinberger persönlich Verhaltensmaßregeln einzuholen.

Die Obstruktionspolitik von Regierung und Militärführung – die Streitkräfte sind der wichtigste Machtfaktor im Land – offenbarte sich besonders in zwei Punkten: der Einberufung einer Nationalen Versöhnungskommission und der Entwaffnung und Ausweisung der von Honduras aus gegen Nicaragua operierenden Contra-Verbände.

Azcona weigerte sich zunächst, die Kommission einzuberufen, mit der Begründung, in Honduras bestehe dafür kein Bedarf, da es keine Guerilla und keine politischen Gefangenen gebe, kein Aus-



Honduras am Strick von Onkel Sam: Protest in Tegucigalpa

nahmerecht in Kraft sei und absolute Pressefreiheit herrsche.⁴ Damit widersprach er der vom costaricanischen Präsidenten Oscar Arias vertretenen allgemeinen Auffassung, wonach die Kommission auch in den Ländern zu bilden sei, in denen keine offenen militärischen Konflikte bestehen. Der Vertragstext sieht die Aufgabe der Kommission auch in der Überprüfung der Einhaltung der politischen und individuellen Rechte in den jeweiligen Ländern.

Warum sich Regierung und Militär trotz der angeblich so friedlichen und demokratischen Verhältnisse im Lande gegen die Etablierung der Kommission wehrten, ist leicht einzusehen. Denn eine ihrer wesentlichen Aufgaben bestünde in der Untersuchung der zahlreichen Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten Jahren von den „Sicherheitskräften“ und den ihnen angegliederten Todesschwadronen begangen wurden. Allein in den Jahren 1981-84 (der Amtszeit des berüchtigten Armeechefs Gustavo Alvarez) wurden nach Unterlagen des Menschenrechtskomitees CODEH mindestens 117 Menschen zum „Verschwinden“ gebracht.⁵

Vier dieser Fälle wurden jetzt vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica aufgerollt. Damit wurde erstmals ein Staat vor diesem Gericht wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt, und die hondu-



US-Truppen bei einer Invasionsübung in Honduras

ranische Regierung müßte im Falle einer Verurteilung den Angehörigen der Opfer eine Entschädigung zahlen.⁶

Aber auch seit Alvarez' Sturz haben Folter, Verschleppungen und Morde an Oppositionellen keineswegs aufgehört. Die Versöhnungskommission könnte solche Übergriffe zwar kaum verhindern, würde aber sicherlich eine breite Öffentlichkeit über die erschreckenden Fakten informieren. Dabei käme vermutlich auch die Verwicklung des CIA in Aufbau und Arbeit der Repressionsorgane zur Sprache – woran weder die honduranische noch die nordamerikanische Regierung ein gesteigertes Interesse haben.

Ebenso stur gebärdete sich Honduras in der Frage der Contras, von denen nach Schätzungen etwa 10.000-15.000 in verschiedenen Lagern im Grenzgebiet zu Nicaragua stationiert sind. Der Friedensplan sieht deren Entwaffnung und Ausweisung binnen 90 Tagen vor.

Die Präsenz der Contra ist seit längerem schon in Honduras ein umstrittenes Thema. Durch ihre brutalen Übergriffe auch gegen die honduranische Bevölkerung, haben sich die Antisandinisten nicht gerade beliebt gemacht.

Zwar haben Regierung und Militär die Konterrevolutionäre jahrelang geduldet und – im Rahmen der US-Kriegsstrategie – auf verschiedene Weise unterstützt. Auch profitieren viele Geschäftsleute und Offiziere kräftig von den Lieferungen an die Contras. Auf der anderen Seite sind jedoch Teile der Bourgeoisie und wohl auch der Streitkräfte zunehmend besorgt darüber, was langfristig mit den „Freiheitskämpfern“ geschehen soll, wenn es diesen – was abzusehen ist – nicht gelingt, stabile Operationsbasen in Nicaragua aufzubauen, oder wenn Washington gar eines Tages den Geldhahn zudreht.

Aus dieser ambivalenten Interessenlage resultieren die oft widersprüchlichen Aussagen und Maßnahmen honduranscher Politiker und Militärs in der Contra-Frage, die auch jetzt wieder für Verwirrung sorgten. So erklärte General Re-

galado im September 1987, er sehe keinen Anlaß zur Ausweisung der Contras, da diese sich gar nicht in Honduras aufhielten. Azcona hatte zunächst angekündigt, bis November würden die „Rebelien“ aus Honduras abgezogen sein.⁷

Im Oktober machte er jedoch die Demokratisierung Nicaraguas zur Vorbedingung für die Ausweisung und verlangte sogar eine weitere Unterstützung der Contras durch die USA, falls das Nachbarland seine vertraglichen Pflichten nicht erfülle.⁸ Alles deutet darauf hin, daß Honduras nicht bereit ist, die Contras vertragsmäßig auszuweisen, solange deren Präsenz in Honduras von den USA weiterhin gewünscht wird.

Die vertragswidrige Haltung der Regierung blieb jedoch nicht unwidersprochen. In der honduranischen Bevölkerung hatte das Abkommen große Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der Krise und die Rückgewinnung der nationalen Souveränität geweckt. Um wo emporer reagierte praktisch die gesamte Öffentlichkeit auf die von Washington dikturierte Verschleppungspolitik der sowieso schon unbeliebten Regierung Azcona.

In den Monaten seit Unterzeichnung des Vertrages kam es zur Mobilisierung eines breiten Spektrums gesellschaftlicher Gruppen vom Unternehmerverband COHEP und der katholischen Kirche über die Universität, die bürgerlichen Oppositionsparteien, Berufs-, Gewerkschafts- und Cempesinoverbände bis hin zu Gruppen der bewaffneten Linken.⁹ Diese besetzten u.a. mehrere Radiostationen, um ihre Forderungen bekanntzugeben und damit die Behauptung Azconas, in Honduras gebe es keine Guerilla, Lügen zu strafen.

Einig sind sich alle Organisationen in der Forderung nach Erfüllung des Friedensabkommens. Darüber hinaus verlangen die im Koordinationskomitee der Volksorganisationen (CCOP) zusammenge schlossenen linken Massenorganisationen den völligen Abzug der US-Streitkräfte (die im Zuge permanenter Manö-

ver faktisch immer mit mehreren tausend Soldaten in Honduras präsent sind) sowie grundlegende gesellschaftliche Reformen, ohne die sich das Land nicht aus Unterentwicklung und Abhängigkeit befreien kann.

Daß die Forderung nach Erfüllung des Friedensabkommens bis hin zu Unternehmerverbänden unterstützt wird, hat auch wirtschaftliche Beweggründe. Die durch den mittelamerikanischen Konflikt hervorgerufene Instabilität hat in den letzten Jahren zu einer Kapitalflucht von 3,5 Mrd \$ geführt. Die Investitionen gingen allein von 1981-84 um 69% zurück. Trotz einer US-Hilfe von 1 Mrd \$ in den letzten sechs Jahren bleibt Honduras nach Haiti und Bolivien das drittärteste Land Lateinamerikas. 50% der Bevölkerung sind Analphabeten und 42% arbeitslos.¹⁰

Zum allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang gesellte sich außerdem eine direkte Betroffenheit durch die Anwesenheit der Contras. Nach Aussagen von Mauricio Hernandez, des Führers der mächtigen Vereinigung der Honduranischen Kaffeeproduzenten, wurden 12.000 Bauern im Department El Paraiso von den Contras vertrieben und damit Verluste von 14 Mio \$ verursacht.¹¹

Jedoch auch international gerät die Regierung zunehmend in Bedrängnis. Dies röhrt nicht nur daher, daß die Nachbarstaaten zumindest formal mit der Erfüllung des Abkommens vorankommen und so Honduras in Zugzwang bringen. Die Regierung versteht auch die Weigerung des Bewilligungsausschusses des US-Repräsentantenhauses, die von Reagan geforderte Wirtschafts- und Militärhilfe für 1987/88 in Höhe von 100 bzw. 80 Mio \$ in voller Höhe zu bewilligen, als Wink mit dem Zaunpfahl. Der Ausschuss will lediglich 75 bzw. 35 Mio \$ locker machen.

Noch 1986/87 hatten die USA eine Ge-

Bananen bleiben der wichtigste Exportartikel



samthilfe von 270,7 Mio \$ gewährt. Kein Wunder, daß die Herrschenden in Honduras sich mehr und mehr isoliert fühlen: „Niemand will uns unterstützen außer Reagan, und dieser ist jetzt schwächer als je zuvor“, beklagte sich ein Führer der rechten Nationalen Partei.

Angesichts des massiven Drucks aus dem In- und Ausland stellte die honduraneche Regierung am 5. Oktober doch noch die Bildung der Versöhnungskommission in Aussicht.¹² Allerdings wurden der Kommission (Vorsitzender: Erzbischof Santos) von vornherein weitgehend die Hände gebunden.

Azcona gab zu verstehen, es gehe nur um die formale Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Die Kommission habe keine spezifische Funktion zu erfüllen und sei insbesondere nicht befugt, zurückliegende oder aktuelle Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen.

Die Hilfgelder der USA wiegen die durch den Konflikt verursachten wirtschaftlichen Verluste nicht auf

In der Frage einer durch das Abkommen geforderten Amnestie verwickelte sich die Regierung in ähnliche Widersprüche wie in der Frage der Nationalen Versöhnungskommission und der Contras. Im August 1987 hatte Azcona erklärt: „Wir brauchen keine Generalamnestie zu gewähren. Wozu sollen wir sie gewähren, wenn es keine politischen Gefangenen gibt?“¹³

Bei seinem Besuch in den USA im Oktober 1987 erklärte er jedoch bereits, daß eine Amnestie verkündet würde, damit niemand sagen könne, die Regierung erfülle das Abkommen nicht. Er gab dann auch zu, daß es politische Gefangene gäbe. Es sind jedoch wenige, denn, so der prominente Rechtsanwalt Julio Reyes Caballero, „wovon es mehr gibt, sind politische Tote...“¹⁴

Ende November 1987 verabschiedete der honduraneche Kongreß schließlich eine Amnestie, die für Zivilisten und Militärs gilt, welche in politische Delikte verwickelt sind. Alle Gefangenen sollen sofort freigelassen, Gerichtsverhandlungen eingestellt werden. Zudem werden Anklagen gegen 300 Bauern, die an Landbesetzungen beteiligt waren, fallen gelassen.¹⁵

Auch in der Contra-Frage geriet die Regierung allmählich immer mehr in Zugzwang, vor allem deshalb, weil Nicaragua seine vertraglichen Verpflichtungen pünktlich erfüllte. Damit entfiel für Honduras jeder Vorwand zur Beharrung auf der bisher geübten Taktik. Und die Regierung sah sich gezwungen, einige kosmetische Zugeständnisse zu machen:

Anfang November 1987 mußten die offiziellen Vertreter der Contra-Organisationen ihre Büros in Tegucigalpa schließen und wurden offiziell ausgewiesen. Die Contra-Lager wurden teilweise abgebaut und auf ein Operationsniveau reduziert, das es möglich macht, sie in kurzer Zeit (vorübergehend?) aufzulösen, wenn die internationale Verifizierungskommission, die mit der Kontrolle der Vertragserfüllung betraut ist, das Land besucht.¹⁶

Offen bleibt die Frage, ob Honduras wirklich unter Umständen bereit sein könnte, die Contras zu verbannen, wie man in letzter Zeit – einem Bericht der International Herald Tribune zufolge – anscheinend in Tegucigalpa munkelt. Angesichts der massiven Abhängigkeit von den USA scheint dies – solange die Reagan-Administration auf einer Unterstützung der Contra beharrt – immer noch sehr unwahrscheinlich.

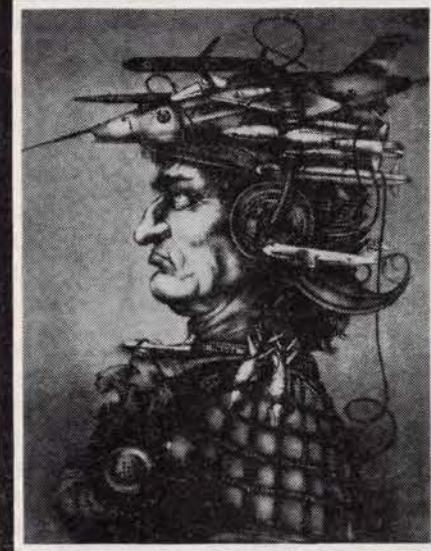
Eine Meldung läßt allerdings aufhorchen: In einem Newsweek-Interview erklärte Daniel Ortega Mitte November,¹⁷ Honduras habe sich bereiterklärt, die Contras zu entwaffnen und eine weitgehende Entmilitarisierung der Grenzregion vorgeschlagen, die sogar die Präsenz von US-Militäreinrichtungen ausschloß. Dafür müsse Nicaragua sich verpflichten, das Grenzgebiet nicht zu verminen, die schwere Artillerie zurückzuziehen und die Contras nicht mehr nach Honduras hinein zu verfolgen (wozu allerdings kein Anlaß bestünde, wenn diese tatsächlich entwaffnet würden).

Es bleibt abzuwarten, ob der Friedensprozeß, der bereits Erstaunliches in Gang gebracht hat, auch in Honduras ein kleines Wunder auslöst.

Anmerkungen:

- 1) Boletin del CEDOH, Honduras, Nr. 76/August 1987
- 2) Vgl. Pensamiento Propio (PP), Managua, Nr. 46/November 1987
- 3) Boletin..., a.a.O.
- 4) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 18./19.10.1987 und Boletin ..., Nr. 77/September 1987
- 5) Vgl. Barricada Internacional (Bar. Int.), Managua, 24.9.1988
- 6) Siehe: Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 15.10.1987 und International Herald Tribune (IHT), Paris, 10./11.10.1987
- 7) Vgl. Boletin..., Nr. 76 und Nr. 77
- 8) Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.1987
- 9) Vgl. die Verlautbarungen verschiedener Organisationen in: Boletin ..., Nr. 76 und 77; IC, 22.10.1987 und Informaciones, Yoro, Nr. 9/August-Oktober 1987
- 10) Angaben nach: PP, a.a.O. und IC, 26.11.1987
- 11) PP, a.a.O.
- 12) Vgl. IC, 29.10.1987; Bar. Int., 5.11.1987 und Boletin..., Nr. 78/Oktober 1987
- 13) Informaciones, a.a.O.
- 14) Ebd.
- 15) NZZ, 3.12.1987
- 16) Vgl. IHT, 16.11.1987
- 17) Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.11.1987

Der „Informationsdienst“ ist die einzige Publikation in der Bundesrepublik und Berlin (West), die sich kontinuierlich mit dem Fragenkomplex „Wissenschaft – Frieden – Krieg“ befäßt. Er wird herausgegeben von Ulrich Albrecht * Jürgen Altmann * Armin Bechmann * Gernot Böhme * Ulrich Briefs * Egbert Brieskorn * Helga Genrich * Jutta Held * Jörg Hufschmid * Robert Jungk * Knut Krusewitz * Hans Jürgen Krysmanski * Helmut Ridder * Rainer Rilling * Jürgen Schneider * Ekkehard Sieker * Jörg Siekmann * Gert Sommer * Gerda von Staehr * Peter Starlinger * Marie Veit * Herbert Wulf * Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) fungiert als Verlag * Die Zeitschrift erscheint fünf mal im Jahr (40-50 Seiten) und kostet 5,- DM. im Jahresabonnement 25,- DM für Berufstätige, 20,- für Schüler, Studenten, Arbeitslose und Zivildienstleistende. Redaktion: Paul Schäfer (verantw.), Rainer Rilling. Anschrift: Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Telefon 02 28 / 210 744. Kostenlose Probeexemplare anfordern!



Themen 30 Jahre Göttinger Erklärung * B- und C-Waffen: Neue Impulse durch die Gentechnik * Computer und Krieg * EUREKA * Euro-SDI * Feindbilder * Frauen und Frieden * Friedensarbeit in Betrieben u. Großforschung * Friedensforschung in der DDR * Friedenspädagogik * Hippokrates und Holocaust * Katastrophenmedizin * Kriegswaren und gute Industrieform * Kultur & Krieg * Laserwaffen im Weltraum * Logik der Abschreckung * Mathematik und Militärwesen * Militarisierung der Psychologie * Navigationssatelliten und Atomkriegsstrategie * Nuklearnacht – Nuklearwinter * Pentagon und Datenschutz * Philosophie des Friedens * Pugwash-Nachrichten * Friedenswissenschaft an den Hochschulen * Rüstung und Wissenschaftsfreiheit * Rüstungsethik der Naturwissenschaften * Rüstungsforschung und Dritte Welt * Rüstungswirtschaft-Konversion * SDI und Rüstungswirtschaft * SDI-Aufträge in der Bundesrepublik * SDI-Software * SIPRI – Ein Portrait * SPIN-OFF der Rüstungsforschung: die IABG-Studie * Sowjetische Rüstung * Sozialabbau und Aufrüstung * Teststopp * US-Raumstation und Militär * Umweltzerstörung durch Militär * Wie friedlich ist die Soziologie? * Zivilschutzgesetze ... und vieles mehr

Rüdiger Theune/Reiner Rischmüller

Kampagne für das „gesamte Projekt Nicaragua“

Seit Ende 1985 läuft auf Wunsch der nicaraguanischen Regierung weltweit die Kampagne „Nicaragua muß überleben“. Sie hat zum Ziel, Nicaragua mit dringend erforderlichen Importgütern zu versorgen.

In der Bundesrepublik kommt die Kampagne eher schleppend voran. Zwar wurden seit Ende 1986 rund 700.000 DM gesammelt, aber die örtlichen Bündnisse, die die Spendensammlung vorantreiben könnten, sind rar.

Eine Ausnahme bildet Hamburg. Für den Nicaragua-Verein Hamburg begründen Rüdiger Theune und Reiner Rischmüller die Notwendigkeit der Kampagne. Und sie zeigen anhand der Hamburger Erfahrungen die Möglichkeiten auf, die sie zur Verstärkung der politischen und materiellen Solidarität mit Nicaragua bietet.

Ein wesentliches Merkmal von Solidarität scheint uns zu sein, diejenigen anzuhören, die unsere Solidarität fordern und brauchen. Solidarität sollte also nicht unseren Wünschen, sondern ihren Bedürfnissen genügen.

Die Völker Mittelamerikas haben auch am Beispiel Nicaragua gelernt, daß die Unterdrückung der Menschen dieses Kontinents durch US-gestützte Regimes sehr wohl zu durchbrechen ist, daß die Bauern ihren Boden bekommen, daß man „Lesen und Schreiben“ lernen kann, daß Gesundheit kein Luxus ist.

Alle Erfolge, die mit der Revolution erzielt wurden, alle Bemühungen, der armen Bevölkerung in Stadt und Land ein menschenwürdiges Leben zu sichern, wurden seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan 1981 versucht zu zerstören. Diese Erfolge und ihre Ausstrahlung auf die anderen Völker nennt die US-Regierung „Revolutionsexport“. Und ihre Antwort zeigt Wirkung: Krieg und Kriegszerstörung, Wirtschaftsembargo, Druck auf internationale Finanzorgani-

sationen und der Verfall der Weltmarktpreise für Rohprodukte aus den „unterentwickelten“ Ländern.

Im Dezember 1985 trat die nicaraguanische Regierung an die Weltöffentlichkeit mit dem dringenden Aufruf zu einer weltweiten Kampagne „Nicaragua muß überleben“. Die Botschaft Nicaraguas in Bonn schrieb damals: „Angesichts der Verarmung unserer Nation und der Ausbeutung, unter der wir Jahrzehnte lang gelitten haben, angesichts der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aggression der US-Regierung, der wir Tag für Tag ausgesetzt sind, wenden wir uns heute an die internationale Solidarität und fordern sie auf, die Kampagne „NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN“ zu ihrer Kampagne zu machen und dadurch ganz konkret den Überlebenskampf Nicaraguas zu unterstützen.“ Nicaragua fehlen jährlich mehr als 200 Mio Dollar zur Versorgung der Bevölkerung.

In Nicaragua wurde eine „interministerielle Institution“ gegründet, die „Comision Coordinadora de la Campana

Nicaragua debe sobrevivir“ (CCNDS), die versuchte, mit Hilfe der Basisorganisationen (Gewerkschaften, Stadtteilkomitees, Verbänden, Kirchengruppen, Schulen) eine Mängelliste zu erstellen. Örtlich und regional wurden danach Prioritäten besprochen, um möglichst einvernehmlich mit dem Mangel umzugehen.

Und so schwer es fiel: Die Einsicht in eine geplante, gerechte Verteilung war groß. Ein Regierungsdekret von Ende 1986, das die Anmeldung von Devisen und Spenden verlangt, zielt in die gleiche Richtung: Nicht wer zufällig einen „Geber“ hat, soll empfangen, sondern die gemeinsame Entscheidung über die Bedürftigkeit ist von Bedeutung. Die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ wird in Europa und in der BRD zentral organisiert: Das ergibt eine maximale Nutzung der Devisen, durch Großeinkäufe, minimale Transportkosten und organisatorische Vereinfachungen. Die für die Versorgung der Bevölkerung Nicaraguas notwendigen Güter wurden auf die Solidaritätsbewegungen der verschiedenen Länder aufgeteilt.

Aus der Liste von ca. 170 Posten sind damals 9 herausgesucht worden, deren Finanzierung allen Gruppen und Freunden Nicaraguas in der BRD angetragen wurde: Medikamente, landwirtschaftlicher Bedarf, Bau- und Unterrichtsmaterial – jeweils in großen Mengen. In der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in der BRD war diese Kampagne trotzdem umstritten: Viele Gruppen und Organisationen hatten bereits „ihr“ Solidaritätsprojekt, hatten Menschen über die „Anschaulichkeit“ „ihrer“ Schule, Kooperative oder Gesundheitsstation an die Problematik Nicaragua herangeführt.

Die Vertreter Nicaraguas haben zu diesem Problem immer wieder betont, daß es gilt, die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ nicht gegen die vielen kleinen Projekte durchzuführen, sondern als zusätzliche, von allen gemeinsam getragene Anstrengung. Es ging ihnen darum, einen Teil der für die Bevölkerung notwendigen Grundversorgung – der weder durch Exporteinnahmen noch durch Kredite finanziert werden kann – durch die internationale Solidaritätsbewegung zu erhalten – ohne Bedingungen und nach ihren Erfordernissen.

Selbst zum Häuserbau fehlen die wichtigsten Materialien



Die Hamburger Solidaritätsbewegung hat mit der Initiative des Nicaragua-Komitees und Nicaragua-Vereins versucht, diesem Anspruch nachzukommen. Wir waren der Meinung, daß es sich um eine höchst politische Kampagne handelt, weil sie:

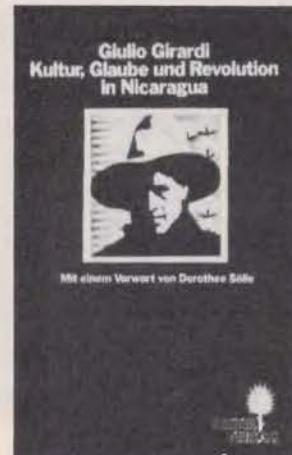
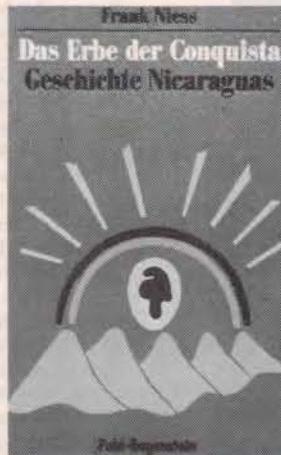
1. Solidarität mit der ganzen Revolution und Vertrauen in die Verantwortlichen in Nicaragua und in ihre Entscheidungen bedeutet, und
2. die Möglichkeit bietet, zu demonstrieren, daß die Solidarität mit dem bedrängten Nicaragua unsere gemeinsame Angelegenheit ist, unabhängig vom hiesigen politischen und gesellschaftlichen Standort.

Die Erfahrungen, die wir in den letzten 12 Monaten in Hamburg mit der Kampagne gemacht haben, bestätigen uns darin, daß es richtig ist, neben den vielen Einzelprojekten diese Kampagne durchzuführen: Nicht nur die 170.000 DM, die gespendet wurden, zählen dabei, sondern ebenso wichtig ist, daß ein großes Bündnis der unterschiedlichsten Organisationen und Gruppen entstanden ist, die neben den wichtigen Einzelprojekten diese Kampagne nutzen, um die gemeinsame Solidarität propagandistisch wirkungsvoll zu demonstrieren.

Wir haben in Hamburg gemeinsam Unterschriften gegen die Contra-Finanzierung gesammelt, wobei jede Unterschrift mit einer Spende von mindestens 3 DM verbunden war. Wir haben gemeinsame große Veranstaltungen durchgeführt, um die Gemeinsamkeit und die Vielfalt der Nicaragua-Solidarität zu demonstrieren. Wir werden weitere gemeinsame Aktionen, wie eine symbolische „Geldumtausch-Aktion DM gegen Cordoba“ durchführen und die Diskussion zwischen den unterschiedlichsten Gruppen und Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen verstärken. Auch gemeinsam vertriebene Kalender, Aufbausteine, Feuerzeuge – unter dem Motto „Nicaragua muß überleben“ – sind ein Beitrag zu einer einplanbaren, nicht an Bedingungen geknüpften Hilfe. Sie erleichtern eine Diskussion jenseits von eigenen Identifikationsobjekten in Nicaragua.

Eine weitere Erfahrung, die wir in Hamburg gemeinsam gemacht haben: Die materielle und ideelle Unterstützung der Einzelprojekte hat nicht ab-, sondern zugenommen – gerade durch eine gemeinsame Arbeit für das „gesamte Projekt Nicaragua“.

Aktions- und Materialspiegel



Bücher und Broschüren

Da mittlerweile eine unüberschaubare Zahl an Publikationen vor allem zu Nicaragua und El Salvador erschienen sind und Neuerscheinungen im AIB regelmäßig vorgestellt werden, sei hier – mit wenigen Ausnahmen – nur auf Bücher und Broschüren verwiesen, die 1987 erschienen sind.

Mittlerweile zum dritten Mal wurde 1987 das Standardwerk zu Mittelamerika

Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.), *Zentralamerika. El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 3. Aufl., 405 S., 14,80 DM aufgelegt. Dieser Band bietet eine Gesamtübersicht über die Region Mittelamerika unter besonderer Berücksichtigung der historischen Hintergründe.

Aus der Weissen Reihe, die die Edition Nahua seit 1986 verlegt, sind 1987 folgende Schriften erschienen:

Teófilo Cabestrero, *Unschuldiges Blut. Zeugenaussagen aus dem Contra-Krieg gegen Nicaragua*, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 146 S., 14,80 DM.

Die Aussagen der Contra-Opfer, die T. Cabestrero, ein in Panama lebender Priester, während seines Aufenthaltes in Nicaragua aufgeschrieben hat, spiegeln die traurige Realität des schmutzigen Contra-Krieges gegen die Zivilbevölkerung wider.

Christliche Initiative Romero u.a. (Hg.), *Jenseits der Propaganda. Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika*, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 S., 8 DM.

Der Band beschäftigt sich mit der „Menschenrechtskampagne“ der CDU, der Unabhängigen Menschenrechtskommission in Nicaragua (CPDH) sowie der Lage der Menschenrechte in El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Helmut Frenz schrieb das Vorwort.

Heinrich Albertz, Erich Fried, *Wo liegt Nicaragua? Gedichte und ein Gespräch*, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 S., ca. 10 DM.

„Nicaraguas Handel stockt“

sagen die, die ihn blockieren

„Nicaraguas Wirtschaft ist krank“

sagen die, die sie vergiften

„In dem Land wird blutig gekämpft“

sagen die Waffenschieber

„Man lebt dort nicht wirklich frei“

sagen die, die die Mörder besolden

„Die Gutinformierten“ nennt Erich Fried dieses Gedicht, das dem obengenannten Band entnommen ist. Neben seinen prosaischen Gedanken über Nicaragua findet sich am Schluß des Buches ein Gespräch, daß der in London le-

bende Fried mit Pastor Albertz und Albert Luther vom Infobüro Nicaragua im März 1987 führte.

Reinhard Pohl (Hg.), *Brigaden für Nicaragua*, Magazin-Verlag, Kiel 1987, 48 S., 4 DM.

Werner Kosack schrieb Anfang 1986 eine Diplomarbeit über Solidaritätsbrigaden in Nicaragua. Im 17. Band der Reihe „BRD und Dritte Welt“ wurden im April 1987 wichtige Ergebnisse seiner Untersuchung veröffentlicht. Sind die Brigaden auch eine neue Form des Tourismus in Nicaragua? Diese und andere Fragen klärt die Broschüre.

Anita Wörlein, *Weil wir Christen sind – Kirche in Nicaragua*, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 212 S., 14,80 DM.

Die Autorin, der Nicaragua durch zahlreiche Aufenthalte gut bekannt ist, analysiert in ihrem Buch die Position der Kirche des kleinen mittelamerikanischen Landes. „Weil wir Christen sind, sind wir Revolutionäre“, sagen die Gläubigen, die die Revolution mittragen.

Ihnen gegenüber steht die Amtskirche, die die neue Politik kritisiert. Dieser Konflikt wird neben der historischen Entwicklung der Kirche Nicaraguas herausgearbeitet. Anita Wörlein geht dabei auch auf die Folgen des Papstbesuches vom März 1983 ein.

Giulio Girardi, *Kultur, Glaube und Revolution in Nicaragua*, Distel Verlag, Heilbronn 1987, 85 S., 14 DM.

Girardi, der in Kairo geborene ehemalige Salesianer-Priester, veröffentlichte schon mehrere Bücher zum Thema Glaube und Revolution. In seinem neuen Buch reflektiert er die „Beziehung zwischen Christentum und Marxismus“, wie Dorothee Sölle es in einem Vorwort formuliert.

Frank Niess, *Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas*, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 498 S., 19,80 DM.

Der Untertitel des neuen Niess-Buches „Geschichte Nicaraguas“ faßt das Anliegen des Autors treffend zusammen. Die umfassende Beschreibung reicht von der Eroberung durch die Spanier über den Kampf Sandinos bis hin zum neuen Nicaragua. Es ist ein Standardwerk für alle, die sich fundiertes historisches Wissen über das heutige Nicaragua aneignen wollen.

Eduardo Galeano/Tomas Borge, *Verteidigt Nicaragua!*, Edition Nuevo Hombre, Wuppertal 1987, 32 S., 3 DM.

Tomas Borge, der einzige noch lebende Mitbegründer der FSLN, heute Innenminister Nicaraguas, und Eduardo Galeano, uruguayischer Schriftsteller, verdeutlichen in diesem Bändchen, wie wichtig es ist, weiterhin für ein freies Nicaragua zu kämpfen und den revolu-

Spendenkonto 527 055-602

Postgiro Frankfurt

ASK Sonderkonto Erich Wulff

Stichwort: „Nicaragua muß überleben!“



tionären Prozeß am Leben zu halten.

Christliche Arbeiterjugend u.a., Nicaragua Libre, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 48 S., 16,80 DM.

Dieser Band, der in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Spanisch) verfaßt wurde, streift wichtige Lebensbereiche des nicaraguanischen Volkes und untermauert sie mit einprägsamen Schwarz-Weiß-Fotos.

Ein zweiter Bildband

Cordelia Dilg, Nicaragua. Bilder der Revolution, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 128 S., 29,80 DM

illustriert eindrucksvoll die alltägliche Realität Nicaraguas. „Ich versuche zu verstehen, was die Revolution ausmacht, und meine Fotos sollen dies vermitteln“, sagt die Autorin über ihren Band.

Informationsstelle El Salvador (Hg.), Das Modell El Salvador, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 S., 16,80 DM.

Verschiedene Autoren arbeiteten an diesem Buch mit, das in zwei Teile gegliedert ist: Teil I beschäftigt sich mit der historischen Entwicklung des Landes; Teil II geht auf die aktuelle Situation ein. So schreibt Gaby Gottwald beispielsweise über die Politik der Bundesregierung gegenüber El Salvador.

John MacLean, El Salvador. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1987, 104 S., 9,50 DM

ist eine komprimierte Darstellung eines Krieges „niedriger Intensität“, der auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt wird. Das Buch läßt Betroffene zu Wort kommen und liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfteverhältnisse in El Salvador.

Wolfgang Dietrich, Honduras, Heidelberger Dritte Welt Studien 22, Heidelberger Verlagsanstalt, Heidelberg 1987, 322 S., 29 DM.

„Ein Demokratisierungsversuch zwischen Repression, Revolution und Resignation“, untertitelt der Autor sein umfangreiches Buch. Bevor Dietrich auf die gegenwärtige politische Lage Honduras eingeht, umreißt er vorab die „Geschichte von der Entdeckung bis zu den Wahlen 1982“.

Ricardo Andino u.a., Garnison Honduras. Ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 216 S., 25 DM. Dem Autorenteam ist es mit diesem Buch gelungen, eine komplexe Darstellung des Zusammenspiels zwischen Honduras und den USA auf den Markt zu bringen. Honduras, heute einer der treuesten Vasallen der Reagan-Administration, transformierte in einem langen Prozeß zum souveränitätslosen Satelliten der Vereinigten Staaten. Die spezifische Entwicklung dieses „größten Flugzeugträgers Washingtons in Mittelamerika“ zeigt die Ver-

öffentlichung detailliert auf.

Horst-Eckart Gross, Guatemala. Bericht über einen verdeckten Krieg, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986, 245 S., 14,80 DM.

Gross' Recherchen im „Land der Vulkane“ bringen dem Leser die politische und gesellschaftliche Lage des heutigen Guatemala nahe. In seinen zahlreichen Gesprächen mit Guatamalteken konnte er sich unverblümt über die Realität informieren. Dabei sprach er nicht nur mit der Zivilbevölkerung, sondern auch mit Guerrilleros und Angehörigen des Militärs. Regenbogenfraktion im Europa-Parlament, Grün Alternatives Europäisches Bündnis (GRAEL) (Hg.), Guatemala. Nach der „Demokratischen Öffnung“, o.O. 1987, 168 S.

Vier Frauen aus der Stuttgarter Guatemala-Solidaritätsgruppe und eine Delegation der GRAEL verarbeiten in dieser Broschüre ihre Erfahrungen nach einem Aufenthalt in Guatemala. Sie gehen der Frage nach, inwieweit die Wahl Cerezos zum Präsidenten des Landes, dem Demokratisierungsprozeß förderlich ist. Bezug: Informationsstelle Guatemala (s.u.)

Manfred Ernst/Sönke Schmidt (Hg.), Demokratie in Costa Rica. Ein zentralamerikanischer Anachronismus?, FDCL, West-Berlin 1986, 222 S., 19,80 DM.

In 17 Beiträgen gibt das Buch einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Landes. Es untersucht vor allem die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und des mittelamerikanischen Konflikts auf das politische System, die Beziehungen zu den USA und stellt soziale und politische Gegenbewegungen dar.

Kontakte, Materialien, Spenden

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hofaue 51, 5600 Wuppertal, Tel. 0202/ 4936305) koordiniert die Tätigkeit von Nicaragua- und Mittelamerikagruppen, informiert über die Entwicklungen in Nicaragua und organisiert Kampagnen und Brigaden.

Bücher, Broschüren, Plakate, Buttons, die Zeitschrift „Envío“ (Abo halbjährlich 28 DM) und andere Materialien zu Nicaragua und anderen mittelamerikanischen Ländern vertreibt Edition Nahua (Postfach 101320, 5600 Wuppertal, der Verlag des Infobüros.

Spenden für die Kampagne „Nicaragua muß Überleben“ und das Kaffeeverarbeitungsprojekt „La Paz del Tuma“ gehen auf das Konto des Infobüros Nr. 976738, Stadtsparkasse Wuppertal.

Edition Nuevo Hombre (Siegfriedstr. 50, 5600 Wuppertal, Tel. 0202/ 744198) hat sich auf Publikationen zu Nicaragua spezialisiert. Dazu

gehören Kunstdächer, vierfarbige Bücher zur nicaraguanischen Malerei, Plakate, Postkarten- und Bücher nicaraguanischer Autoren. Die Informationsstelle El Salvador e.V. gibt zusammen mit dem Infobüro Nicaragua, mit dem sie dasselbe Büro teilt (s.o.), einen monatlichen Rundbrief heraus. Sie koordiniert die Aktivitäten der El-Salvador-Komitees. Diese unterstützen gemeinsam den Aufbau der neuen Front der FMLN/FDR im Südwesten El Salvadors. Spendenkonto: Mittelamerika-Sekretariat, Postgiroamt München, Kto. Nr. 72060-802. Zu dieser Kampagne ist eine Broschüre erschienen, die für 5 DM bei der Info-stelle bezogen werden kann.

Die FMLN/FDR unterhält eine Vertretung in der Bundesrepublik (Schumannstr. 18, 5300 Bonn, Tel. 0228/ 222201). Sie gibt monatlich den „El Salvador Report“ (Abo 20 DM) und andere Materialien der FMLN/FDR heraus. Spendenkonto: Cornejo, Riberia, FMLN/FDR El Salvador, Kto. Nr. 1205378300, BfG Bonn. Die Informationsstelle Guatemala e.V. (Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228/ 634552) koordiniert die Guatemala-Solidarität und gibt einen monatlichen Rundbrief heraus. Die Info-stelle sammelt u.a. Spenden für die kämpferische Gewerkschaft UNSIRAGUA und den URNG-Sender „Voz Popular“. Spendenkonto Nr. 311580-508, Postscheckamt Köln.

Die Christliche Initiative Romero e.V. betreibt vor allem Öffentlichkeitsarbeit zu Mittel-amerika. Sie gibt regelmäßig das Bulletin „Pre-sente“, die Zeitungen „Brennpunkt Mittel-amerika“ und „Nicaragua heute“ heraus. Sie vertreibt und publiziert Bücher und Broschüren. Sie unterstützt Basisgemeinden in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie ein Wasserversorgungsprojekt in San Carlos (Nicaragua). Spenden auf das Konto Nr. 3112200, Darlehenskasse im Bistum Münster. Stichworte „Basisgemeinden“ mit dem jeweiligen Ländernamen, „San Carlos – Wasserversorgung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“.

Zum Arbeitsbereich des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) (Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/ 709060) für Afrika, Asien und Lateinamerika gehört auch die Mittelamerika-Solidarität. Das ASK beteiligt sich an und organisiert Spendenkampagnen und verbreitet Informationsmaterialien, die beim Solidaritätsshop Dritte Welt (gleiche Adresse, Tel. 069/ 778863) bezogen werden können. Hier sind auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua erhältlich. Das ASK beteiligt sich an der Kampagne „Nicaragua muß überleben“. ASK-Sonderkonto Erich Wulff, Nr. 527055-602, Po-stscheckamt Frankfurt, Stichwort: „Nicaragua muß überleben“.

Mapa de

Map of

Landkarte von

NICARAGUA

1:1000000

Con texto en castellano, inglés y alemán
With text in Spanish, English and German
Mit Text in Spanisch, Englisch und Deutsch

Instituto Nicaragüense de Turismo
Apartado Postal 122
Managua/Nicaragua libre

Edition Nuevo Hombre
Siegfriedstr. 50
D-5600 Wuppertal 1/ RFA
ISBN 3-88943-052-X

